

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Einheit im Kampf für Frieden und Demokratie	1
Arbeitsgeschenke an J. W. Stalin	4
W. GROSSMAN — Stalingrad, die Stadt Stalins	5
W. DUBOWIZKI — Die Neuaufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien unter dem Deckmantel der Vormundschaft	10
N. SERGEJEWA — Die „toten Gäule“ des Staatsdeparte- ments	13
Internationale Umschau (Notizen)	17
W. JORDANSKI — Das Bild an der Werkbank (Von unse- rem Korrespondenten)	20
A. PERWENZEW — Albanien (Aus dem Reisetagebuch eines Schriftstellers) (Schluß)	24
B. TSCHIRKOW — Auf dem Filmkongreß in Perugia	28
Chronik der internationalen Ereignisse	32
Beilage: Anklageschrift der Obersten Staatsanwalt- schaft der Volksrepublik Bulgarien in Sachen Traitscho Kostoff und Komplizen.	

Nr. 50
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriřfŕeleier: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Einheit im Kampf für Frieden und Demokratie

IN der zweiten Novemberhälfte tagte in Ungarn eine Beratung des Informationsbüros Kommunistischer Parteien. Die demokratische Presse aller Länder veröffentlichte die von der Beratung angenommenen Resolutionen zu folgenden Fragen: „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber“, „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ und „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“.

Alle ehrlichen Demokraten und Patrioten werden in diesen Dokumenten eine Antwort auf die dringendsten Fragen des heutigen Tages finden, auf die Fragen, wie die Sache des Friedens zu verteidigen ist, wie man die Demokratie und die nationale Unabhängigkeit der Völker vor den Anschlägen der Weltimperialisten retten kann.

Vor mehr als zwei Jahren fand die erste Beratung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien statt. Sie warnte die Völker aller Länder, vor allem die Völker Europas vor der über ihnen heraufgezogenen Kriegsgefahr und der ihnen drohenden Versklavung durch die neuen Weltherrschaftsanwärter, die amerikanischen und die englischen Imperialisten. Das imperialistische Lager hat in seiner Wut darüber, daß die Hüllen niedergerissen wurden, die seine geheimen Kriegsvorbereitungen und volksfeindlichen Pläne verdeckten, versucht, diese Warnung in einer Flut von Schimpferei und Verleumdung untergehen zu lassen. Aber die Stimme des Informationsbüros wurde von Millionen gehört. Es entbrannte ein heiliger Kampf der Völker für Frieden und nationale Unabhängigkeit, als dessen Bannerträger die kommunistischen Parteien, die Parteien der Arbeiterklasse auftraten.

Die Erfahrungen der verflossenen Jahre haben vollauf bewiesen, wie richtig die von der ersten Beratung des Informationsbüros gegebene Analyse der internationalen Lage war. Die Tendenzen der historischen Entwicklung, die auf Grund der marxistisch-leninistischen Wissenschaft gezeigt worden waren, sind noch deutlicher zutage getreten. Die von der Sowjetunion geführten Kräfte des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus wachsen und erstarken von Tag zu

Tag. Zu gleicher Zeit wird das imperialistische, antidemokratische Lager schwächer.

Es genügt, an derart allbekannte Tatsachen zu erinnern, wie das weitere Zunehmen der Macht der Sowjetunion, wie die erfolgreiche Entwicklung der volksdemokratischen Länder, die festen Schritten den Weg zum Aufbau des Sozialismus betreten haben, wie den historischen Sieg der Volksrevolution in China und die Gründung des volksdemokratischen chinesischen Staates, wie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, wie das stürmische Anwachsen der Volksbefreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern, wie die Stärkung der kommunistischen Parteien und das Wachstum der demokratischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern. Das alles zeigt, daß sich das Kräfteverhältnis in der Weltarena zugunsten des demokratischen, antiimperialistischen Lagers gestaltet hat, an dessen Spitze die Sowjetunion steht.

Was haben die Weltimperialisten dieser unaufhörlich zunehmenden Macht der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gegenüberzustellen? Die heranreifende Wirtschaftskrise? Die weitere Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die wie eine fortschreitende Lähmung immer neue Glieder des kapitalistischen Systems befällt?

Trotz des zur Schau getragenen Optimismus spüren die imperialistischen Räuber, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren, daß die Zeit gegen sie wirkt. Daher die wachsende Aggressivität des imperialistischen Lagers, das darauf rechnet, durch einen Krieg dem Gang der historischen Entwicklung eine andere Richtung geben, seine inneren und äußeren Gegensätze beheben, die Positionen des Monopolkapitals festigen und die Weltherrschaft erobern zu können.

Die Geschichte lehrt, daß weder Gewaltakte noch Kriege imstande sind, ihren Lauf aufzuhalten. Aber die geschichtlichen Lehren, darunter auch die allerneuesten, haben bei den englisch-amerikanischen Weltherrschaftsanwärtern nichts gefruchtet. Sie treten die elementaren Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit grob mit Füßen, plakatieren ihre Eroberungspläne ganz ungeniert, in der Annahme, daß es ihnen mit Hilfe verschiedener Blocks und Bündnisse gelingen

werde, den Widerstand der Völker gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges ins Wanken zu bringen.

Während die im Dienst der Wall Street stehenden Militaristen Pläne für einen militärischen Überfall auf die demokratischen Länder aufstellen, bereiten die politischen Handlanger der Monopole aus den bürgerlichen Regierungen mit Nachdruck das Hinterland für Raubkriege vor. Die demokratischen Rechte der Volksmassen werden beschnitten und liquidiert, den Werktätigen werden im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen, mit dem Wetrüsten, mit der Militarisierung der Wirtschaft immer unerträglichere Lasten aufgebürdet. Die Ränke der Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen, politischen und ideologischen Lebens werden mit der Anwendung faschistischer Gewaltmethoden gegen die fortschrittlichen Kräfte verbunden.

Aber, wie in der Resolution des Informationsbüros ausgeführt wird,

„die Anführer des amerikanischen Imperialismus entwickeln ihre Pläne der Entfesselung eines neuen Weltkrieges und der Eroberung der Weltherrschaft, ohne das reale Kräfteverhältnis des imperialistischen Lagers und des sozialistischen Lagers zu berücksichtigen. Ihre Weltherrschaftspläne sind noch haltloser, noch abenteuerlicher als die Pläne der Hitlerfaschisten und der japanischen Imperialisten.“

Den Aggressoren versperrt der feste Friedenswille der Völker den Weg. Die friedliebende Außenpolitik der Sowjetunion ist zum Banner der Volksmassen aller Länder im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für Frieden und internationale Zusammenarbeit geworden. Die Völker, denen die Schrecken des jüngsten Krieges noch frisch in Erinnerung sind, wollen nicht, daß er sich wiederhole, und hassen die Anstifter neuer Kriegskonflikte. Eben deshalb hat die Bewegung der Friedensanhänger heutzutage einen mächtigen Umfang angenommen und mehr als 600 Millionen Menschen in ihren Bannkreis gezogen. Die Sorge um den Frieden, um die Erhaltung von Millionen Menschenleben, von materiellen und kulturellen Werten, die durch die Arbeit Dutzender von Generationen geschaffen worden sind, die Sorge um das Geschick der menschlichen Zivilisation — dies alles sind Fragen, die keinen einzigen ehrlichen Menschen unberührt lassen können. Hunderte Millionen einfacher Menschen in allen Ländern stehen für den Frieden ein. Sie gelangen immer mehr zu der Überzeugung, daß die kommunistischen Parteien die einzigen Parteien sind, die nicht in Worten, sondern in Taten bereit sind, den Frieden mit der gleichen Selbstverleugnung zu verteidigen, mit der sie während der Jahre des zweiten Weltkrieges mit der Waffe in der Hand

gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten gekämpft haben, wobei sie das Herz und die Seele der Widerstandsbewegung waren.

Das Informationsbüro hat auf die historische Verantwortung hingewiesen, die die kommunistischen und Arbeiterparteien für die Organisation und den Zusammenschluß der Friedenskräfte gegen die Kräfte des Krieges tragen. In der Resolution über den Schutz des Friedens und den Kampf gegen die Kriegsbrandstifter ist ein umfangreiches und klares Programm entwickelt für Aktionen, mit deren Hilfe eine unübersteigbare Schranke auf dem Wege der Kriegsbrandstifter errichtet werden kann. Es ist dies ein Programm zur organisatorischen Festigung und Erweiterung der Bewegung der Friedensanhänger, unabhängig von ihrem Glaubensbekenntnis, ihren politischen Anschauungen und ihrer Parteizugehörigkeit. Es ist ein allumfassendes Programm zur Propaganda für einen dauerhaften und lang währenden Völkerfrieden, zu einer unermüdlichen Entlarvung der aggressiven Blocks und Kriegsbündnisse — in erster Linie des Westblocks und der nordatlantischen Union. Es ist ein Programm zur weitgehenden Verwendung der wirksamsten Formen des Massenkampfes für den Frieden, die sich in Ländern wie Frankreich, Italien u. a. bewährt haben. Es ist dies schließlich ein Programm für eine Verschmelzung des Friedenskampfes mit dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit der Völker.

Die Kräfte der Demokratie, die Kräfte der Friedensanhänger sind den Kräften der Reaktion um ein Vielfaches überlegen — dies wird in den Beschlüssen des Informationsbüros hervorgehoben. Es bedarf jedoch einer gewaltigen Organisationsarbeit und einer erhöhten Wachsamkeit der Völker, um diese Überlegenheit real auszuwerten und die Pläne der Kriegsbrandstifter zum Scheitern zu bringen. Wie in der Resolution über die Verteidigung des Friedens und den Kampf gegen die Kriegsbrandstifter ausgeführt wird, wäre es „jedoch ein Irrtum und für die Sache des Friedens schädlich, die Gefahr eines neuen Krieges zu unterschätzen, der von den imperialistischen Mächten unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands vorbereitet wird“.

Ein Dokument von großer grundsätzlicher und praktischer Wichtigkeit ist die Resolution des Informationsbüros zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse spielt in der großen Schlacht für den Frieden, die sich jetzt in allen Ländern entfaltet hat, die entscheidende Rolle. Naturgemäß wird ihre Einheit und Geschlossenheit im Landes- und im Weltmaßstab für den Ausgang dieser Schlacht von außerordentlicher Bedeutung sein.

Dies erkennen alle wahren Vertreter der Arbeiterklasse, die seit dem Augenblick, als der Krieg zu Ende war, unermüdlich am Zusammenschluß und an der Konsolidierung der Kräfte der Arbeiterklasse arbeiten und bereits bedeutende Erfolge in dieser Hinsicht erzielt haben. Andererseits wirkt sich die Furcht vor der Einheit der Arbeiterklasse auf die Handlungen ihrer Feinde, der Feinde des Friedens aus, die auf direkte Bestellung ihrer kapitalistischen Brotgeber die Spaltung und Zersplitterung in den Reihen der Werktätigen zu verankern und zu einer bleibenden Erscheinung zu machen suchen. Die Helfershelfer der Monopole aus den Reihen der rechtssozialistischen Führer und Gewerkschaftsreaktionäre rechnen darauf, durch Spaltung der einheitlichen Organisationen der Arbeiterklasse die Werktätigen der bedeutendsten Waffe im Kampf gegen die anwachsende Gefahr eines neuen Weltkriegs und gegen die Anschläge der Monopole auf das Lebensniveau der Massen berauben zu können.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die Massen der amerikanischen und englischen Arbeiter die verräterische Politik der Spalter gegenüber, sagen wir, der Weltföderation der Gewerkschaften nicht unterstützen. Spaltung wird von oben her in die Reihen der Arbeiterbewegung hineingetragen — durch die Rechtssozialisten vom Schlage Bevins und Blums, Schumachers und Saragats, durch die Gewerkschaftsreaktionäre vom Schlage Greens, Careys und Deakins. Aber diese Herrschaften, die sich mit Leib und Seele den Monopolen verschrieben haben, unterschätzen offenkundig das Einheitsstreben, das unten, an der Basis wächst und das imstande ist, ihre Spaltungsaktionen zu paralysieren, sie null und nichtig zu machen.

Das Informationsbüro drückte die feste Überzeugung aus, daß die Einheit aller Arbeiter zum Schutz des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit der Völker, zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen und der demokratischen Rechte der Werktätigen durchaus möglich ist. Diese Überzeugung beruht auf praktischen Tatsachen. Der zunehmende Einfluß und die wachsende Autorität der Weltföderation der Gewerkschaften, der Umstand, daß es den Spaltern trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, der Einheit der Allgemeinen Arbeitskonföderation in Italien und Frankreich irgendeinen nennenswerten Schaden zuzufügen, zeigen anschaulich, daß der Wille der Arbeiter zur Einheit unüberwindlich ist.

Der Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Führer ist überall eine Politik der Einheit von unten entgegenzusetzen. Es ist notwendig, den einfachen Mitgliedern der sozialistischen Parteien die Wichtigkeit der Einheit der Arbeiterklasse noch weitgehender zu erläutern. Denn für

gemeinsame Aktionen kann es dort, wo von den Grundinteressen der Werktätigen, unabhängig von ihrer Religion, ihren politischen Anschauungen und ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit, die Rede ist, keinerlei Hindernisse geben.

Die rechtssozialistischen Spalter diskreditieren sich in den Augen der Massen von Tag zu Tag immer mehr, indem sie auf Schritt und Tritt ihren Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterklasse, ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie der eigenen Länder und ihre Kriecherei vor dem USA-Imperialismus hervorkehren, dessen Agenten und Werkzeug sie sind. Nur im entschlossenen Kampf für eine endgültige Entlarvung der rechtssozialistischen Spalter — dieser ärgsten Feinde des Friedens und Desorganisatoren der Arbeiterbewegung — ist die Einheit der Arbeiterklasse zu erringen, die noch nie so entscheidende Bedeutung hatte wie jetzt.

Bekanntlich wurde in der Resolution, die das Informationsbüro Kommunistischer Parteien im Juni v. J. angenommen hat, festgestellt, daß die Titoclique ins Geleise des bürgerlichen Nationalismus übergegangen ist. In den letzten anderthalb Jahren hat die Bande jugoslawischer Söldner des Imperialismus, die die Macht in Partei und Staat an sich gerissen hat, den Kreislauf ihres schwarzen Verrates vollendet und ist zum Faschismus und zum direkten Verrat an den nationalen Interessen Jugoslawiens hinabgesunken. In dem Beschluß des Informationsbüros sind die Mitglieder der Spionengruppe Titos als Feinde der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, als Feinde der Völker Jugoslawiens an den Schandpfahl genagelt. Das Informationsbüro konstatierte, daß diese Gruppe, um dem Willen der englisch-amerikanischen Imperialisten nachzukommen, die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit Jugoslawiens liquidiert hat; daß die „Kommunistische Partei Jugoslawiens“ in ihrer heutigen Gestalt, nachdem sie Volksfeinden, Spionen und Mördern in die Hände gefallen ist, das Recht eingebüßt hat, sich eine kommunistische Partei zu nennen, daß sie zu einem Hilfsapparat der Titoclique für Spionage- und Polizeidienste geworden ist.

Die Tatsachen der letzten Zeit haben unumstößlich bewiesen, daß die Belgrader Regierung gänzlich von imperialistischen Auslandskreisen abhängig, daß sie zu einem Werkzeug der aggressiven Politik dieser Kreise geworden ist und die jugoslawische Hauptstadt zu einer amerikanischen Zentrale für Spionage und antikommunistische Propaganda gemacht hat.

Der Prozeß Rajk-Brankov in Ungarn hat der ganzen Welt die niederträchtige Rolle der Clique Tito-Ranković bei der Vorbereitung konterrevolutionärer Verschwörungen in den Ländern der

Volksdemokratie, bei der Vorbereitung eines Antisowjetkrieges vor Augen geführt. Die vor einigen Tagen veröffentlichte Anklageschrift der Obersten Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Bulgarien in Sachen des Verräters Traitscho Kostoff und seiner Bande bringt weiteres Licht in die Schädlings- und Verschwörertätigkeit der Titoleute und ihrer Helfershelfer, die auf direkte Anweisungen imperialistischer Spionagedienste betrieben wird. Immer neue Einzelheiten dieser ungeheuerlichen Verschwörung kommen ans Tageslicht. Die revolutionäre Wachsamkeit der Völker gibt die Möglichkeit, nacheinander alle Fangarme abzuhaufen, die aus der Spionenhöhle in Belgrad nach den mit dem Aufbau des Sozialismus beschäftigten Ländern ausgestreckt sind.

Alle ehrlichen Menschen der Welt schenken dem Aufruf des Informationsbüros Gehör, den Kampf gegen die Titoclique zu verstärken, der in der Resolution als internationale Pflicht aller

kommunistischen und Arbeiterparteien gekennzeichnet ist. Das Informationsbüro hat zugleich seinen Glauben an die gesunden, dem Kommunismus treuen Kräfte in Jugoslawien bekräftigt, die für Jugoslawiens Rückkehr ins sozialistische Lager kämpfen und in deren Kampf der Sieg nicht ausbleiben kann.

Also Einheit im Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit der Völker — dies ist die wichtigste Schlußfolgerung aus den veröffentlichten Dokumenten. Diese Beschlüsse, die eine lebendige Verkörperung der marxistisch-leninistischen Theorie in Anwendung auf die aktuellsten Gegenwartsfragen darstellen und sich auf die gemeinschaftlichen Erfahrungen der kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien, der getreuesten Verteidiger der Interessen der Werktätigen, stützen, wappnen die Völker zum Kampf für den Frieden, gegen die Gefahr ihrer Versklavung durch den Dollarimperialismus.

Arbeitsgeschenke an J. W. Stalin

IN ZWEI WOCHEN, am 21. Dezember 1949, wird Josef Wissarionowitsch Stalin 70 Jahre alt. Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat zu diesem Anlaß ein Komitee gebildet, dem namhafteste Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens des Landes, Gelehrte, Schriftsteller, Komponisten, hervorragende Stachanowleute der Industrie und der Landwirtschaft angehören. Das Komitee ist mit der Aufgabe betraut worden, die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem 70. Geburtstag des Genossen J. W. Stalin auszuarbeiten und ihre Durchführung zu organisieren.

Die Völker der Sowjetunion, der Länder der Volksdemokratie und Dutzende Millionen Werktätige in allen kapitalistischen Ländern bereiten sich zu diesem bedeutsamen Datum vor.

In der ganzen Sowjetunion hat sich ein machtvoller sozialistischer Wettbewerb zu Ehren des 70. Geburtstags des großen Führers und Lehrers des Sowjetvolkes entfaltet. In Belegschaftsversammlungen mit vielen tausenden Teilnehmern bringen die Arbeiter und Angestellten ihre heiße Liebe zu Stalin zum Ausdruck, wünschen sie ihrem großen Führer, Lehrer und Freund langes Leben, Gesundheit und viele Jahre weiterer fruchtbarer Arbeit zum Wohl des Sowjetvolkes, zum Glück der Werktätigen der ganzen Welt. Die herzlichen Glückwünsche, die das Volk aus tiefster Seele an Genossen Stalin richtet, werden von den prachtvollsten Gaben

begleitet: von dem Gelöbnis, neue sozialistische Verpflichtungen in die Tat umzusetzen.

Die Arbeitsgaben, die das ganze Sowjetland seinem Führer zum 70. Geburtstag beschert, sind reich und mannigfaltig, so mannigfaltig und groß, wie die Schätze unseres Heimatlandes, so mannigfaltig, wie die vom Genius Stalins zum Leben erweckten Talente der Millionen Sowjetmenschen. Allein die Aufzählung dieser Geschenke würde viele Seiten beanspruchen. Aber sie alle haben gemeinsame Züge, Züge, die den als Geschenk übernommenen Verpflichtungen sowohl der Moskauer Betriebe „Serp i Molot“, „Kompressor“, „Wladimir Iljitsch“ als auch des Kusnezker Hüttenkombinats „Stalin“, des Automobilwerks „Molotow“ in Gorki sowie der Eisenbahner des Donezbeckens und der Bergarbeiter des Moskauer Gebiets eigen sind. Es sind die Verpflichtungen, zum 21. Dezember für Millionen Rubel zusätzliche Erzeugnisse über den Plan hinaus zu liefern; neue hochproduktive Maschinen und Werkbänke, neue Methoden der Stachanowarbeit zu meistern und die Arbeitsproduktivität zu heben. Es sind Verpflichtungen, dem Lande mehr Metall, Kohle, Erdöl, Maschinen, Papier, Wohnräume, Webstoffe, Schuhwerk zu liefern und das Leben des Sowjetvolkes dadurch noch prächtiger zu gestalten; die Macht des Sowjetlandes und mit ihr die Macht des gesamten Lagers der Demokratie und des Sozialismus, der gesamten fortschrittlichen Menschheit zu festigen.

Dem edlen Beispiel der Sowjetmenschen folgen Millionen Werktätiger der Länder der Volksdemokratie, die jetzt die Feierlichkeiten zu Ehren des 70. Geburtstags J. W. Stalins unter der Parole vorbereiten: „Mit Stalin für Friede, Sozialismus und Völkerglück“. Mehr als neun Millionen Bürger und Bürgerinnen der Tschechoslowakischen Republik haben den Glückwunsch an J. W. Stalin, ihren besten Freund und den großen Führer aller Völker, unterzeichnet. Hunderttausende Werktätige in Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn unterzeichneten Begrüßungsschreiben an J. W. Stalin.

Nach dem Beispiel der Werktätigen der Sowjetunion begehen die Arbeiter und Bauern der Länder der Volksdemokratie den 70. Geburtstag J. W. Stalins durch Entfaltung des Arbeitswettbewerbs, durch Annahme von Verpflichtungen, die Produktion in den Volksbetrieben zu steigern. Dieser Wettbewerb hat schon seine ersten Früchte getragen, sowohl in den Betrieben der Tschechoslowakei als auch in Rumänien — bei den Bergarbeitern des Kohlenbeckens Comănăști, die den Plan für 1949 vorfristig abgeschlossen haben, bei den Stahlgießern von Reșița, die zu Ehren des 70. Geburtstags J. W. Stalins eine Rekordgewinnung von Stahl erzielt haben — und in den anderen Ländern der Volksdemokratie.

Diese allgemeine Volksbewegung nimmt mit jedem Tage größeren Umfang an und wirkt sich mit jedem Tage mehr auf das Wirtschaftsleben der volksdemokratischen Länder aus.

Und nicht nur auf das Wirtschaftsleben, sondern auch auf alle übrigen Lebenssphären dieser Länder. Im Zuge der Vorbereitung zum 70. Geburtstag J. W. Stalins erscheinen in den Ländern der Volksdemokratie Massenausgaben der genialen Werke Stalins in Auflagen, wie sie die Geschichte des Buchs in diesen Ländern nie zuvor gekannt hat. In Polen sind jetzt Werke J. W. Stalins in einer Auflage von 200 000 Exemplaren erschienen. Die kurzgefaßte Biographie

J. W. Stalins ist in 250 000 Exemplaren herausgebracht worden. Die Massenausgaben sind bald vergriffen — der Drang nach Erkenntnis der großen wissenschaftlichen Stalinschen Lebenswahrheit, die die Menschheit an dem heutigen wichtigsten Wendepunkt ihrer Geschichte wappnet, erfaßt Millionen Menschen, vom einfachen Arbeiter und Bauern bis zum Akademiestand.

Zur würdigen Feier des 70. Geburtstages des großen Führers der Werktätigen werden Vorbereitungen getroffen sowohl in Paris als auch im fernen Brasilien, in Italien wie in Indien, in London wie in New York, in dem vom imperialistischen Joch befreiten volksdemokratischen China wie in allen kolonialen und noch vom Imperialismus abhängigen Ländern aller Erdteile.

In allen Ländern werden für Genossen Stalin zu seinem 70. Geburtstag rührendste Geschenke vorbereitet. In diesen Geschenken verkörpern die Menschen nicht nur ihre Kunst und ihre heiße Liebe, sondern auch ihre Erkenntnis der gewaltigen Bedeutung des Genossen Stalin und des von ihm geführten Sowjetlandes für die Gegenwart und die Zukunft der gesamten Menschheit. Die Frauen der Stadt Limoges (Frankreich) schicken J. W. Stalin die Aufnahmen ihrer Kinder und heben in ihrem Brief hervor, daß sie in Stalin — den großen Friedenskämpfer — eine große Hoffnung setzen: ihre Kinder „sollen nicht auf Schlachtfeldern fallen“. Nicht nur in großen, sondern auch in kleinen Städten und Städtchen Frankreichs werden Straßen nach Stalin benannt, denn das französische Volk weiß — trotz der giftstrotzenden Lügen über die Sowjetunion —, daß es der Sowjetunion sein Leben und seine Freiheit zu verdanken hat.

Das bedeutsame Datum — der 21. Dezember 1949 — wird zu einem mächtigen Auftrieb für das Wachstum der Kräfte des Lagers des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie, das von dem Genius Josef Wissarionowitsch Stalins geleitet wird.

Stalingrad, die Stadt Stalins

Wassili GROSSMAN

DAS LEBEN von Städten gleicht manchmal dem Menschenleben, das Geschick und Aussehen von Städten ist vielgestaltig wie das der Menschen. Aber bei aller äußerlichen Vielfalt im Aussehen und Leben der Hunderte und aber Hunderte unserer Sowjetstädte — der schmucken, der weißen, der strengen und der aus dunklem Stein gefügten, im Grün verschwindenden oder inmitten von Betriebsessen und Rauchsäulen aufragenden

Städte, der Städte in den Schneestürmen des Polarkreises und derjenigen, deren Mauern von den Wellen südlich warmer Meere bespült werden — haben sie alle etwas, das sie in ihrem innersten Wesen einander gleichen läßt.

Dies Gemeinsame besteht vor allem darin, daß die Menschen, die diese Städte bauen, ausbauen und verschönern, alle dasselbe sowjetische Volksleben führen, daß sie geeint sind durch das Ziel,

dem die Partei Lenins und Stalins das Volk entgegenführt. Diese Einheit besteht darin, daß das Antlitz aller Sowjetstädte den Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen im Lande widerspiegelt, diesem Lande, in dem es keine Gutsherren, Kapitalisten und Rentiers gibt, diesem Lande, in dem es keine Bauernknechte, obdachlosen und arbeitslosen Proletarier, keine deklassierten Armen gibt. Diese Einheit besteht darin, daß es in den Sowjetstädten keine Aristokratenviertel, keine Settlements für auserwählte Klassen und Stände, keine Elendsviertel und düsteren Wohnhöhlen für Entrechtete gibt. Die Einheit besteht darin, daß in den sowjetischen Städten — ob im Norden oder Süden — die ehemaligen Paläste und Villen der Kapitalisten in Jungpionierklubs, Kinderkrippen und Kulturpaläste umgewandelt sind.

Unter den Tausenden und aber Tausenden von Sowjetstädten gibt es solche, deren Geschichte das Leben der Sowjetgesellschaft, den Weg des Sowjetstaates, den Titanenkampf der Kommunistischen Partei besonders deutlich versinnbildlicht. Das Leben solcher Städte ist in den Augen des Volkes eins mit dem Geschick des Landes und wird gewissermaßen zur lebendigen, werdenden Geschichte, die ohne Hilfe von Folianten, Lehrbüchern und Vorlesungen zum Gemeingut der Millionenmassen wird.

Zu diesen Städten gehören — das wissen alle Menschen, sowohl in der Sowjetunion als auch außerhalb ihrer Grenzen — Moskau, Leningrad, Stalingrad. Die Namen dieser Städte sind den Sowjetmenschen, den Millionen Freunden der Sowjetunion im Ausland mit tausend Fasern ans Herz gewachsen.

In die Geschichte unserer Gesellschaft ist Stalingrad eingegangen als ein Herold der entscheidenden Phasen im rauen und schweren Kampfe für die Macht und Unabhängigkeit der Sowjetrepublik.

Stalingrad war der Ort, an dem die von der Partei Lenins und Stalins vereinigten, über das Geschick der Menschheit entscheidenden revolutionären Volkskräfte in gewaltiger Faust zusammengeballt wurden. Zuerst diejenigen, die gegen die in Divisionen und Regimentern zusammengefaßten Söldner der Ausbeuterklassen kämpften, die einst im alten Rußland geherrscht hatten; dann die Kräfte im Kampf des Sowjetvolkes und seiner bolschewistischen Partei für die Schaffung und Herauskristallisierung neuer, der Menschheit noch unbekannt gewesener Produktionsbeziehungen; und schließlich war Stalingrad Schauplatz der Entscheidungsschlacht des Sowjetvolkes gegen die Panzerarmeen des Faschismus, die in unser Heimatland eingefallen waren.

Diese drei mächtigen Brennpunkte der Geschichte offenbaren die Logik, die der schöpferi-

schen Formgebung der neuen Gesellschaft inneohnt, die Logik der Entwicklung des tödlichen, erbitterten Kampfes der neuen Gesellschaft gegen die Kräfte der alten Welt. In allen diesen drei Phasen war die Geschichte Stalingrads ein Spiegelbild der Tätigkeit des Mannes, der die schöpferischen Kräfte des Sowjetvolkes lenkte und organisierte, Josef Wissarionowitsch Stalins, seines hohen Strebens, seiner genialen Pläne, seines ehernen Willens.

* * *

Gedenken wir der schicksalsschweren Zeiten, die die junge Sowjetrepublik durchmachte. Okkupanten und Konterrevolution zerfleischten das Land: Hunger, Flecktyphus, Ruin, die Begleiterscheinungen des imperialistischen Krieges, zehrten an den Kräften der Revolution. Die Divisionen General Krasnows strebten Zarizyn zu. Die Stadt, die an der Wolgalinie stand, öffnete den Getreideschätzen Südrußlands das Tor zu den kampfermatteten Städten Moskau und Petrograd, Nishni-Nowgorod, Iwanowo-Wosnessensk und Tula.

Am 6. Juni 1918 traf Stalin, von Lenin mit den Sondervollmachten des Gesamtleiters des Ernährungswesens in Südrußland ausgestattet, in Zarizyn ein.

Auf Stalins Schultern ruhte die Aufgabe, in kürzester Frist 10 Millionen Pud Getreide zu beschaffen und in die Zentralgebiete Rußlands zu transportieren. Diese für damalige Zeiten kolossale Aufgabe hing von Dutzenden großer und kleiner politischer und wirtschaftlicher Fragen ab. So ergab sich die Frage der Einführung fester Preise in Zarizyn, Astrachan und Saratow, damit das Getreide nicht durch die Hintertürchen der Schiebung verschwand. So die Aufgabe, das Getreide anzukaufen, es nach Zarizyn zu schaffen, in die Züge der Strecke Zarizyn—Poworino—Balaschow—Koslow—Rjasan—Moskau sowie auf Dampfer umzuladen, die es nach Saratow, Samara, Kasan, Nishni-Nowgorod bringen sollten. Die Fragen des Getreidetransports aber hingen ihrerseits mit Fragen des Baus weiterer Eisenbahnstrecken, der Ausfindigmachung unversehrter Lokomotiven, der Brennstoffversorgung der durchgehenden Züge und ihrer Bewachung zusammen.

Zugleich mit Wirtschafts- und Transportfragen ergaben sich mit aller Schärfe brennende militärische und politische Fragen: der Kampf mit den konterrevolutionären Regimentern General Krasnows, mit der Sabotage und Unorganisiertheit, die schwierigen Probleme der Lage im Dongebiet. Und dazu das Problem der Probleme: die Parteiorganisationen in kampffähigen Zustand zu

versetzen, die Kleingläubigen, Verräter und feindlichen Agenten zu entlarven.

Dokumente, die jetzt in Archiven und Museen aufbewahrt werden, zeigen, wie Stalin gleich in den ersten Tagen die Lösung des Komplexes großer und kleiner Fragen in Angriff nahm. Zu diesen gehörten: die Ausrüstung des Bezirks Kotelnikow mit Patronen, schweren Maschinengewehren, Rundblick- und Winkelzielfernrohren für Geschütze; eine Beratung von Vertretern des Dongebiets und die nächste Abfertigung von 160 Waggons Getreide und 46 Waggons Fischen nach Moskau; die Korrespondenz mit Schaumian über das Geschick Transkaukasiens und die Lösung politisch-diplomatischer Fragen, die Schaffung eines Kordons von Kontrollposten zur Bewahrung der Nahrungsmittel und der Kampf gegen die Sabotage treibenden Militärfachleute; die Mobilmachung; der Kampf gegen Verschwörer; die Organisation der Armee sowie taktische Verteidigungsfragen.

Stalin befaßte sich gründlich mit dem Wichtigsten, berücksichtigte aber gleichzeitig die kleinsten praktischen Einzelheiten jeder Frage.

Er nannte Lenin telegraphisch die Waren, die für die sofortige Getreideaufbringung nach Zarizyn geschickt werden mußten. Neun Tage nach seiner Ankunft aber schrieb Stalin in einem Telegramm (mit dem Dienstvermerk „Militärressort, vordringlich“) an Lenin, Zarizyn brauche dringend tausend Soldaten, vier Flugzeuge sowie Geschosse für 6zöllige Geschütze.

Stalin übernahm die Leitung des ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kampfes im Südosten Rußlands. Zarizyn wurde zu einem Ort, an dem eine riesige organisierende Kraft angesetzt wurde. Revolutionäre Leidenschaft, kämpferischer Wagemut, Glaube an die neue Arbeiter- und Bauernmacht, Opferbereitschaft — all die unzähligen glänzenden Eigenschaften des schaffenden russischen Volkes wurden von dem Genossen Stalin zu Regimentern und Divisionen, zu einer mächtigen Stoßarmee zusammengefaßt, die eiserne Disziplin, klare Erkenntnis des Ziels und leidenschaftlichen Siegeswillen vereinen.

Alle Versuche der Krasnowleute, in die von ihnen belagerte Stadt einzudringen, alle Versuche der Konterrevolution, die Sowjetmacht innerhalb Zarizyns zu vernichten, schlugen fehl. Die Krasnowdivisionen wurden zerschmettert, die Verschwörungen innerhalb der Stadt aufgedeckt und liquidiert, die Eisenbahnen befreit, die Wolga gesäubert.

Der eiserne Wille und geniale Scharfblick Stalins behaupteten Zarizyn und ließen nicht zu, daß der Feind nach Moskau vorstieß. Getreide ging nach dem hungernden Moskau und Petrograd.

Die unlösbare Verbundenheit des Genossen Stalin mit der Stadt an der Wolga, die nunmehr seinen Namen führt, ist fest eingepreßt ins Bewußtsein und Gedächtnis der Proletarier von Zarizyn, ins Bewußtsein und Gedächtnis des Sowjetvolkes, in die Annalen der Geschichte, in die Hirne von Schulkindern und Studenten, von jungen Rotarmisten und Militärschülern.

Im Bewußtsein des Volkes ist Stalingrad ein Ausdruck der lebenspendenden Energie Josef Wissarionowitsch Stalins, eines Baumeisters des neuen, sozialistischen Rußlands der Arbeiter und Bauern.

* * *

Zu Beginn des ersten Planjahrhüfnts wurde in Stalingrad der Grundstein zum Erstlingswerk der Sowjetindustrie, dem Traktorenwerk, gelegt. Hier, in dieser Stadt, wo Genosse Stalin 1918 zugleich mit der Vernichtung der bewaffneten Konterrevolution die Getreideversorgung Moskaus und Petrograds leitete, wurde nun in den Jahren des friedlichen Aufbaus der Hebel geschmiedet, der in der Landwirtschaft auf einem Sechstel des Erdballs eine Umwälzung bewirkte, der geologische Schichten der Erde und das Leben der Menschen in diesen Gebieten von unterst zuoberst kehrte.

Dies war nicht nur ein Umschwung in den Methoden der Getreideproduktion — es war ein Umschwung in den gesamten Beziehungen der Menschen, in dem gewaltigen Überbau, der sich mit der Veränderung der Produktionsbeziehungen ebenfalls verändert. Es war ein Umschwung im Leben der gesamten Sowjetbauernschaft, des gesamten Sowjetvolkes.

Aus Stalingrad kamen die ersten Hunderte und später Tausende von Sowjettraktoren. Der Bau des Stalingrader Giganten der Sowjetindustrie war ein Markstein auf dem Wege zur Verwirklichung des grandiosen Plans für die Umwandlung unseres Heimatlandes in eine vorgeschrittene Industriemacht. Das war kein leichtes Werk. Es war eine erbitterte Schlacht der jungen sozialistischen Kultur gegen die industrielle Rückständigkeit und Trägheit, eine Schlacht der Schöpferkraft gegen die Schablone, ein Gefecht kühnen Wagemuts gegen trübselige Zaghaftigkeit.

Die Berichte über den Bau erinnerten an Lageberichte aus der Kriegszeit. Das ganze Land folgte dem Wachstum des Werks, freute sich der Erfolge seiner Erbauer, war betrübt über ihre Fehlschläge.

In der ersten Zeit kam die Arbeit des Werks nicht in geordnete Bahnen, immer wieder blieb das große oder das kleine Fließband stehen, Fertigungsgruppen lieferten keine Werkstücke und störten den Gleichtakt der vielfältigen, komplizierten Produktion. Viele ausländische „Denker“ prophezeiten dem jungen Werk schadenfroh einen

unweigerlichen Untergang. Reaktionäre Zeitungen unkten: „Da das Stalingrader Traktorenwerk ein Fehlschlag ist, wird die Sowjetunion wieder Traktoren im Ausland kaufen müssen.“

Aber die von Stalin und von der unter seiner Leitung stehenden bolschewistischen Partei bewirkte Zusammenballung der Schaffenskräfte der Arbeiterklasse überwand alle Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Kurve der Traktorenherzeugung stieg jäh an. Im ersten Jahr seines Bestehens lieferte das Werk nur 1006 Traktoren, 1931 bereits 17 536, 1932 schon 29 599, und bald kam die Jahresleistung des Werkes an 50 000 heran!

Dieser begeisternde, sieghafte Aufstieg war ein Ausdruck der Macht des Volkes, das das Fundament des Sozialismus gelegt hatte. Die das Leben umbildenden neuen Kräfte verwirklichten im Sowjetland allüberall den großen Stalinschen Plan zum Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Im Königreich des Eisens, inmitten der sibirischen Schneestürme, entstanden Städte. Erzgruben, gigantische Erdölleitungen, Werke wurden geboren. Autostraßen streckten sich durch die Taiga und Tundra, elektrisches Licht durchbrach die Polarnacht und beleuchtete Erzreichtümer, die Millionen Jahre in der Zone des ewigen Frostbodens geschlummert hatten.

Erdschichten, wie sie sonst nur geologische Umschichtungen in Bewegung brachten, wurden ausgehoben, Granitberge gesprengt, Kanäle zwischen der Ostsee und dem Weißen Meer, zwischen Moskau und dem Kaspischen Meer gestochen. Neue Meere und Seen entstanden. Vom Heulen der Gebläse der großen Hochöfen in Magnitogorsk und Kusnezsk, vom Brüllen der Wasser am Dnjestrstaudamm, von den Schlägen der Riesenhämmer im neuen Ural, vom Rattern der Maschinen in Charkow und Tscheljabinsk, vom Pulsschlag des andrängenden Gases in den Aggregaten von Beresniki und Stalinogorsk war es, als bebe die ganze weite Erde, als zittere in schlummernden Wäldern das Laub auf den Eichen, als kräusle sich der Spiegel von Teichen und Bergseen.

Gleichzeitig entstand eine neue Welt menschlicher Charaktere und Berufe — Planungsfachleute im Dorf, Gelehrte und Bauern, die die Kunst des Feldbaus studiert hatten, kollektivwirtschaftliche Mechaniker, Funker, Traktorenführer, Elektrotechniker. Hunderte neuer Industriebetriebe brachten Tausende neuer Berufe hervor, ließen neue Charaktere zur Entfaltung kommen, gruppieren sie und gaben ihnen Form. Würde das Licht der Volksbildung, das in der Sowjetunion erstrahlte, sichtbare Wellen aussenden, dann würden die Astronomen anderer Welten das Aufblitzen eines neuen Sterns konstatieren, dessen Licht immer heller leuchtet.

Stalingrad, das den Erstling der Fünfjahrpläne zur Welt brachte, hatte sich in den Jahren des sozialistischen Aufbaus völlig umgestaltet. Die Werke „Roter Oktober“ und „Barrikaden“ wuchsen ins Kolossale, Dutzende neuer Werke entstanden. Hunderte schöner neuer Häuser blickten auf die Wolga hinab, und die Sonne spiegelte sich in ihren weiten Fenstern. In der Stadt, wo es Anfang des 20. Jahrhunderts zwei Gymnasien, zwei Bibliotheken und 400 Kneipen gab, entstanden Dutzende Techniken, mehr als 100 Schulen, eine technische, eine medizinische und eine pädagogische Hochschule, eine Unmenge von Bibliotheken und Museen.

Es wuchs die neue Stadt, und auch die neuen Menschen, die Erbauer des neuen Lebens, wuchsen und kamen zur Reife. Von jeder neuen Werkbank, jeder neuen Schule, jedem neuen Haus führten lebendige, feste Bande zu dem Mann, der den großen Feldzug in die Zukunft organisiert hat, bei dem die Stalingrader Ehre einlegten.

* * *

Um die Rolle zu ermessen, die die Stalingrader Schlacht im Großen Vaterländischen Krieg gespielt hat, muß man Rückschau halten auf die gesamte Geschichte des Sowjetlebens. Die Nachricht, daß die hitlerfaschistischen Heerhaufen Stalingrad erreicht hätten, wurde von allen Sowjetmenschen mit einer besonders lastenden, bitteren Unruhe aufgenommen.

Alt und jung, Kollektivbäuerinnen, Schulkinder, Rotarmisten, Akademiemitglieder, Bergarbeiter, Lehrer, Weber — alle Arbeitsleute des Sowjetlandes, jeder einzelne auf seine Art, und alle zusammen in gleicher Weise — fühlten und empfanden, daß sie eng mit der Stadt an der Wolga, mit der Stadt Stalins verbunden waren.

Das Rauschen der ruhmreichen Banner aus den Zeiten des Bürgerkrieges und das Dröhnen der mächtigen Traktoren, die die weiten Felder Rußlands, der Ukraine, Bjelorußlands, Kasachstans und Kirgislands umpflügten, die riesigen Geschütze und Panzer, die auf den Feind gerichtet waren — alles verschmolz zu einem einzigen Begriff, der die Menschen an die Stadt Stalins gemahnte. Die Schönheit des Stroms der Volksfreiheit und die unermessliche Weite der Steppen, die strahlende, südlich warme Sonne und die schneeweißen Neubauten, die harmonische Geradheit der Straßen und das üppige Grün der Gärten — das alles verschmolz in Tausenden und aber Tausenden von Herzen zu dem Begriff des neuen, sowjetischen Stalingrad, dieser Stadt, die in den Stalinschen Planjahrfrüchten durch das schaffende große Volk umgestaltet worden war.

Als Anfang August 1942 der Oberste Befehlshaber, Genosse Stalin, den Kommandeur der Front

In einem Befehl aufforderte, die Kräfte nicht zu schonen und vor keinerlei Opfer haltzumachen, um Stalingrad zu behaupten, da wurde der Befehl des Volksführers zum Hauptaktionsprogramm nicht nur für die Soldaten und Offiziere der 62. Armee, nicht nur für die Flieger, für die Matrosen der Wolgaflottille, sondern auch für das ganze übrige Sowjetvolk.

Die Stalingrader Schlacht war gewaltig in ihrem Ausmaß. Ihre Spannung übertrug sich auf Dreher, Schlosser, Einsteller in den Munitionsfabriken, auf Lastträger und Fahrdienstleiter der Eisenbahnen, auf Bergleute in den Erzgruben, auf Hochofenarbeiter und Stahlgießer im ganzen Sowjetlande. Der tosende Rhythmus der Schlacht teilte sich dem Rhythmus der Arbeit in den Rüstungsbetrieben mit.

Das tiefgestaffelte Verteidigungssystem Stalingrads erstreckte sich bis zu den sibirischen Taigadörfern, bis zu den Fischersiedlungen am Stillen Ozean.

Die Spannung der Stalingrader Schlacht fühlten Millionen und aber Millionen Arbeitsleute in Europa, Asien, Amerika.

Die Spannung der Stalingrader Schlacht fühlten die Partisanen in den Wäldern von Brjansk und Bjelorußland, in den Karpaten, in den Katakomben von Odessa, im Röhricht des Dnjep und in den Nadel- und Laubwäldern der Ukraine. Wie ein Windstoß der Freiheit traf das Wort „Stalingrad“ das Ohr der französischen, der polnischen, der italienischen Partisanen, das Ohr der Gefangenen in den fürchterlichen Gestapolagern.

Zugleich weckte Stalingrad bei den Feinden der Freiheit finstere Wut und grimmigen Haß. Die ganze Stoßkraft seiner Panzerdivisionen, seiner Artillerieregimenter, seiner schweren Granatwerfer, die ganze Höllenmacht seiner Luftwaffe bot Hitler gegen Stalingrad auf.

Die Stadt Stalins wurde dem Feind nicht preisgegeben. Die Sowjetarmee und das Sowjetvolk sparten nicht an Kräften, um Stalingrad zu verteidigen.

Stalin wählte mit strategischem Scharfblick die Stadt an der Wolga zum Schauplatz einer erhabenen Großtat des Volkes. Unermüdet leitete er die Kampfoperationen, ging auf die tagtäglichen Bedürfnisse der kämpfenden Truppenteile und -verbände ein und sorgte dafür, daß die Helden der Verteidigung reichlich mit Munition und Nahrungsmitteln versorgt wurden; zugleich aber bereitete Stalin eine ihrem Ausmaß und ihrer Kühnheit nach beispiellose Offensivoperation vor, gestützt auf das mächtige und harmonische Zusammenwirken dreier Fronten, der Stalingrader Front, der Donfront und der Südwestfront. Die Standhaftigkeit der Helden der Verteidigung

verschmolz in eins mit dem vorwärtsdrängenden Elan des Angriffs. Im Raum von Stalingrad wurde eine riesige deutsche Armee eingekesselt und gefangengenommen. Die Zerschmetterung der Hitlerarmee bei Stalingrad war ein Triumph der Stalinschen Strategie.

In der Stalingrader Schlacht trat nicht nur die Seelenstärke des Sowjetvolkes, sondern auch die kolossale materielle Macht zutage, die in den Jahren des sozialistischen Aufbaus geschaffen worden war.

Tausende Geschützrohre — von wendigen Regimentsgeschützen bis zu den mächtigen Marinegeschützen — Raketengeschütze, Granatwerfer, ausgezeichnete Flaks, die besten Panzer, Maschinengewehre, MPis, Bomber, Jagdflugzeuge, vollkommene Fernmeldeanlagen, Panzerabwehrwaffen, Infanterie- und Panzerminen, riesige, in der Geschichte der Kriege einzig dastehende Munitionsmengen — alle die Tausende und aber Tausende kompliziertester Maschinen, Motoren und Kriegsinstrumente, die in der Stalingrader Schlacht Verwendung fanden, wurden in sowjetischen Betrieben konstruiert und hergestellt.

Die Einmütigkeit der Sowjetmenschen, der Heroismus, die hohe Kultur der Massen einfacher Soldaten, der Reichtum an Initiative und Erfahrung bei den Kommandeuren, die kolossale Rüstungstechnische Macht der Armee — dies alles mehrte sich und wuchs in den Jahren der titanischen sozialen Wandlungen, die von der unter Führung des großen Stalin stehenden bolschewistischen Partei organisiert waren. Das sind die Elemente, aus denen Stalin den Stalingrader Sieg schmiedete.

Die Stalingrader Schlacht wird als Ausdruck der Einheit, der Hünenkraft des sozialistischen Rußlands, der Größe des Sowjetvolkes, des Genius und der Willenskraft des Volksführers in die Jahrhunderte eingehen.

In den Nachkriegsjahren entfalteten die von dem großen Stalin geführten Sowjetmenschen eine gewaltige Arbeit zum Wiederaufbau der heldenhaften Stadt. Diese Aufbauarbeit trug in kürzester Frist herrliche Früchte. Aus den Ruinen entstanden die Wohnhäuser und Schulen Stalingrads. Wieder rauchen die Schloten des „Roten Oktober“, reibungslos arbeitet das große Fließband des Traktorenwerks. Stalingrad heilt seine Kriegswunden und leistet nun wieder seinen großartigen Beitrag zum sozialistischen Aufbau.

Wenn die Sowjetmenschen die Gedanken und Gefühle ausdrücken wollen, die sie mit dem Bollwerk an der Wolga verbinden, an dem die trüben Wogen der weißgardistischen Konterrevolution während des Bürgerkrieges zerschellten; wenn

sie die Gedanken und Gefühle ausdrücken wollen, die sie mit der Stadt verbinden, die während der Planjahrhünfte zur Anführerin der Arbeiter im großen Aufbau wurde, der Stadt, an deren Mauern während des Großen Vaterländischen

Krieges unter der Leitung des Volksführers die Schlacht gewonnen wurde, die das Geschick der Menschheit entschied, — wenn sie dies ausdrücken wollen, dann sagen sie kurz: Stalingrad, die Stadt Stalins.

Die Neuaufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien unter dem Deckmantel der Vormundschaft

W. DUBOWIZKI

IN DER PLENARSITZUNG der UNO-Vollversammlung vom 21. November gelang es dem englisch-amerikanischen Block, gestützt auf eine gehorsame Mehrheit, einen Beschluß durchzusetzen, der faktisch die imperialistischen Pläne für eine Neuaufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien sanktioniert. Was Libyen und Somaliland betrifft, so widerspiegelt der angenommene Beschluß das schon früher zwischen den Kolonialmächten erzielte Schacherabkommen, während die Frage nach dem Schicksal Erythräas bis zur nächsten Session der Vollversammlung vertagt wird.

Die Beschlußfassung über das Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien wurde durch Verschulden der englisch-amerikanischen Imperialisten um mehrere Jahre verzögert. Bestrebt, möglichst lange über diese Territorien herrschen zu können, stemmten sie sich systematisch gegen die von der Sowjetunion seit Herbst 1945 wiederholt eingebrachten Anträge zur gegebenen Frage. Die amerikanischen, englischen und französischen Diplomaten, die schon im Außenministerrat eine Taktik der Sabotage, der Aufschübe und Verschleppungen betrieben hatten, verfolgten den gleichen Kurs auch in der UNO, die sich laut dem im Friedensvertrag mit Italien festgesetzten Verfahren vom 15. September 1948 an mit diesem Problem zu befassen hat. Die gegenwärtige Vollversammlungstagung war bereits die dritte, in der die Frage der ehemaligen italienischen Kolonien auf der Tagesordnung stand.

Auf der vorhergehenden Vollversammlungstagung hatten die englisch-amerikanischen Pläne zur Verewigung der imperialistischen Herrschaft über die ehemaligen italienischen Kolonien ein Fiasko erlitten. Die Vollversammlung hatte damals den Versuch der USA-Regierung und der britischen Regierung zurückgewiesen, ihr die Anträge aufzunöten, die als „Bevin-Sforza-Plan“ berüchtigt sind und auf die imperialistische Aufteilung dieser Kolonien unter England, Frankreich

und Italien hinausliefen, hinter deren Rücken die Vereinigten Staaten standen. Trotz verstärkten Drucks der amerikanischen Diplomatie konnte in der Vollversammlung für diese Anträge die erforderliche Stimmenzahl nicht aufgebracht werden.

Über diesen Widerstand verärgert, betraten die imperialistischen Mächte den Weg separater Aktionen. Unter Mißachtung des Umstands, daß das Problem der Kolonien nach wie vor von der UNO behandelt werden sollte, beschloß die Attlee-Bevin-Regierung, sich durch einen einseitigen Akt ihre Herrschaft im strategisch wichtigsten Teil Libyens, nämlich der Cyrenaika, zu sichern. Am 1. Juni 1949 gab die britische Regierung ihre Absicht bekannt, eine „unabhängige“ Cyrenaika unter dem englischen Strohmann Idris es Senussi anzuerkennen.

Die französische Regierung, die hinter ihrem englischen Partner nicht zurückbleiben wollte und bestrebt war, den von französischen Truppen okkupierten Teil Libyens, Fessan, für sich zu behalten, beeilte sich, eigenmächtig eine „Volksbefragung“ durchzuführen, die die von den französischen Kolonisatoren erwünschten Resultate brachte, was ja auch zu erwarten stand.

Die englisch-amerikanisch-französischen Imperialisten hatten beschlossen, die vierte Tagung der Vollversammlung durch diese rechtswidrigen Handlungen vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Gleichzeitig versuchten sie, das widerliche Wesen ihrer Machenschaften hinter einem Phrasenschwall zu verbergen: sie seien ja selbst dafür, daß den ehemaligen italienischen Kolonien die Unabhängigkeit gewährt werde, doch selbstverständlich nicht sofort, sondern zu irgendeinem künftigen Zeitpunkt. Die Machthaber des englisch-amerikanischen Blocks spekulierten, auf diese Weise bei der UNO die Sanktion des von ihnen faktisch bereits in die Tat umgesetzten Schacherabkommens zu erwirken. Die englischen, amerikanischen und französischen Politiker ließen es

sich besonders angelegen sein, eine Teilnahme der Sowjetunion an der Treuhandverwaltung der ehemaligen italienischen Kolonien zu verhindern, obwohl die diesbezüglichen unbestreitbaren Rechte der Sowjetunion aus den Bestimmungen des Friedensvertrags mit Italien hervorgehen.

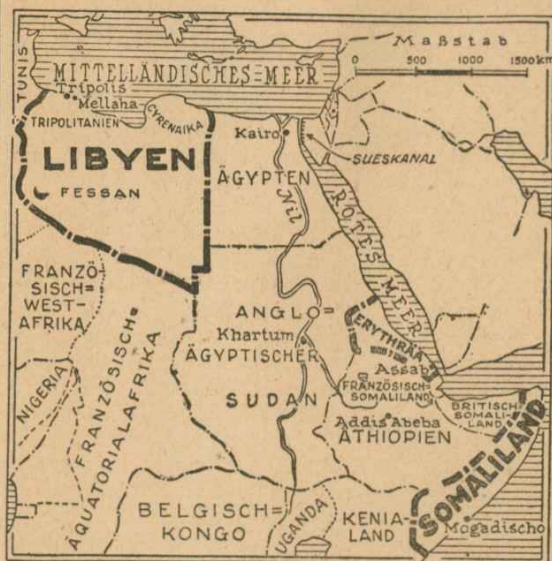
Gerade hierauf liefen die unter dem Druck des englisch-amerikanischen Blocks im 17. Sonderunterausschuß ausgearbeiteten Vorschläge hinaus, die dann im Politischen Ausschuß und auf der Plenarsitzung der Vollversammlung mit unsauberen Mitteln zur Annahme gebracht wurden. Das Wesen dieser Vorschläge besteht in folgendem:

Die Gewährung der Unabhängigkeit an Libyen wird bis zum 1. Januar 1952 aufgeschoben. Bis zu diesem Zeitpunkt soll ein von der UNO-Vollversammlung ernannter Hoher Kommissar sowie ein ihm beigeordneter Konsultativrat — zusammengesetzt aus Vertretern der USA, Englands, Frankreichs, Italiens, Ägyptens und Pakistans, aus Vertretern der drei Bestandteile Libyens (Tripolitaniens, der Cyrenaika und Fessans) sowie aus Vertretern der nationalen Minderheiten Libyens — den Entwurf einer libyschen Verfassung ausarbeiten.

Somaliland soll auf zehn Jahre unter italienische Vormundschaft gestellt werden, wobei ein Konsultativrat für Somaliland aus Vertretern Kolumbiens, der Philippinen und Ägyptens, jedoch ohne Beteiligung von Vertretern der einheimischen Bevölkerung, eingesetzt wird.

Die Beschlußfassung über Erythräa wird auf ein Jahr vertagt, da es den imperialistischen Mächten nicht gelungen ist, sich über diese Frage zu verständigen. Um den Aufschub der Beschlußfassung zur Frage Erythräas irgendwie zu begründen, wurde eine Kommission gebildet, die die Lage in Erythräa untersuchen und der nächsten Vollversammlungstagung einen entsprechenden Bericht vorlegen soll. Wie ausgeklügelt der Vorwand zum Aufschub der Beschlußfassung über Erythräa ist, sticht besonders ins Auge, wenn man berücksichtigt, daß eine aus Vertretern der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs zusammengesetzte Viermächtekommission 1947/48 bereits alle ehemaligen italienischen Kolonien untersucht hat.

Der von der Mehrheit der Vollversammlung gefaßte Beschluß hat weder mit den Interessen der einheimischen Bevölkerung noch mit denen des internationalen Friedens und der Sicherheit etwas gemein. Maßgebend für ihn waren ausschließlich die politischen, wirtschaftlichen und vor allem die militärstrategischen Belange der Kolonialmächte. Dieser Beschluß bietet den imperialistischen Räufern, in erster Linie den USA und England, die Möglichkeit zu weiterer Expansion



in Afrika, sichert ihnen die Erhaltung der bestehenden und den Bau neuer militärstrategischer Stützpunkte. Er eröffnet ihnen die Möglichkeit, die ehemaligen italienischen Kolonien weiterhin besetzt zu halten, er unterdrückt größtenteils das Streben der Bevölkerung dieser Territorien, ehestens unabhängig zu werden und sich des Kolonialjoches zu entledigen.

Die Delegation der Sowjetunion, die wie immer konsequent für die Interessen der unterdrückten Völker kämpft, schlug der Vollversammlung einen völlig anderen, auf demokratischen Grundsätzen fußenden Weg zur Lösung der Frage vor. Dieser Weg entspricht in vollem Maße den Forderungen des Friedensvertrags mit Italien, laut welchem bei der Entscheidung über die ehemaligen italienischen Kolonien die Wünsche der Einwohner dieser Territorien wie auch die Interessen der Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu berücksichtigen sind. Den Anträgen der Sowjetdelegation waren die allgemeinen Interessen der UNO in ihrer Gesamtheit zugrunde gelegt.

Die Sowjetanträge sahen vor, daß Libyen unverzüglich die Unabhängigkeit zu gewähren ist, daß alle ausländischen Truppen und das gesamte militärische Personal binnen drei Monaten von seinem Territorium abgerufen und die militärischen Stützpunkte zu liquidieren sind. Sie sahen ferner vor, daß Erythräa und Somaliland nach Ablauf von fünf Jahren die Unabhängigkeit gewährt werden soll. Bis dahin sollten diese Territorien von einem durch den Vormundschaftsrat zu ernennenden Administrator verwaltet werden, welcher volle Exekutivgewalt haben und

dem Rat gegenüber verantwortlich sein sollte. Dem Administrator sollte ein Konsultativkomitee beigeordnet werden, zusammengesetzt aus Vertretern der ständigen Sicherheitsratsmitglieder, ferner Italiens und Äthiopiens wie auch aus einem europäischen und zwei eingeborenen Residenten. Um Äthiopien Zutritt zum Meer zu gewähren, war vorgesehen, ihm einen Teil des Territoriums von Erythräa mit dem Hafen Assab abzutreten.

Die auf die Gewährleistung der Rechte der Kolonialvölker und auf die Festigung des Friedens abzielenden Anträge der Delegation der Sowjetunion wurden von den Delegationen der volksdemokratischen Länder in vollem Umfang unterstützt. Sie fanden auch die restlose Zustimmung der Vertreter jener Länder, die selber unter kolonialer Bedrückung zu leiden haben. Die sowjetischen Anträge lösten bei der Bevölkerung der ehemaligen italienischen Kolonien zustimmenden Widerhall aus. In der Zeit, zu der diese Frage in der UNO behandelt wurde, begrüßten die Einwohner der ehemaligen italienischen Kolonien die Sowjetanträge in zahlreichen Kundgebungen und protestierten entschieden gegen die imperialistischen Pläne zur Verewigung des Jochs der ausländischen Landräuber. In Tripolis (Libyen) fanden im November große antibritische Demonstrationen statt, deren Teilnehmer die Parolen ausriefen:

„Nieder mit dem englisch-amerikanischen Imperialismus!“, „Es lebe das geeinte Libyen!“, „Es lebe die Sowjetunion, die die Unabhängigkeit der Völker verteidigt!“

Dagegen nahmen die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks die Sowjetanträge mit größter Feindseligkeit auf. Das ist durchaus begreiflich, hätte die Annahme dieser Anträge den Plänen der Imperialisten doch einen empfindlichen Schlag versetzt. Die Washingtoner Strategen messen Nordafrika eine besondere Bedeutung bei. Sie betrachten dieses Gebiet zwischen Casablanca und Kairo, über das ein ganzes Netz von amerikanischen Militärstützpunkten gebreitet ist, als ein höchst wichtiges Aufmarschgebiet zur Vorbereitung eines aggressiven Krieges gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie.

Die militärischen Stützpunkte der Imperialisten in Afrika sind für sie im Zusammenhang mit den Erfolgen der Volksbefreiungsbewegung in Asien besonders wertvoll geworden. Die USA sind ebenso wie die anderen Kolonialmächte daran interessiert, sich dem Unabhängigkeitsbestreben der Völker Afrikas mit beliebigen Mitteln entgegenzusetzen. Gerade damit erklärt sich ihre hartnäckige Weigerung, ihre Truppen aus den italienischen Kolonien zurückzunehmen, die sie an sich gebracht haben.

Der französische Nationalversammlungsausschuß für auswärtige Angelegenheiten befürchtet, daß die nationale Befreiungsbewegung in den afrikanischen Besitzungen Frankreichs wachsen wird, wenn Libyen die Unabhängigkeit gewährt werden sollte, und nahm deswegen am 4. November eine besondere Resolution zur Frage der ehemaligen italienischen Kolonien an. In dieser Resolution wurde im Gegensatz zur Wahrheit behauptet, daß der Antrag auf Gewährung der Unabhängigkeit an Libyen angeblich

„die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts im Mittelmeerraum sowie die Sicherheit Frankreichs in Afrika gefährdet und den künftigen Beziehungen Italiens zu Westeuropa Abbruch tut“.

Der Standpunkt der italienischen Regierung zu diesem Problem ist für die Politik der volksfeindlichen de-Gasperi-Clique höchst bezeichnend. Nachdem die römischen Machthaber den aggressiven Nordatlantischen Vertrag unterzeichnet hatten und dergestalt in den Dienst des englisch-amerikanischen imperialistischen Blocks getreten waren, hofften sie, man werde ihnen wenigstens die Vormundschaft über Tripolitani und Somaliland zugestehen. Die Wirklichkeit unterschied sich jedoch sehr stark von den Träumen, die de Gasperi und seine Clique gehegt hatten. Im englisch-amerikanischen Plan fielen bei der Aufteilung des Kolonialkuchens für Italien nur ein paar Krümel ab. Das zog eine heftige englandfeindliche Erpressungskampagne in der italienischen bürgerlichen Presse und nicht minder „liebenswürdige“ Antworten in England nach sich, wobei die Polemik aus den Zeitungsspalten auf die amtlichen Reden der italienischen und englischen Staatsmänner übergriff. Kein Wortgefecht kann jedoch das schmähliche Schachergeschäft der römischen Regierungskreise mit den englisch-amerikanischen Imperialisten zur Frage der ehemaligen italienischen Kolonien bemänteln.

Obwohl sich alle Mitglieder des imperialistischen Blocks in ihrem Bestreben einig waren, die Befreiung der Kolonialvölker um jeden Preis zu verhindern, traten bei der Erörterung der Pläne für die Aufteilung der Kolonien unter den Teilnehmern dieses Blocks tiefe Widersprüche zutage. Diese Widersprüche waren der Hauptgrund dafür, daß die erythräische Frage schließlich unentschieden blieb.

Der von der Mehrheit der UNO-Vollversammlung angenommene Beschluß widerspricht restlos den Interessen der einheimischen Bevölkerung der ehemaligen italienischen Kolonien. Selbst der englische „Manchester Guardian“ mußte am 14. November zugeben, daß der englisch-amerikanische Plan

„ein ziemlich bedauernswertes Beispiel dafür ist, wie die ... Interessen der Eingeborenen den Interessen der Großmächte untergeordnet werden“.

Die englisch-amerikanische Presse hebt auch andere organische Mängel dieses Planes hervor, die sich aus dem aggressiven Kurs des englisch-amerikanischen Blocks ergeben. So berichtet der Reuterkorrespondent aus Lake Success, die Mehrzahl der Vollversamlungsdelegierten gebe zu, daß Äthiopien, obwohl von der italienischen Aggression am meisten in Mitleidenschaft gezogen, nicht erlangt habe, was ihm rechtmäßig zustehe, was aber Somaliland angehe, so sei man besorgt, der Beschluß könne im Zusammenhang mit der Rückkehr der italienischen Verwaltungsbehörden in dieses Gebiet zu Revolten und blutigen Zusammenstößen führen.

Tatsächlich laufen schon jetzt Meldungen ein, nach denen sich die antiitalienischen Aktionen in Somaliland häufen. Übrigens trifft die italienische Regierung nach den Äußerungen der vor Freude ganz aus dem Häuschen geratenen italienischen bürgerlichen Presse alle Vorbereitungen, um zur „Rückkehr Italiens nach Somaliland“ im wahrsten Sinne des Wortes voll gerüstet zu sein. Mit welchem Gepäck aber kehrt Italien nach Somaliland zurück? Der italienische Außenminister Sforza und sein Stellvertreter Brusasca haben die Welt vor kurzem hierüber aufgeklärt.

Wie die Agentur ANSA berichtet, erklärte Sforza in einer Sitzung des außenpolitischen Senatsausschusses am 25. November d. J., das zur Verschiffung nach Somaliland bestimmte italienische Expeditionskorps werde zahlenmäßig den englischen Besatzungstruppen gleichkommen und „Polizeifunktionen“ ausüben. Brusasca machte hierzu einige zusätzliche Angaben. Am

23. November veröffentlichte die Zeitung „Momento Sera“ die Erklärung Brusascas, dieses Korps, das schon im Dezember nach Somaliland verschifft wird, werde nahezu 8000 Mann zählen. Nach Mitteilung der Zeitung „Giornale d'Italia“ wird es mit modernsten Waffen ausgerüstet sein und unter den Befehl eines erfahrenen Generals, eines „Veteranen des Kolonialkrieges“, gestellt werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Bevölkerung der ehemaligen italienischen Kolonien, die den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit nicht einstellt, den Beschluß der dem englisch-amerikanischen Block gefügigen Mehrheit der UNO-Vollversammlung ablehnen wird. Dieser Beschluß wird die gebührende Ablehnung der demokratischen Weltöffentlichkeit erfahren, da er den Willen der Kolonialvölker mit Füßen tritt und Ziele verfolgt, die mit den Interessen des internationalen Friedens und der Sicherheit nichts gemein haben.

Die Sowjetdelegation auf der Vollversammlung verteidigt die Interessen der Kolonialvölker, sie tritt gegen die Organisatoren einer imperialistischen Neuaufteilung der Kolonien auf und enthüllt deren räuberische Pläne; damit liefert sie ein neues Beispiel konsequenten Kampfes für die Sache des Friedens und der Sicherheit. Die Anträge der Delegation der Sowjetunion auf eine gerechte Lösung des Problems der ehemaligen italienischen Kolonien sind von den unterdrückten Völkern Afrikas und der gesamten Kolonialwelt, ebenso von der demokratischen Weltöffentlichkeit gebührend eingeschätzt worden als erhabenes Muster demokratischen Verhaltens zur Lösung des Kolonialproblems im Geiste wahrer internationaler Zusammenarbeit, im Geiste der Sorge um die Gewährleistung des Friedens und des Wohlergehens aller Völker.

Die „toten Gäule“ des Staatsdepartements

N. SERGEJEW

FAST zu gleicher Zeit erschienen in der Presse zwei Meldungen. Im Staatsdepartement der USA ist zwecks Verstärkung der Informations- und Propagandarbeit im Ausland eine „Abteilung für psychologische Kriegführung“ eingerichtet worden. In England hat eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten eine Gesellschaft für Freundschaft mit Titojugoslawien gegründet. Auf den ersten Blick scheinen diese Tatsachen nichts miteinander zu tun zu haben. In Wirklichkeit aber stehen sie in unmittelbarem Zusammenhang.

Um diesen Zusammenhang zu erkennen, muß man auf Ereignisse zurückgreifen, die sich vor ein

paar Wochen zugetragen haben. Es handelt sich um Konferenzen der Leiter des diplomatischen Spionagedienstes der USA in den Ländern Europas, die vom Staatsdepartement zusammenberufen wurden, und zwar traten in Paris die amerikanischen Botschafter aus den Ländern Westeuropas unter Teilnahme Harrimans und McCloy zusammen, in London die diplomatischen Vertreter der USA aus der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie unter Teilnahme des USA-Exbotschafters in Belgrad, C. W. Cannon, und des an seine Stelle getretenen Unterstaatssekretärs George E. Allen. Den Anstoß zu diesen Beratungen

gaben direkt und unmittelbar die außenpolitischen Mißerfolge Washingtons an allen Enden der Welt, namentlich aber das Fiasko seiner diplomatischen Spionagearbeit in den Ländern Osteuropas.

Bis zum Herbst d. J. hatte es sich mit restloser Klarheit herausgestellt, daß die Politik des Staatsdepartements in allen Fugen kracht. Die Dullesvariante von Churchills Balkanplan war durchgefallen. Die streng geheimgehaltene Tito-agentur war am Eselsohr ans Tageslicht gezerzt worden. Das Unternehmen mit dem neofaschistischen westdeutschen Staat hat sich offensichtlich nicht bewährt. Denkt man an so weittragende Tatsachen wie den Sieg der chinesischen Demokratie, die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und das Scheitern der amerikanischen Atomerpressung, so begreift man ohne Schwierigkeit, warum die Washingtoner Beobachter mit Lippmann an der Spitze plötzlich angefangen haben, von der Notwendigkeit einer „Revision“ der Politik des Staatsdepartements zu sprechen. Diese „Revision“ begann und endete jedoch im Tätigkeitsbereich der diplomatischen Spionagedienststellen.

Unter den Beratungen der amerikanischen Diplomaten verdient die Londoner Beratung vom 24. und 25. Oktober besonderes Interesse, weil dort von dem Fiasko der Minierpläne die Rede war, die sich unmittelbar gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie richteten. Dieser Beratung wurde besondere Bedeutung beigegeben, da es sich um die strategischen Rechenfehler Washingtons an der Hauptfront des Kampfes handelte, den der USA-Imperialismus gegen den Frieden und die Demokratie führt.

Die Beratung in London wurde mit dem Mantel tiefster Verschwiegenheit umgeben. Dennoch gelangten Meldungen in die Presse, die eine Vorstellung von dem Wesen der Sache vermitteln. Auf der Tagesordnung standen, wie aus einer Meldung der Reuter-Agentur und der United Press ersichtlich ist, zwei Hauptfragen: das Hochgehen der Belgrader Clique und die Methoden zu ihrer weiteren Verwertung; das Fehlschlagen der amerikanischen Versuche, sich in den Ländern Osteuropas zu betätigen, und weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet.

Bekanntlich hat die Tätigkeit der USA-Diplomaten in den Ländern der Volksdemokratie nicht die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen der USA zu diesen Ländern, sondern die Untergrabung der dort bestehenden Staatsregimes zum Ziel. In dem von Dulles ausgearbeiteten sogenannten „Plan X“ ist kein Geheimnis daraus gemacht worden, worin die niederträchtigen Methoden der Diplomatie des „Mantels und Dolches“ bestanden: in der Vorbereitung verbrecherischer, hoch-

verräterischer Verschwörungen, in Meuchelmorden und Schädlingsakten. Vernichtung des demokratischen Systems, Wiederherstellung der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten in Osteuropa, Umwandlung der dortigen Länder in ein Aufmarschgebiet für die USA — das war das Ziel der amerikanischen Politik. Ist es da ein Wunder, wenn diese Politik, die auf den entschlossenen Widerstand der Volksmassen stößt, Schiffbruch erleidet?!

In dem Referat, das das Staatsdepartement für die Londoner Beratung vorbereitet hatte (sein Inhalt gelangte ebenfalls in die Presse), wurde versucht zu analysieren, warum die Wühlarbeit der USA-Diplomaten in den Ländern der Volksdemokratie fehlschlug, und zwar wurde nicht das Wesen, sondern sozusagen die technische Seite der Sache unter die Lupe genommen.

Es stellte sich heraus, daß die strategische Linie der in den Ländern der Volksdemokratie betriebenen amerikanischen Außenpolitik ausgearbeitet wurde auf Grund falscher Vorstellungen von der internen Lage dieser Länder und vor allem von dem dortigen Kräfteverhältnis zwischen Demokratie und Reaktion. Die unrichtigen Angaben erhielt das Staatsdepartement durch seine Botschaften zugestellt. Aus Enthüllungen von Leuten, die der amerikanischen und der englischen diplomatischen Sudelküche nahestanden, ist bekannt, wie die sogenannte maßgebende Information über die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie fabriziert wird. Diese Information wird aus den trüben Quellen der Lüge und Verleumdung gefischt. Ihre Verfasser zeigen ihren Vorgesetzten im Staatsdepartement, um ihnen gefällig zu sein, genau das, was diese gerne sehen wollen.

Die Außenpolitik Washingtons wird von Leuten bestimmt, die von blindem Haß gegen das Land des Sozialismus, gegen die volksdemokratischen Staatswesen durchdrungen sind. Sie unterschätzen die Stärke der Arbeiterklasse und sehen über die zunehmende Reife der Volksmassen, über ihr Streben nach Frieden und über ihre Abneigung gegen die Propaganda der Kriegsbrandstifter hinweg. Als Grundlage für seine Politik benutzt das Staatsdepartement die vorgefaßte Meinung, die volksdemokratischen Staatsregimes seien schwach, sowie eine übertriebene Vorstellung von den Kräften der Reaktion.

Die Folge waren unangenehme Überraschungen für Washington, wie die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der volksdemokratischen Länder, die politische Stabilität ihrer Regimes, die gewaltige, ständig zunehmende Autorität der kommunistischen Parteien.

Auf der Londoner Beratung stellte sich nach Pressemeldungen folgende interessante Einzelheit

heraus. Als man in Washington an der Genauigkeit der aus den Ländern der Volksdemokratie erhaltenen Information zu zweifeln begann, schickte man Sonderagenten nach Europa, die beobachten sollten, wie die Demonstrationen am 1. Mai, die Jugendfestspiele, die Volksfeste, die Aktionen zum Friedenstag u. a. m. verlaufen. Diese Beobachter reisten als Kaufleute, Professoren, Studenten, Korrespondenten u. a. Darauf teilten sie ihre Eindrücke nach Washington mit. Das Staatsdepartement überzeugte sich hierbei nicht nur von dem Fiasko seiner Spionage- und Späharbeit, sondern auch von den Fehlschlägen an der Front des ideologischen Krieges.

Bekanntlich geht die amerikanische Propaganda von der läppischen Vorstellung aus, der Kommunismus zerfalle „von innen her“ und die ganze Welt wünsche der amerikanischen Lebensweise und der Wall-Street-Ideologie teilhaftig zu werden. Auf der Londoner Beratung mußten die Vertreter des Staatsdepartements zugeben, daß derartige Vorstellungen nur zum Betrug der Öffentlichkeit geeignet sind. Wenn wirklich irgend etwas in den Ländern der Volksdemokratie „zerfällt“ — so vor allem die amerikanische Propaganda.

Wie aus Pressemeldungen über die Beratung in London hervorgeht, haben die Leiter des Staatsdepartements ihren diplomatischen Vertretern große Vorwürfe darüber gemacht, daß sie erstens die falsche Ansicht verschuldeten, als bekehrten die Sendungen der „Stimme Amerikas“ die Massen der Europäer zum Wall-Street-Glauben, und daß sie zweitens verhehlten, daß diese Sendungen nicht ernst genommen werden, sondern vielmehr Entrüstung und Spott hervorrufen, da die darin enthaltenen Entstellungen der Tatsachen allzu klobig zusammengeschustert sind. Die Prüfung ergab, daß die vielen Millionen, die von den USA-Imperialisten für die Bestechung der öffentlichen Meinung und für den Betrug der Massen in den volksdemokratischen Ländern ausgegeben worden sind, sich vom Standpunkt ihrer Wühlpläne nicht rentiert haben.

Das Staatsdepartement berief die Botschafter zusammen, nicht nur um seine Fehlschläge zusammenzurechnen, sondern auch um weitere Aktionspläne aufzuzeichnen. Es handelt sich um den Ausbau der Spionage- und Kundschaftsarbeit in Europa einerseits und um verstärkte Verbreitung amerikanischer Propaganda andererseits. Zu diesem Zweck eben wird im Staatsdepartement die „Abteilung für psychologische Kriegführung“ eingerichtet. Offiziell wird sie „Interministerielles Amt für Auslandsinformation“ heißen. In diesem Amt werden Vertreter des Verteidigungsministe-

riums, der Marshallplan-Administration und anderer Ämter zusammenkommen, die sich einerseits mit Spionagearbeit befassen und andererseits amerikanische Lügenpropaganda im Ausland verbreiten. Alle diese Ämter schicken sich jetzt an, mit vereinten Kräften die Löcher zu flicken, die das Staatsdepartement in seiner Hauswirtschaft entdeckt hat.

Der „psychologische Krieg“ ist nur ein Bestandteil des „kalten Krieges“, den die USA-Imperialisten gegen das demokratische Lager führen. Die Presse der Monopole hat laut und vernehmlich verkündet, daß auf der Londoner Beratung die weitere Taktik des „kalten Krieges“ ausgearbeitet worden sei. Dies bedeutet, daß dort Pläne für neue Antisowjetintrigen geschmiedet wurden, für neue ehrlose Machenschaften und Geheimkomplotte gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen den Frieden. Es läßt sich jetzt schwer sagen, welch sensationelle Neuerungen die „Abteilung für psychologische Kriegführung“ an den Methoden der amerikanischen Wühlarbeit in Europa vornehmen wird. Vorläufig wird in die neuen Schläuche immer derselbe muffige, übersäuerte Wein gefüllt. Als Beispiel mag die Tatsache dienen, daß bei der „Revision“ der Taktik des „kalten Krieges“ die Frage einer Verwertung der Titoclique eine besondere Stelle einnahm.

Die Entlarvung der Belgrader Bande als einer Agentur der Wall Street war ein vernichtender Schlag für das ganze System imperialistischer Verschwörungen in Osteuropa. Die Chefs des Staatsdepartements und des amerikanischen Spionagedienstes zerbrechen sich jetzt den Kopf darüber, wie sie die als geheime Agentur aufgeflogene Titobande am besten für ihre Schädlingsschwärme weiterverwenden könnten. Wohl oder übel mußte man Belgrad in die Kategorie der unverhüllten Satelliten überführen. Auf der jetzigen Tagung der UNO-Vollversammlung haben die Titobeamten die Rolle der gemeinsten Agenten und Lakaien der USA-Imperialisten übernommen.

Die englische und die amerikanische Presse verhehlte im Zusammenhang mit der Londoner Beratung nicht, daß das Staatsdepartement sich ziemlich Sorgen darüber macht, wie es die Titoleute weiter verwenden könnte, wie Tito zu „helfen“ sei. Schon jetzt kann man beobachten, was für Schritte in dieser Richtung unternommen werden. Vor allem wird der Propagandaapparat der Reaktion zur Hilfe für Tito angeboten. Diesem Apparat ist folgende Aufgabe gestellt: das Wesen des faschistischen Regimes der Titomordbuben, der Söldner des Imperialismus, zu tarnen. Um das Publikum gehörig zu betrügen, werden Rechtssozialisten zu Titos Unterstützung

mobiliert. Die lenkende Hand des amerikanischen Spionagedienstes organisiert Reisen von „Sozialisten“ aus verschiedenen Ländern, namentlich aus England und Italien, die sich solcher Art Aufträgen gern unterziehen, nach Titojugoslawien. Die Presse wird dann mit Reiseeindrücken und Erzählungen überschwemmt, in denen die faschistischen Zustände, die die Tito-Agentur des englisch-amerikanischen Imperialismus geschaffen hat, für Sozialismus ausgegeben werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die Bildung der jetzt in London entstandenen speziellen Organisation zur Unterstützung der Titoleute, der Gesellschaft für englisch-jugoslawische Freundschaft, zu betrachten. Sie wurde, wie gesagt, von einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten gebildet. Ihr gehören an: Stanley Tiffany (Vorsitzender), Leah Manning (stellvertretende Vorsitzende), Ziliacus, John Parker, Norman Dodds sowie der Redakteur des Auslandsressorts von „Reynolds News“, David Raymond. Die Gesellschaft ist als Gegengewicht zur fortschrittlichen englisch-jugoslawischen Assoziation gebildet worden, die die räuberische Betätigung der Titoclique verurteilt. Die neue Gesellschaft hat verkündet, daß sie sich mit der Veranstaltung von Versammlungen, Vorlesungen und Filmvorführungen sowie mit der Herausgabe periodischer Schriften und Broschüren befassen werde, um über „alle Seiten des Lebens im heutigen Jugoslawien zu informieren, darunter auch über seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften und Pläne“.

Was das für Errungenschaften sind, ist ja bekannt. Die Spioneclique Titos, die die Macht an sich gerissen hat, hat in Jugoslawien das Regime eines Polizeistaats faschistischen Typs aufgerichtet. Das Land ist zum Heerlager gemacht worden, die demokratischen Rechte der Werktätigen werden vernichtet, jedwede freie Äußerung von Gedanken ist unmöglich gemacht. Wirtschaftlich ist Jugoslawien unter die Kontrolle von Auslandsmonopolen gestellt, und es wird zum Agrar- und Rohstoffanhängsel des englisch-amerikanischen Kapitals gemacht. Die Verelendung der Werktätigen nimmt katastrophale Formen an. Dieser Art sind die politischen und wirtschaftlichen „Errungenschaften“ der Bande von Spionen und Mördern, die sich Jugoslawiens bemächtigt haben. Ihre sozialen „Errungenschaften“ sind eine unbarmherzige, bestialische Ausbeutung der Werktätigen, ihre kulturelle Errungenschaft ist die Umwandlung des Landes in einen Gestapokerker. Das sind die „Errungenschaften“, die die Labouranhänger der Titoleute jetzt in den Himmel heben werden.

Es kann nicht unbemerkt bleiben, daß zu der in London hervorgetretenen Gruppe von Titofreunden sogenannte „linke“ und unabhängige Labourmitglieder, namentlich Ziliacus, gehören. Die Entlarvung der Titoleute reißt auch diesen „linken“ Politikern, die jetzt offen bei der von den Imperialisten unterhaltenen Spionage- und Wühlagentur gelandet sind, die Maske vom Gesicht.

Das Auftauchen eines speziellen Londoner Apparats zur Propaganda für die Belgrader Imperialistenagentur zeigt, daß die Imperialisten gar zu gern über das Scheitern und die Entlarvung der Titoclique hinwegtäuschen möchten, um mit Hilfe dieser Clique die Wühl- und Spionagearbeit gegen das demokratische Lager fortzusetzen.

Ein gleiches geschah eigentlich auch nach der Entlarvung des Trotzismus. Der wunde Punkt an allen diesen Plänen ist immer derselbe: Unterschätzung der moralischen und politischen Macht des Lagers der Demokratie und des Sozialismus. Macht man seinen Einsatz auf die hochgegangenen und entlarvten Belgrader Abenteurer, so ist es dasselbe, als wollte man — wie ein englisches Sprichwort sagt — einen toten Gaul antreiben. Die verrotteten Titoleute und ihre Anhänger werden ebenso isoliert und über Bord geworfen werden, wie die trotzkistischen Agenten des Imperialismus und der Reaktion auf den Müll der Geschichte gewandert sind.

Die Titoagentur ist nur ein Detail im außenpolitischen Arsenal Washingtons. Aber sie ist ein charakteristisches Detail. Auf der krampfhaften Suche nach neuen Mitteln und Methoden des „kalten“, des „psychologischen Krieges“ und anderer derartiger Kriege, die zu den Vorbereitungen eines wirklichen blutigen Krieges gehören, drehen sich die Washingtoner Kriegsbrandstifter immer in demselben stumpfsinnigen Kreise. Weder neue Ideen gibt es dort noch politische Kräfte. Die Überreste der zerschmetterten, bankrotten reaktionären Parteien und Klassen, die Hitlerfaschisten von gestern, die katholische Reaktion mit dem Vatikan an der Spitze, die Rechtssozialisten, die sich unmittelbar mit den Neofaschisten zusammentun ... das alles sind die „toten Gäule“, mit denen man aber den Karren nicht weit bringt.

Die Reaktionäre, die der Washingtoner Politik ihre Form verleihen, beileben sich nicht, aus ihren Fehlschlüssen auch nur einigermaßen vernünftige Schlüsse zu ziehen. Sie zeigen nicht die Absicht, ihre Politik mehr der Wirklichkeit anzupassen — d. h. ihre Ränke, Machenschaften und Intrigen gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu unterlassen und, von der Möglichkeit einer Koexistenz der beiden Systeme aus-

ANKLAGESCHRIFT
der
OBERSTEN STAATSANWALTSCHAFT
der
VOLKSREPUBLIK BULGARIEN
in Sachen
TRAITSCHO KOSTOFF UND KOMPLICEN

BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“
Nr. 50 vom 7. Dezember 1949

Anklageschrift der Obersten Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Bulgarien in Sachen Traitscho Kostoff und Komplizen

Sofia, den 30. November (TASS). Alle bulgarischen Morgenblätter bringen heute vollständig die Anklageschrift der Obersten Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Bulgarien in Sachen des Hochverraters Traitscho Kostoff und seiner Komplizen.

Die Anklageschrift lautet:

Auf Grund des vom Großen Sobranje am 21. Oktober 1949 angenommenen Gesetzes sowie im Einklang mit dem Aktenmaterial betreffs der Anklage lautend auf Organisation einer staatsfeindlichen Verschwörung mit dem Ziel, die gemäß Verfassung der Volksrepublik Bulgarien errichtete gesetzliche Macht zu stürzen, auf Verrat, Spionage und Hochverrat, werden

zur Verantwortung gezogen:

1. Traitscho Kostoff Dshuneff, — geboren am 17. Juni 1897 in Sofia, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, von Beruf Publizist, mit unabgeschlossener juristischer Hochschulbildung, wohnhaft in Sofia, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und Sekretär des Zentralkomitees der KPB, vor der Verhaftung Direktor der Bulgarischen Volksbibliothek.

Als aktiver Teilnehmer der linkssektiererischen, trotzkistischen Fraktion in der Kommunistischen Partei Bulgariens wurde er 1931 in das linkssektiererische Zentralkomitee kooptiert, in dessen Auftrag er die Parlamentsgruppe der legalen Arbeiterpartei leitete und die legale Zeitung „Arbeiter- und Bauernfahne“ redigierte.

In seiner praktischen Tätigkeit setzte er die feindlichen, linkssektiererischen, trotzkistischen Richtlinien hinsichtlich der Bauernschaft aktiv in die Praxis um, wodurch er die Verbindungen der Partei der Arbeiterklasse zu deren Hauptverbündeten, der Bauernschaft, störte und der monarchofaschistischen Macht den Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte im Lande erleichterte.

Als er sich 1933—1934 als Emigrant in Moskau aufhielt, unterstützte er die linkssektiererische

Fraktion in der KPB weiter und trug, während er im Balkansekretariat der Kommunistischen Parteien tätig war, zur Einberufung einer Parteikonferenz außerhalb Bulgariens bei, zwecks Verdrängung der anerkannten Führer der Partei, Georgi Dimitroffs und Wassil Kolaroffs, von der Leitung der Partei.

Während seines Aufenthalts in der UdSSR stand er in enger politischer Beziehung zu den später entlarvten Trotzkiisten Béla Kun und Maksimilian Valecki und nahm mit ihrer Beihilfe mit dem jugoslawischen Emigranten Josif Broz-Tito („Walter“) Fühlung, der gleichfalls ihre trotzkistischen Anschauungen teilte.

Unter Ausnutzung seiner Dienststellung als Personalreferent des Balkansekretariats der Kommunistischen Parteien empfahl er Tito, der mit seinen trotzkistischen Anschauungen solidarisch war, für politische Arbeit in Jugoslawien.

Obwohl die linkssektiererische Fraktion in der KPB liquidiert wurde, behielt er durch ein doppelzünglerisches Manöver und durch Abgabe einer unaufrichtigen, verlogenen Erklärung über sein Abrücken von den Linkssektierern seine führende Parteistellung und sabotierte, ins Land zurückgekehrt, dort die Einhaltung des neuen, von Dimitroff verkündeten politischen Kurses.

Am 29. April 1942 wurde er im Zusammenhang mit der Aufdeckung des illegalen Zentralkomitees in einer illegalen Wohnung, Sofia, Uliza Pateriza 11, von der Polizei verhaftet.

Zehn Tage nach seiner Verhaftung gestand er beim Verhör dem Chef einer Polizeiabteilung, Nikola Geschew, der den Kampf gegen die Kommunistische Partei leitete, einer der tätigsten Führer und Mitglieder des Zentralkomitees gewesen zu sein, und verrät feige seine politischen Freunde und Gesinnungsgenossen, deren Verbindungskanäle sowie die vom Zentralkomitee der Partei gefaßten Beschlüsse zu den aktuellsten Fragen des Kampfes gegen die deutschen Okkupanten und gegen das faschistische Polizeiregime, das von der Regierung Filoff im Lande errichtet worden war.

Hiermit noch nicht genug, unterschrieb er eine Verpflichtung über geheime Zusammenarbeit mit der Polizei bei der Bekämpfung der Kommunistischen Partei, der er seit 1919 angehörte, und fabrizierte, um sich zu tarnen und seine Stellung in der Partei zu festigen, mit Hilfe **Gescheffs** Aussagen, in denen er die erhobenen Anschuldigungen leugnete.

Durch Verrat und Kapitulation in der Polizei erreichte er, daß man das Todesurteil, das vom faschistisch-monarchistischen Gericht über die sechs anderen, weniger aktiven politischen Parteifunktionäre gefällt wurde, die dann am 23. Juli 1942 erschossen wurden, für ihn durch lebenslängliche Haft ersetzte.

Im Urteil in Sachen des illegalen ZK erklärte das Standgericht das Unterbleiben des Todesurteils mit den „schweren Familienverhältnissen des Angeklagten, seinem schlechten Gesundheitszustand und seinen ideologischen Verirrungen“. In Wirklichkeit wurde das vom Gericht früher vorgesehene gewesene Todesurteil auf einen Befehl des Kriegsministers, General Nikola **Michoff**, persönlich an den Vorsitzenden des Standgerichts, Oberst Ignat **Mladenoff**, durch lebenslängliche Haft ersetzt.

Während seines Aufenthalts im Gefängnis von Plewna nahm er im September 1943 seine verräterische Verbindung mit **Gescheff** wieder auf und richtete in dessen Auftrag ein defaitistisches Schreiben an das illegale Zentralkomitee der KPB mit dem Vorschlag, sich aktiver Aktionen von Partisanenabteilungen im Kampf gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten zu enthalten.

Unter Ausnutzung des Rufes eines „aufrechten“ und „unerschrockenen“ Parteimitglieds, der ihm mit Hilfe der Polizei verschafft worden war, gelangte er nach dem 9. September 1944 durch Betrug auf den führenden Posten des Sekretärs des ZK der KPB.

Ende 1944, auf einem Empfang bei General William H. Oxley, dem Chef der englischen Mission bei der Alliierten Kontrollkommission für den Waffenstillstand mit Bulgarien, trat er in verbrecherische Verbindungen zum englischen Spionagedienst, und zwar durch Oberst William S. **Bailey**, an dessen Hinweise und Ratschläge er sich im weiteren in seiner feindseligen Arbeit gegen den bulgarischen Staat hielt.

2. Iwan **Stefanoff Hadschi-Matejef**, geboren am 3. März 1899 in der Stadt Warna, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, mit Hochschulbildung, von Beruf Wirtschaftsstatistiker, Dr. rer. pol., Professor an der Universität Sofia, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Finanzminister.

Er stammt aus der Familie eines Großgrundbesitzers, dem 400 Hektar Ackerland im Dorfe

Septemwriez, Kreis Baltschik, gehörten, erhielt seine Hochschulbildung im Ausland, in Berlin, und seine weitere wissenschaftliche Ausbildung in Paris.

Im Jahre 1924 traf er sich in Berlin mit seinem Vetter Christian **Rakowski**, einem alten Trotzkiisten und nächsten Mitarbeiter **Trozkis**; 1937 wurde **Rakowski** im Prozeß in Sachen des sogenannten rechtstrotzkistischen Blocks in Moskau als Spion und Verschwörer verurteilt.

Mit Bürgerschaft **Rakowskis** wurde **Hadschi-Matejef** 1924 in der Berliner sowjetischen Handelsvertretung stellvertretender Leiter der statistischen Abteilung, im darauffolgenden Jahr, 1925, erhielt er, als **Rakowski** nach Paris versetzt wurde, mit dessen Dazutun den Posten des Leiters der statistischen Abteilung in der sowjetischen Handelsvertretung in Frankreich.

Unter **Rakowskis** Einfluß schloß er sich, 1929 nach Bulgarien zurückgekehrt, der linkssektiererischen Fraktion an und wurde dank dieser Tatsache in das linkssektiererische ZK gewählt.

Ebenfalls 1929 nahm er als Delegierter zu der in Berlin stattfindenden Plenartagung des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens am Kampf gegen Georgi **Dimitroff** und Wassil **Kolaroff** teil, um sie von der Leitung der KPB zu verdrängen.

Ende 1932 trat er in verbrecherische Verbindung mit einem Agenten des englischen Spionagedienstes in Bulgarien, dem Rechtsanwalt Mark **Nachimson**, und durch ihn mit dem Chef des englischen Spionagedienstes, Stanley **Brown**. In den folgenden drei Jahren stellte er dem englischen Spionagedienst regelmäßig Geheimangaben über den Zustand der bulgarischen Wirtschaft gegen Barvergütung zu.

Im Juni 1945 erneuerte er die verbrecherischen Beziehungen zum englischen Spionagedienst, und zwar durch Oberst William S. **Bailey** und später durch Major Frank William **Gosling**, dem er Angaben über den Staatshaushalt und über die Ausgaben des Staates für militärische Zwecke in den Jahren 1946 und 1947 übermittelte.

3. Nikola **Pawloff Koleff**, geboren am 3. Mai 1906 im Dorfe Ugyrtschin, Kreis Lowetsch, Bulgare, bulgarischer Staatsbürger, Mittelschulbildung, von Beruf Architekturtechniker, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Verwaltungssekretär des Politischen Büros des Zentralkomitees der KPB, in letzter Zeit stellvertretender Minister für das Bauwesen.

Als Schriftführer des illegalen Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbands stellte er 1931 Verbindung mit dem aktiven bulgarischen Trotzkiisten Ratscho **Zanef** her und betrieb später den linkssektiererischen Kurs im Kommunistischen Jugendverband und in der Partei.

Am 22. März 1942 gestand er verräterisch beim ersten Polizeiverhör im Zusammenhang mit der Aufdeckung des illegalen Zentralkomitees der KPB dem bereits erwähnten **Gescheff**, ein technischer Mitarbeiter des ZK zu sein, und verriet seine illegalen Parteiverbindungen.

Nachdem er kapitulierte und seine politischen Freunde und Gesinnungsgenossen verraten hatte, unterschrieb er die Verpflichtung, im Kampf gegen die Kommunistische Partei und für die Stärkung des im Lande bestehenden monarchofaschistischen Systems insgeheim mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

4. **Nikola Natscheff Petkoff**, geboren am 19. Juli 1905 im Dorfe Dermanzi, Kreis Lukowit, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, Hochschulbildung, von Beruf Agronom, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Gehilfe des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Wirtschafts- und Finanzfragen.

Er stand mit dem aktiven bulgarischen Trotzkisten **Spas Sadgorski** in nahem Verwandtschaftsverhältnis und schloß sich, obwohl Mitglied der KPB, wegen seiner politischen Anschauungen der der Kommunistischen Partei feindlichen Umgebung **Sadgorskis** an.

Ende 1941 trat er in verbrecherische Verbindung mit einem Agenten des englischen Spionagedienstes, dem Großindustriellen **Kiril Slawoff**, dem er weiterhin gegen Barvergütung — je 50 000 Lewa für jede Information — Geheimangaben über die Landesbilanz betr. Getreide und andere Nutzpflanzen für die Jahre 1941, 1942, 1945, 1946, 1947 und 1948 machte, und dem er außerdem für den englischen Spionagedienst die Projekte zum zweijährigen und zum fünfjährigen staatlichen Volkswirtschaftsplan Bulgariens übergab.

5. **Boris Andonoff Christoff**, geboren am 28. Februar 1912 im Dorf Dolno Selo, Kreis Küstendil, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, Hochschulbildung, von Beruf Agronom, Doktor der agronomischen Wissenschaften, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Handelsvertreter in der UdSSR.

Als Abkömmling einer Schankwirtsfamilie, der sich selbst mit Privathandel befaßte, schloß er sich 1928 im Einklang mit seinen politischen Anschauungen den Anarchisten an. Hochschulbildung erwarb er im Ausland; er studierte anfangs an der Universität Prag und später an der Universität Zagreb, Jugoslawien.

Nach Bulgarien zurückgekehrt, bekleidete er Verwaltungsposten in privaten Versicherungsgesellschaften und wurde 1943 Direktor der neugegründeten privaten Versicherungsgesellschaft „Jugowostok“ (Südosten), mit persönlichem Kapitalanteil von 200 000 Lewa.

Am 10. Februar 1943 wurde er wegen Verbindungen mit den Kommunisten verhaftet, verriet im Verhör beim Chef der politischen Gebietspolizei in der Stadt Stara-Sagora, **Gentscho Sawakoff**, seine politischen Verbindungen und unterzeichnete die Verpflichtung, mit der Polizei insgeheim zusammenzuarbeiten, der er späterhin mitteilte, was er über fortschrittlich gesinnte Personen aus seinem engen Bekanntenkreis wußte.

Anfang 1946 trat er in verbrecherische Beziehungen zu **Viktor Ziberna**, Botschaftsrat für Handelsfragen bei der jugoslawischen Botschaft in Moskau, dem er regelmäßig Angaben über die Handelsunterredungen zwischen Bulgarien und der UdSSR sowie über die zwischen diesen Ländern abgeschlossenen Vereinbarungen übermittelte.

6. **Zonü Stefanoff Zontscheff**, geboren am 17. November 1898 in der Stadt Kotel, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, von Beruf Wirtschaftsstatistiker, mit ökonomischer Hochschulbildung, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Direktor der Bulgarischen Volksbank.

Er stammt aus der Familie eines Großgrundbesitzers und erwarb von 1937 bis 1939 in den USA, als Stipendiat des sogenannten Rockefeller'schen Forschungsinstituts in Bulgarien, Spezialausbildung.

Im Jahre 1924, als die illegale kommunistische Jugendgruppe in Warna aufgedeckt wurde, wurde er von der Polizei verhaftet, verriet alle Teilnehmer dieser Gruppe und verleumdete vor Gericht die Kommunistische Partei und den Kommunistischen Jugendverband.

Er trat 1941 in verbrecherische Beziehungen zum amerikanischen Spionagedienst und lieferte dessen Emissären **Ervin Oscar Anderson** und **James Clarke** Spionageangaben über den Zustand der Wirtschaft und der Finanzen Bulgariens.

7. **Iwan Slawoff Gewrenoff**, geboren am 23. Juli 1884 im Dorfe Itschera, Kreis Kotel, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, mit Hochschulbildung, von Beruf Maschinenbauingenieur, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Direktor der Vereinigung Gummindustrie des Industrieministeriums.

Er stammt aus der Familie eines wohlhabenden Bauern und Mühlenbesitzers und erhielt seine Hochschulbildung im Ausland, in Brüssel, Belgien, wo er **Maria Hadschi-Tinewa**, die Tochter eines Gutsbesitzers, der 1000 Hektar Ackerland besaß, heiratete. Dies nutzte er zur eigenen Bereicherung aus.

Bei seiner Rückkehr nach Bulgarien im Jahre 1926 gründete er die damals größte Gummifabrik des Landes und später die Aktiengesellschaft „Kautschuk“; schließlich gründete er gemeinsam mit einem Vertrauensmann der italienischen

Firma Pirelli, Mailand, eine neue Gummifabrik, „Zar Simeon“.

Nach dem 9. September 1944 spielte er sich als Freund der Volksmacht auf, trat unter Ausnutzung gewisser früherer Verbindungen mit den Kommunisten der KPБ bei und drängte sich auf leitende Arbeit im Industrieministerium.

Im Jahre 1947 trat er in verbrecherischen Kontakt mit dem Agenten Englands, Kiril **Slawoff**, und lieferte ihm Spionageangaben über den Zustand und die Produktionskapazität aller wichtigsten Industriebetriebe des Landes.

8. Iwan **Georgieff Tuteff**, geboren am 31. Oktober 1902 in der Stadt Lowetsch, Bulgare, bulgarischer Staatsangehöriger, mit Hochschulbildung, von Beruf Agronom, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Direktor der Außenhandelsdirektion im Außenhandelsministerium.

Er stammt aus kleinbürgerlichem Milieu und erhielt seine Hochschulbildung im Ausland, in Berlin. Als Sekretär des bulgarischen Handelskonsulats in Düsseldorf trat er 1935—1937 in verbrecherische Beziehungen zu einem Vertreter des englischen Spionagedienstes, dem Großindustriellen Alexander **Müller**, und später auch zu dem Chef des letztgenannten, dem englischen Agenten **Nimeegen**, denen er bis 1940 gegen Barvergütung Spionageangaben über den bulgarischen Export und Import verschaffte.

Nachdem er im Auftrag der Engländer nach Bulgarien zurückgekehrt war, nahm er Ende 1940 durch Sultana **Ratscho Petrowa**, die Frau eines Exgenerals am Zarenhof und Geliebte des Exzaren Ferdinand, seine Spionagebeziehungen zum englischen Spionagedienst wieder auf.

Bis 1945 lieferte er **Petrowa** regelmäßig Material über das wirtschaftliche Leben in Bulgarien, faßte im Auftrag des englischen Geheimdienstes in Kommunistenkreisen Fuß, trat der KPБ bei und erhielt für die den Engländern geleisteten Dienste eine Vergütung von 500 000 Lewa.

Um Spionageangaben in größerem Umfang sammeln zu können, zog er schon 1937 Iwan **Kaluscheff**, den ehemaligen Generaldirektor der Staatlichen Speditionsfirma „Despred“, sowie Iwan **Panoff**, den ehemaligen Direktor der Staatlichen Exporthandelsvereinigung „Bolgarplo-dexport“, zu dieser Arbeit heran.

Im Februar 1947 trat er in Beziehungen zu einem Emissär des englischen Spionagedienstes, dem ersten Sekretär der englischen Botschaft in Sofia, Stephen Patrick **House**, lieferte ihm später wiederholt Material über den Außenhandel Bulgariens mit der UdSSR und mit den Ländern der Volksdemokratie sowie Angaben über die mit

ihnen abgeschlossenen Handelsverträge und -abkommen.

9. Blagoje **Ivanov Hadži-Panzov**, geboren am 18. Dezember 1911 in der Stadt Veles (Mazedonien), Mazedonier, bulgarischer Staatsangehöriger, mit Hochschulbildung, von Beruf Jurist, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Botschaftsrat der jugoslawischen Botschaft in Bulgarien.

Im September 1947 wurde er als Emissär des jugoslawischen Spionagedienstes nach Bulgarien geschickt, um im Gebiet Pirin gegen die bulgarische Regierung zu wühlen und durch ein Netz von Informationsagenten, das unter der Leitung des jugoslawischen Exbotschafters in Sofia, Obrad **Cicmil**, des Botschaftsrats der gleichen Botschaft, Pero **Mangovski**, und des stellvertretenden Militärattachés Arso **Milatović** arbeitete, Spionageangaben zu sammeln.

Im November 1948 kehrte er auf Geheißbeschuß der jugoslawischen Regierung nach Sofia zurück und erklärte sich lügnerisch für einen politischen Emigranten und Gegner **Titos**, um seine spätere Wühl- und Spionagearbeit in Bulgarien zu tarnen.

Zu diesem Zweck trat er in Geheimverbindung mit dem Chef der Konsularabteilung der jugoslawischen Botschaft in Sofia, Svetozar **Savić**, durch den er seine Chefs aus der Regierung **Tito** über die politischen Stimmungen unter den jugoslawischen Emigranten und über die Ergebnisse seiner Zersetzungsarbeit in deren Kreisen auf dem laufenden hielt.

10. Wassil **Athanassoff Iwanowski**, geboren am 18. Oktober 1906 im Dorfe Lowrad, Kreis Kostur, Mazedonier, bulgarischer Staatsangehöriger, mit unabgeschlossener Mittelschulbildung, von Beruf Tabakarbeiter, wohnhaft in Sofia, ehemaliger Instrukteur der Agitations- und Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPБ und Vorsitzender des Landeskomitees mazedonischer Kultur- und Bildungsgesellschaften in Bulgarien.

Im Jahre 1942 wurde er im Zusammenhang mit der Aufdeckung der illegalen kommunistischen Organisation in der Stadt Plowdiw verhaftet, verriet der Polizei drei Mitglieder des illegalen Bezirksparteikomitees, Spas **Bataloff**, Sheljasko **Georgieff** und **Raina**, und bestätigte die Aussagen von Mitangeklagten über den namhaften bulgarischen Kommunisten Peter **Tschengeloff**, der später erhängt wurde.

Im November 1945 reiste er mit Wissen und Zustimmung der jugoslawischen Leitung aus Skoplje nach Sofia, um dort unter den Mazedoniern, Staatsbürgern der Volksrepublik Bulgarien, Wühlarbeit zu betreiben.

Nachdem er durch Betrug ins Sofiaer Gebietskomitee der Partei und später in die Agitpropabteilung des ZK der KPB eingedrungen war, mißbrauchte er seine Dienststellung zur regelmäßigen Lieferung von Geheimmaterialien an den ehemaligen jugoslawischen Botschaftssekretär Mitko Zafirovski und dessen Nachfolger Pavle Momčilović.

11. Ilja Iwanoff Bojalzalieff, geboren am 23. Mai 1911 in Saloniki (Griechenland), Mazedonier, bulgarischer Staatsangehöriger, mit Mittelschulbildung, wohnhaft in Sofia, ehemaliger politischer Leiter von Baugruppen der Bauvereinigung des Sofiaer Stadtrats.

Er stammt aus der Familie eines Webwarengroßhändlers, Mühleninhabers sowie Besitzers von vier Läden, suchte 1942 bei der Polizei an, sie möge ihn in ihre Dienste nehmen, und trat als Offizier in das Besatzungskorps in Jugoslawien ein, das von Deutschen befehligt wurde.

Unter Ausnutzung seiner früheren formalen Zugehörigkeit zu den Kommunisten schlich er sich nach dem 9. September 1944 in die KPB ein und wurde zum Gehilfen eines Regimentskommandeurs ernannt, jedoch wegen moralischer Verkommenheit und Trunksucht aus dem Heer entlassen.

Ende 1945 traf er sich in der Stadt Geygeli, Jugoslawien, mit seinem Bruder Christo Bojalzalieff, dem stellvertretenden Handelsminister der Mazedonischen Volksrepublik, und begann in dessen Auftrag nach seiner Rückkehr nach Bulgarien die Mazedonier für eine Lostrennung von Pirinisch-Mazedonien und dessen Anschluß an Jugoslawien aufzuwiegeln.

Zu feindseligen Zwecken drängte er in die Leitung der Sofiaer Vereinigung von Mazedoniern aus Geygeli ein und brachte das Aktiv der Vereinigung gegen die bulgarische Regierung und ihre politische Linie in der mazedonischen Frage auf.

Im Juni 1948 trat er in verbrecherische Beziehungen zu dem Botschaftsrat der jugoslawischen Botschaft, Blagoje Hadži-Panzov, im April des folgenden Jahres, 1949, zu dem ehemaligen Sekretär der gleichen Botschaft, Naum Nakov, der wegen Spionage später aus Bulgarien ausgewiesen wurde, und schließlich zum Chef der Konsularabteilung der Botschaft, Svetozar Savić.

Im Auftrag Nakovs und Savić befaßte er sich mit der Sammlung von Spionageangaben über die politischen Stimmungen unter der Bevölkerung und über den Zustand des Grenzschutzes an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze.

Gegen die in dieser Sache strafrechtlich zur Verantwortung gezogenen Personen

werden folgende Anklagen erhoben:

1. Der Angeklagte Traitscho Kostoff, der seit 1942 mit der Polizei und dann mit dem englischen Spionagedienst in Verbindung stand, hat gemeinsam mit dem Angeklagten Nikola Pawloff, einem ihm von früher her bekannten Polizeienten, und dem Angeklagten Iwan Stefanoff, einem geheimen Mitarbeiter des englischen Spionagedienstes, bald nach dem 9. September 1944 die Organisation einer Verschwörung begonnen, die darauf abzielte, die in Bulgarien bestehende demokratische Staatsordnung zu stürzen;

2. die Angeklagten Kostoff, Stefanoff und Pawloff bildeten eine Verschwörerzentrale, die die verbrecherische Tätigkeit ihrer Teilnehmer zum Sturz der gesetzmäßigen Landesregierung und zu ihrer Ersetzung durch eine verbrecherische Regierung Kostoff leitete;

3. die Angeklagten Kostoff, Stefanoff und Pawloff sowie die von ihnen herangezogenen Angeklagten Nikola Natscheff und Iwan Gewrenoff warben unter Amtspersonen in wirtschaftlichen, finanziellen und anderen Apparaten der Staatsverwaltung neue Teilnehmer für die verbrecherische Verschwörung an;

4. die Angeklagten Kostoff, Pawloff, Stefanoff, Natscheff und Gewrenoff begingen gemeinsam mit den Angeklagten Iwan Tuteff, Zonü Zontscheff und Boris Christoff feindliche Handlungen in der Volkswirtschaft Bulgariens, um die wirtschaftlichen Grundlagen der Volksmacht zu untergraben, zu welchem Zweck sie:

a) Desorganisation in die Arbeit der Industrie, der Landwirtschaft und des Finanzapparats des Landes brachten; die Erfüllung der staatlichen Volkswirtschaftspläne hintertrieben; Schwierigkeiten in der Versorgung der Stadt- und Dorfbevölkerung mit Lebensmitteln und anderen wichtigsten Gebrauchsgütern schufen, die Entwicklung des Handels und des Warenaustausches zwischen Stadt und Land hemmten;

b) versuchten, die wirtschaftlichen, die Handels- und sonstigen ökonomischen Beziehungen zwischen Bulgarien und den übrigen Ländern der Volksdemokratie und der an ihrer Spitze stehenden großen Sowjetunion zu stören, um unser Land der großmütigen und uneigennützigen Hilfe der Sowjetunion zu berauben, es vom Lager des Sozialismus und der volksdemokratischen Staaten zu isolieren und in Abhängigkeit vom amerikanischen und englischen Imperialismus zu bringen;

5. der Angeklagte Kostoff trat mit Wissen und Willen des englischen Spionagedienstes in

verbrecherische Geheimbeziehungen zu den jugoslawischen Führern — Ende 1944 zu Kardelj, Anfang 1945 zu Djilas und 1946/47 zu Ranković und Tito —, wobei er mit diesen gemeinsame Aktionen verabredete, deren Ziel es war, Bulgarien durch Anschluß an Jugoslawien, vor allem aber durch Lostrennung des Gebiets Pirin zugunsten Jugoslawisch-Mazedoniens seiner nationalen Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit zu berauben;

außerdem verabredete der Angeklagte Kostoff heimlich mit der regierenden faschistischen Tito-clique eine Änderung im außenpolitischen Kurs Bulgariens, um dieses von der UdSSR und von den Ländern der Volksdemokratie loszureißen und es zu einer Kolonie des amerikanischen und des englischen Imperialismus zu machen;

eine direkte verbrecherische Abmachung mit den jugoslawischen Führern Kardelj und Djilas hatte auch der Angeklagte Stefanoff;

6. der Angeklagte Kostoff hat nach Unterredungen mit Tito, Kardelj, Djilas und Ranković, der Angeklagte Stefanoff nach Unterredungen mit Kardelj mit diesen gemeinsam Pläne zu Vorbereitungsaktionen festgelegt:

a) zwecks Sturzes der nach dem Willen des Volkes, im Einklang mit der Verfassung der Volksrepublik Bulgarien gewählten, gesetzmäßigen Regierung;

b) zwecks gewaltsamer Machtergreifung im Lande mit militärischer Unterstützung von Seiten Jugoslawiens;

c) zwecks Verhaftung und physischer Vernichtung des Regierungshaupts und Führers des bulgarischen Volkes, des Genossen Dimitroff;

7. auf Verabredung mit dem Faschisten Tito und seinen nächsten Mitarbeitern Djilas und Ranković hat der Angeklagte Kostoff unter Ausnutzung seiner Dienststellung als stellvertretender Ministerpräsident den aus Belgrad und Skoplje mit Sonderaufträgen entsandten Emissären des jugoslawischen Spionagedienstes, den Angeklagten Blagoje Hadži-Panzov und Wassil Iwanowski, sowie einem Agenten des jugoslawischen Spionagedienstes, dem Angeklagten Ilja Bojalzaliëff, Voraussetzungen für eine Wühl- und Spionagetätigkeit geschaffen;

8. der Angeklagte Hadži-Panzov hat nach Instruktionen aus Belgrad ein Spionagenetz jugoslawischer Agenten geleitet und außerdem gemeinsam mit den Angeklagten Bojalzaliëff und Iwanowski eine Zersetzungsarbeit unter den Mazedoniern betrieben, die Staatsbürger der Volksrepublik Bulgarien sind; der Angeklagte Iwanowski hat den jugoslawischen Spionagedienst durch dessen Vertreter, die in der jugoslawischen Botschaft in Sofia offizielle diplomatische Posten

bekleideten — durch Zafirovski und Momčilović —, regelmäßig mit Material beliefert, der Angeklagte Bojalzaliëff stand in Spionageverbindungen mit Beamten der gleichen Botschaft, und zwar mit Nakov und Savić;

9. die Angeklagten Kostoff, Stefanoff, Natscheff, Gewrenoff und Tuteff lieferten gesetzlich geschützte Angaben, die Staatsgeheimnis sind, an den englischen Spionagedienst, der Angeklagte Zontscheff an den amerikanischen Spionagedienst und der Angeklagte Christoff an den jugoslawischen Spionagedienst, wodurch sie sämtlich Handlungen verübt haben, die vom Gesetz der Volksrepublik Bulgarien als Beteiligung an einer staatsfeindlichen Verschwörung, als Verrat, Spionage und Hochverrat qualifiziert werden.

I

Die Untersuchung hat ergeben, daß der englische und der amerikanische Spionagedienst, die besondere strategische, politische und wirtschaftliche Interessen ihrer Länder auf dem Balkan vertreten, schon im Laufe des zweiten Weltkriegs ihr Agentennetz in Bulgarien aktiviert hatten.

Genötigt, mit der unausbleiblichen, schon 1942 erkennbaren Niederlage Hitlerdeutschlands an der sowjetisch-deutschen Front, mit der stetig zunehmenden Autorität der UdSSR in den Ländern Ost- und Südosteuropas und somit auch in Bulgarien, mit der Möglichkeit der Herstellung einer Volksmacht in diesem Land zu rechnen, entsandten der englische und der amerikanische Spionagedienst ihre Emissäre und Agenten in die noch illegale kommunistische Partei mit der Berechnung, daß diese in Zukunft bestimmt zur regierenden Partei werde und die Organe der Volksmacht leiten würde.

Der englische Spionagedienst begann diese Arbeit früher als der amerikanische, da er in Bulgarien in der Umgebung des Zaren Boris, in dessen Polizei- und Verwaltungsapparat wie auch in Industrie- und Handelskreisen des Landes ein altes Agentennetz besaß, das er schon lange vor dem Kriege geschaffen hatte.

Der in vorliegender Sache angeklagte Iwan Tuteff, der seit 1937 Spionagedienste für die Engländer leistete und zu der dem Zarenhof nahestehenden Sultana Ratscho Petrowa in persönlicher Beziehung stand, hat bezüglich der 1943 durch sie vom englischen Spionagedienst erhaltenen Aufgaben folgendes ausgesagt:

„... Sie sagte, daß ich auf Wunsch unserer gemeinsamen Freunde Verbindungen mit Leuten von fortschrittlicher Einstellung anknüpfen solle, Leuten, die mit der Sowjetunion sympathisieren,

um so mehr, wenn ich annehme, daß sie Mitglieder der Kommunistischen Partei seien.

Petrowa erklärte mir, der Krieg entwickle sich so, daß eine Niederlage Hitlers offenkundig sei, und die Sowjetunion werde nach Ansicht der Engländer imstande sein, sich selbst ohne Eröffnung der zweiten Front den Sieg zu sichern. Dabei würde der Sieg der UdSSR, an dem die Engländer nicht im geringsten interessiert seien, unbedingt zu einer Stärkung des sowjetischen Einflusses auf dem Balkan führen. England werde sich dem widersetzen, aber in Voraussicht der herannahenden Ereignisse sei es notwendig, schon rechtzeitig Maßnahmen zu treffen und vor allem zu wissen, was die Kommunisten tun und in Zukunft zu tun gedenken. . . .“

Der Angeklagte Iwan Stefanoff, der mit dem englischen Agenten Stanley Brown in Verbindung stand, sagte bezüglich eines Gesprächs, das er 1935 mit ihm hatte, folgendes aus:

„... Brown sagte mir, daß ich die kommunistische Bewegung nicht verlassen dürfe, selbst wenn ich in Wirklichkeit feindselige Ansichten gegen die Kommunisten hegen oder Unannehmlichkeiten mit der Polizei haben sollte. Andererseits müßte ich meine Tätigkeit als Trotzkist auf bulgarischem Boden in der Partei fortsetzen. Das vereinbarte ich mit Brown auch. . . .“

Der Angeklagte Zonü Zontscheff, der in Spionagebeziehungen zu einem Beamten der amerikanischen Mission in Sofia namens James Clarke stand, sagte über ein Gespräch mit diesem vom Mai 1946 folgendes aus:

„... Clarke verlangte, ich solle ihm Angaben über gewisse fortschrittliche Leute der Vaterländischen Front Bulgariens machen. Ihn interessierten ausschließlich Kommunisten. Ich bemerkte scherzend, er sollte sich eigentlich mehr für die Faschisten interessieren, weil die Amerikaner unter ihnen, nicht aber unter den Kommunisten Sympathisierende finden könnten. Clarke wandte ein, das sei keineswegs der Fall. Er halte es im Gegenteil für durchaus möglich und wahrscheinlich, daß sich auch unter Leuten mit kommunistischen Anschauungen Freunde Amerikas finden würden, und diese würden für Amerika die allerwertvollsten Helfer sein. Gerade diese Leute könnten sich als brauchbar erweisen, besonders in einem kritischen Augenblick, so fügte Clarke hinzu.

Weiterhin interessierte Clarke sich für Professor Iwan Stefanoff und sagte, er sei ein Mann von seltener Kultur. Ungefähr dasselbe sagte Clarke auch von Traitscho Kostoff. . . .“

Der Angeklagte Traitscho Kostoff, der mit dem Chef des englischen Spionagedienstes auf dem

Balkan, Oberst Bailey, zusammenarbeitete, machte folgende Aussagen über ein Gespräch, das zwischen den beiden im November 1944 in der Sofiaer Wohnung des englischen Generals Oxley stattgefunden hat:

„... Bailey erklärte weiterhin, daß die Engländer Verbindungen mit Gescheff aufrechterhielten, der schon lange ihre Aufträge ausführe. ‚Gerade in unserem Auftrag‘, so sagte Bailey, ‚hat Gescheff Sie 1942 angeworben, und Ihre schriftlichen Aussagen sowie Ihre Erklärung hat er ebenfalls uns übermittelt.‘

Nach Baileys Worten rechneten die Engländer schon 1942 damit, daß Deutschland den Krieg verlieren werde und daß in Bulgarien eine Lage entstehen könne, in der im Zusammenhang mit der Demokratisierung des Landes die Kommunistische Partei aus der Illegalität hervortreten und eine hervorragende Rolle spielen werde. Angesichts dessen, so setzte Bailey fort, sei den Engländern daran gelegen, einen zuverlässigen und einflußreichen Mitarbeiter in der Leitung der Kommunistischen Partei zu haben. Bailey hob hervor, daß der englische Spionagedienst in Anbetracht des von mir bekleideten führenden Postens in der Partei, die den größten Einfluß im Lande genieße, auf mich rechne.

Bailey führte weiter aus, die für die Politik Englands und seines amerikanischen Alliierten im Hinblick auf Bulgarien ausschlaggebende Hauptfrage sei die, eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses in Bulgarien zu verhindern und nicht zuzulassen, daß Bulgarien, gestützt auf die Erfahrungen der UdSSR, den Weg des Sozialismus gehe. Bailey betonte, daß die Engländer den Augenblick für günstig hielten, um einer Verstärkung der Macht der Vaterländischen Front hinderlich zu sein, die unter dem vorwiegenden Einfluß der Kommunistischen Partei stehe.“

Die Aussagen Kostoffs über die Zusammenarbeit Gescheffs mit dem englischen Spionagedienst werden durch die Aussagen einer Reihe von Zeugen bestätigt, die zur Sache vernommen wurden.

Christo Pop-Dimitroff, ehemaliger Chef der Geheimpolizei von Stara-Sagora, sagte aus:

„... Nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, im August 1941, verschaffte mir mein Chef in der Arbeit für die Engländer, General Sjetscheff, ein Exadjutant des Zaren, Verbindungen mit dem Abteilungschef Nikola Gescheff aus der Direktion für Staatliche Sicherheit, damit wir weiterhin zum Nutzen unserer Freunde, der Engländer, zusammenarbeiten. . . .“

Maniu Natscheff, ehemaliger Chef des Staatlichen Sicherheitsdienstes bei der Polizei, sagte aus:

„... Gescheff, den ich in mein Arbeitszimmer kommen ließ, konnte mir seine große Freude über den Machtantritt des Kabinetts Bagrianoff nicht verhehlen, das infolge des überwiegenden englischen Einflusses bei Hofe gebildet worden war. Unter diesen Umständen stand es für mich außer allem Zweifel, daß Gescheff längst in englischem Fahrwasser treibt, eine Tatsache, die er ja auch früher vor mir nicht versteckt hatte.“

Somit befanden sich schon in dem Augenblick, als die Vaterländische Front mit der Kommunistischen Partei an der Spitze in Bulgarien am 9. September 1944 zur Macht kam, in ihren Reihen, auf manchen ihrer führenden Posten Agenten, die eigens vom englischen und vom amerikanischen Spionagedienst angeworben waren. Diese Agenten in Bulgarien fanden sehr bald eine gemeinsame Sprache mit den gleichgearteten Agenten Amerikas und Englands in Jugoslawien, die dort entscheidende Posten in Partei und Regierung einnahmen, und zwar Tito, Kardelj, Djilas und Ranković.

Ende November 1944 nahm Eduard Kardelj, der aus Belgrad nach Skoplje unterwegs war, auf der Durchreise in Sofia Aufenthalt. Kardelj kam zu Kostoff und hatte mit ihm im Gebäude des ZK der KPJ eine zweistündige Unterredung. Er überbrachte Kostoff einen Gruß von Tito und erklärte, er besäße Angaben über ihn (Kostoff) als einen Mann, mit dem man, ausgehend von der Gemeinsamkeit der nationalen Interessen beider Länder, offenerherzige, vertrauensvolle Beziehungen herstellen könne.

Kostoff gab den Inhalt des weiteren Gesprächs mit Kardelj in seinen Aussagen wie folgt wieder:

„... Kardelj teilte mir vertraulich mit, die Engländer und die Amerikaner hätten den jugoslawischen Partisanen während des Krieges Waffen und Munition geliefert unter der Bedingung, daß Tito nach Kriegsende Jugoslawien von der UdSSR fernhalten und nicht zulassen werde, daß die Sowjetunion ihrem Einfluß in Jugoslawien, ja, auf dem Balkan überhaupt Geltung verschaffe.

Die Amerikaner und die Engländer seien, so sagte Kardelj, fest entschlossen, auf keinen Fall zuzulassen, daß die Länder, die von der Sowjetarmee befreit werden mochten, sich vom Block der westlichen Kräfte losreißen. Auf dieser Grundlage sei zwischen Tito einerseits und den Engländern und Amerikanern andererseits schon während des Krieges eine bestimmte Vereinbarung erzielt worden. In Ausführung dieser Vereinbarung, so fuhr Kardelj fort, halte es die jugoslawische Regierung, in der Überzeugung, daß diese Vereinbarung den nationalen Interessen Jugoslawiens entspreche, wie die jugoslawische Regierung sie auffaßt, für richtig, daß jetzt, wo der Krieg bereits seinem

Ende entgegengehe, Jugoslawien nicht endgültig mit der UdSSR verbunden werden dürfe, sondern daß es seine eigene, selbständige Politik betreiben und Beziehungen zu den westlichen Staaten aufrechterhalten und ausbauen müsse.“

Kostoff legte in seinen Aussagen den ihm von Kardelj überbrachten Plan Titos dar und sagte hierüber folgendes aus:

„... Kardelj erklärte, die jugoslawische Regierung beabsichtige, die UdSSR zu bitten, daß die Sowjettruppen Jugoslawien verlassen sollen, sobald die Kampfhandlungen auf seinem Gebiet abgeschlossen sein würden. Dies aber sei nicht ausreichend, so sagte mir Kardelj, die Sowjettruppen müßten auch Bulgarien verlassen, denn die Engländer und die Amerikaner seien außerordentlich daran interessiert, daß sich der sowjetische Einfluß südlich der Donau nicht durchsetze.

Kardelj bemerkte, daß Tito und überhaupt die ganze jugoslawische Leitung einen sofortigen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien als bestes Mittel zur Erreichung dieses Ziels ansähen, wobei die unter den Völkern Jugoslawiens und Bulgariens äußerst populäre Idee einer Föderierung der Südslawen im Interesse dieser Leitung ausgenutzt werden könnte. Dann, so erläuterte mir Kardelj, werde Bulgarien nicht länger als feindlicher Staat angesehen werden, es werde zum Bestandteil einer alliierten Macht werden, und die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf seinem Territorium würde sich als überflüssig, als durch nichts gerechtfertigt erweisen.“

Kardelj erklärte, er sei zu Kostoff geschickt worden, um mit ihm über diese für beide Länder äußerst wichtige und dringende Frage zu sprechen und sich seiner Zustimmung und Unterstützung zu versichern.

Kostoff sagte aus:

„... Kardelj betonte, daß jetzt der günstigste Moment gekommen sei, die Ideen der Föderierung zu verwirklichen, da die Welt noch vom Kriege in Anspruch genommen sei und der Anschluß Bulgariens an Jugoslawien unter der Marke einer Föderierung verhältnismäßig schmerzlos vor sich gehen würde. Man müsse nur rasch und entschlossen handeln, so bemerkte Kardelj, um die Welt vor eine vollendete Tatsache zu stellen, mit der sie sich schließlich werde abfinden müssen.“

Kostoff aber äußerte gewisse Zweifel und erklärte, daß die Alliierten gegen den Plan Titos auftreten könnten, und, soweit aus ihrer Presse zu schließen sei, wahrscheinlich auch die Absicht hätten, dies zu tun. Kardelj tröstete Kostoff und sagte, der Plan der Jugoslawen habe eine reale Grundlage.

„... Die Engländer und die Amerikaner hätten, so sagte er, Tito bestimmt versprochen, daß sie

einem Anschluß Bulgariens an Jugoslawien nichts in den Weg legen würden. Wie Kardelj sagte, sollen sie Tito mitgeteilt haben, sie würden formal Protest erheben und in ihrer Presse das gewohnte Gezeter anstimmen, um, wie es bei ihnen so üblich ist, die Schuld für die Schaffung der Föderation auf die UdSSR zu schieben und dies als Vorwand zu benutzen, um sich von einigen ihrer Verpflichtungen gegenüber der UdSSR loszusagen. Schließlich aber, so sagte Kardelj, würden sich die Engländer und die Amerikaner mit der Föderation als einer vollendeten Tatsache zufrieden geben.

Kardelj hob hervor, daß gerade zur Vermeidung von Komplikationen mit den Alliierten die UdSSR Einwände gegen einen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien vor Kriegsende erheben könne. 'Wir werden aber', so erklärte Kardelj, 'vor allem unsere eigenen Interessen und nicht die der UdSSR im Auge haben.' Wenn die UdSSR vor der vollendeten Tatsache stehen werde, so werde auch sie gezwungen sein, sich mit ihr abzufinden. . .

Kardelj brachte im Gespräch mit Kostoff noch ein Argument dafür vor, daß man sich mit dem Anschluß Bulgariens an Jugoslawien beeilen müsse.

„... Kardelj unterstrich, daß man sich mit dem Anschluß Bulgariens an Jugoslawien auch aus anderen Gründen beeilen müsse, solange Georgi Dimitroff noch nicht nach Bulgarien zurückgekehrt sei, da uns seine Rückkehr zusätzliche Schwierigkeiten bereiten würde. Dimitroff werde selbstverständlich entschieden gegen die erwähnte außenpolitische Orientierung des Einheitsstaates sein. Außerdem, so betonte Kardelj, seien die Jugoslawen unbedingt dafür, daß Tito in dem zusammengefaßten Staat sowohl der politische als auch der militärische Führer sei, da sie einen Nationalhelden in ihm sähen, der auch in Bulgarien populär sei. Es wäre besser, so fügte Kardelj hinzu, wenn Dimitroff in Moskau bliebe.

Ich muß ehrlich sagen, daß ich persönlich auch nichts gegen die Aussicht eines Fernbleibens Dimitroffs einzuwenden hatte, denn dies wäre nicht nur für Tito, sondern auch für mich vorteilhaft und bequem gewesen. Dennoch fragte ich Kardelj, wie sich Tito und die jugoslawischen Führer die Föderierung Bulgariens und Jugoslawiens praktisch vorstellten.

Kardelj antwortete, daß nach Ansicht Titos und der übrigen jugoslawischen Leiter Bulgarien sich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien als deren siebente Republik anschließen solle. Die bulgarische Armee, so fuhr Kardelj fort, würde unter Titos Oberbefehl gestellt werden.

Daraus, wie Kardelj den Plan Titos darlegte, entnahm ich, daß die Jugoslawen, die diesmal die Schaffung einer Föderation in die Wege geleitet hatten, Bulgarien einfach verschlingen, es in

völlige Abhängigkeit von Jugoslawien bringen wollten, um es auf diese Weise um so leichter gemeinsam mit Jugoslawien von der UdSSR fortzureißen und dem Block der Westmächte anzuschließen. . .

Kostoff gewann aus dem Gespräch mit Kardelj Klarheit darüber, daß die Leitung im Staatsapparat des neuen Staates fast gänzlich in Händen von Jugoslawen liegen und daß diese über alles kommandieren würden.

Kostoff sagt aus:

„... Als ich Kardelj hierauf hinwies, antwortete er, ein solches Verhältnis in der Leitung der Föderation sei als eine naturgegebene Erscheinung anzusehen, denn Jugoslawien sei ein bedeutend größeres Land, es habe im Kriege hervorragende Verdienste erworben und habe Bulgarien in seiner wirtschaftlichen Entwicklung überflügelt; an der Spitze der Partei und der Regierung stünden Leute, die eine klare und nüchterne Außenpolitik betrieben und stark genug seien, um die Durchführung ihrer Politik sicherzustellen, die darauf hinauslaufe, aus einer Annäherung an die Westmächte wirtschaftliche Vorteile zu erlangen.

Zum Schluß bat mich Kardelj, alles Erdenkliche zu tun, um die Leiter der bulgarischen Partei zu überreden, dem jugoslawischen Vorschlag zuzustimmen, ohne daß der UdSSR hierüber etwas mitgeteilt würde. . .

Kostoff versicherte Kardelj, er nehme den Vorschlag Titos an und werde seinem Rat folgen.

Nachdem sie den Plan für die weiteren Vorbereitungsaktionen vereinbart hatten, erklärte Kardelj nach Kostoffs Aussage, von jetzt ab betrachte er Kostoff bei der Verfolgung ihrer gemeinsamen Ziele als einen Verbündeten Titos und des neuen Jugoslawien.

„... Kardelj hob hervor, daß zwischen mir einerseits und Tito und dessen nächsten Mitarbeitern andererseits eine Sonderverbindung hergestellt werden würde, außer der offiziellen, die zwischen der Leitung der bulgarischen und der jugoslawischen Kommunistischen Partei bestand. . .

Laut Vereinbarung mit Kardelj berichtete Kostoff der Leitung der Kommunistischen Partei Bulgariens, der er 1944 vorstand, Kardelj sei dagewesen und habe die Frage einer Föderierung Bulgariens und Jugoslawiens angeschnitten, er habe versprochen, in den allernächsten Tagen einen diesbezüglichen schriftlichen Vorschlag der jugoslawischen Regierung einzusenden.

Den geheimen Sinn der Vereinbarung mit Kardelj, die sich gegen die UdSSR richtete, hielt Kostoff jedoch, wie sie verabredet hatten, vor dem Politischen Büro des Zentralkomitees der KPB geheim.

Ein paar Tage später kam der jugoslawische Vorschlag aus Belgrad, und Kostoff stellte ihn im Politischen Büro des ZK zur Diskussion.

Hierüber sagte Kostoff aus:

„... In persönlichen Unterredungen, die der Diskussion über diese Frage vorausgingen, unterstrich ich, daß Tito und die Jugoslawen darauf bestünden, daß wir rasch handeln und die Beschlußfassung nicht auf die lange Bank schieben, wenn wir wollen, daß die Föderation verwirklicht werde; sonst würden die Engländer und die Amerikaner von der ganzen Sache Wind bekommen und ihr einen Riegel vorschieben. Hierbei verschwieg ich selbstverständlich, daß die von Tito und mir unternommene Kampagne, die Kardelj und ich vereinbart hatten, sich gegen die UdSSR richtete.

Der Parteivorstand war geneigt, den jugoslawischen Vorschlag anzunehmen, bestand aber dennoch darauf, daß dieser Vorschlag Dimitroff als einem Mitglied des Politischen Büros des ZK der KPB zur Kenntnis gebracht und daß seine Meinung eingeholt werde. Das eben war verderblich für die Ausführung des Plans, mit dem sich Tito trug...“

Wie Kostoff aussagte, hat der ursprüngliche Plan Titos Schiffbruch erlitten, weil von dem Genossen Dimitroff aus Moskau eine kategorische Warnung einging, man solle sich mit einem Anschluß Bulgariens an Jugoslawien nicht beeilen.

In Bestätigung dieses Umstands sagte Kostoff während der Voruntersuchung aus:

„... Die Föderierung könne, so warnte Dimitroff das Politische Büro des ZK, ohne vorherige außenpolitische Vorbereitung — besonders für Bulgarien in Anbetracht seiner Lage als besiehtes Land — unerwünschte Folgen haben. Auf diese Weise erlitt der Plan Titos, der auf sofortigen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien noch vor Ende des zweiten Weltkriegs berechnet war, 1944 ohne unser Verschulden Schiffbruch...“

Bald darauf erhielt Kostoff die Möglichkeit, aus zuverlässiger Quelle festzustellen, daß die hinterhältigen Absichten Titos, der es auf die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des bulgarischen Staates abgesehen hatte, mit den regierenden Imperialistenkreisen Englands und Amerikas vereinbart und von diesen diktiert worden waren.

Bei dem Empfang, der anläßlich des Neujahrsfestes von 1945 im Hotel „Bulgaria“ unter Teilnahme der Militärmissionen bei der Alliierten Kontrollkommission für den Waffenstillstand mit Bulgarien stattfand, traf Kostoff erneut mit dem englischen Obersten Bailey zusammen.

Kostoff entschloß sich, seine englischen Chefs anzufragen, wie sie sich zu dem Plan Titos verhalten, und ob dieser Plan wirklich den

englischen und den amerikanischen Interessen auf dem Balkan entspräche.

Kostoff sagte hierüber aus:

„... Ich benutzte die günstige Gelegenheit, um Bailey auf den Zahn zu fühlen, ob es richtig sei, was mir Kardelj gesagt hatte, und setzte den Engländer von der Zusammenkunft mit Kardelj und von dessen Ratschlägen in Kenntnis.

Bailey antwortete, er habe gewußt, daß ein solcher Vorschlag von jugoslawischer Seite erfolgen werde, und er erläuterte mir, daß weder die Engländer noch die Amerikaner dieser Angelegenheit fremd gegenüberstünden. Bailey bemerkte, daß die von ihm dargelegten Aufgaben keineswegs den Ratschlägen widersprächen, die Kardelj mir für die Schaffung einer Föderation gegeben hatte, da sowohl die einen wie die andern das gleiche Ziel hätten: die Losreißung Bulgariens und Jugoslawiens von der UdSSR.

Bailey erklärte ferner, er hätte nichts dagegen, wenn ich parallel mit der Arbeit auf englischer Linie eine entsprechende Arbeit auch auf jugoslawischer Linie leisten würde.“

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der englische Spionagedienst es hier nicht mit einem einfachen Informationsagenten zu tun hatte, sondern mit einer Person, die durch Betrug auf hohen Posten in der Regierungspartei Bulgariens gelangt war, klärte Bailey Kostoff darüber auf, worin die Geheimabmachung der amerikanischen und der englischen Imperialistenkreise mit Tito schon während des zweiten Weltkriegs bestanden hatte.

Kostoff sagte aus:

„... Bailey sagte mir, daß schon während des Krieges eine Vereinbarung über die Nachkriegspolitik Jugoslawiens zwischen Tito und den Engländern mit Zustimmung der Amerikaner getroffen worden sei. Tito habe die Verpflichtung übernommen, Jugoslawien von der UdSSR und deren Freunden in Ost- und Südosteuropa fernzuhalten und in seiner Politik die besonderen politischen und strategischen Interessen des englisch-amerikanischen Blocks auf dem Balkan zu berücksichtigen. Als Gegendienst, so erklärte Bailey, habe Tito während des Krieges freigebige Unterstützung von den Engländern und den Amerikanern erhalten und werde ebensolche Unterstützung auch in Zukunft bekommen.

Bailey hob hervor, daß Jugoslawien durch die Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) bereits eine umfangreiche reale Hilfe geleistet werde und daß diese Hilfe nach dem Kriege noch weiter zunehmen werde. — „Sie in Bulgarien“, so schloß Bailey, „müssen die entstandene Situation ebenfalls nüchtern beurteilen und dem Beispiel Jugoslawiens folgen, dann werden beide Staaten in Zukunft als einheitlicher Staat

bestehen können, der stark genug sein wird, um dem Druck der UdSSR standzuhalten...“

Im März 1945 kam Kostoff mit einem andern Mitglied der jugoslawischen Leitung, mit Milovan Djilas zusammen, der zum Slawentreffen nach Sofia gereist war.

Über diese Zusammenkunft sagte Kostoff aus: „... Er kam als Delegierter zum Slawentreffen mit dem Sonderauftrag, mich aufzusuchen.

Ich empfing Djilas nach dem Mittagessen in meinem Arbeitszimmer im ZK der Partei. Die Unterredung dauerte ungefähr anderthalb Stunden.

Zuerst bestellte mir Djilas einen Gruß von Tito und Kardelj. In ihrem Namen bedauerte er, daß es nicht gelungen sei, Bulgarien unverzüglich an Jugoslawien anzuschließen, und er warf mir vor, ich hätte es nicht verstanden, die Erreichung dieses Ziels sicherzustellen.

Ich informierte Djilas über den Ablauf der Ereignisse im Politischen Büro und bemerkte, die Einmischung Dimitroffs, die wegen der kategorischen Forderung des Politbüros, seine Meinung einzuholen, nicht vermieden werden konnte, habe die ganze Sache verhindert.

Djilas erklärte, trotz des Beschlusses des Politbüros hätte man mit dieser Frage dennoch nicht an Dimitroff herantreten dürfen, oder schlimmstenfalls hätte man dem Politbüro mitteilen sollen, Dimitroff habe eine zustimmende Antwort gegeben, obwohl das der Wirklichkeit nicht entsprach, und man hätte auf dieser Grundlage einen Beschluß fassen und rasch die Föderation ausrufen müssen. Der Zweck heilige die Mittel, so sagte mir Djilas. Ich entgegnete, ich hätte mich zu einer solchen Sache nicht entschließen können.

Djilas erklärte weiter, trotz des ersten Mißerfolgs werde unser gemeinsames Ziel nicht von der Tagesordnung abgesetzt, auf dieses Ziel müsse man hinarbeiten, und es werde bei der ersten günstigen Gelegenheit erreicht werden...“

Djilas legte weiterhin den Plan Titos für die gemeinsame Arbeit mit Kostoff im Einklang mit der neuen Situation dar.

„... Dieser Plan, wie mir Djilas bestellte, bestand im allmählichen Fortsteuern Jugoslawiens und Bulgariens von der UdSSR, wobei man auf die unter den Völkern dieser Länder nach wie vor populäre Idee der Föderierung spekulierte, aber eine außenpolitische Westorientierung im Auge hatte.

Zu diesem Zweck, so erläuterte Djilas, müsse man den Anschluß an Jugoslawien durch Föderierung unter den Volksmassen weitgehend propagieren und nachweisen, daß das kleine, arme Bulgarien außerhalb der Föderation der Südslawen keinerlei Zukunft habe.

Man müsse außerdem, so fuhr Djilas fort, das neue Jugoslawien popularisieren und hervorheben, daß es Bulgarien politisch und sozial bedeutend überholt habe. Djilas empfahl, der Popularisierung Titos als eines Helden des Widerstands gegen den Faschismus Aufmerksamkeit zu schenken und ihn gegen Dimitroff auszuspielen.

Djilas riet, die Erfahrungen Jugoslawiens auf bulgarischen Boden zu verpflanzen sowie eine Vereinheitlichung der Struktur, der Ausbildung und der Doktrin der bulgarischen und der jugoslawischen Armee durchzusetzen, wobei man im Auge haben müsse, daß sie in unferner Zukunft eine einheitliche Armee in einem einheitlichen Staat darstellen würden. „Zu diesem Zweck bitten wir Sie“, sagte Djilas, „dem jugoslawischen Militärattaché in Sofia volle Unterstützung angedeihen zu lassen, sowie enge Verbindungen und Zusammenarbeit zwischen den Organen der Innenministerien beider Länder herzustellen.“

Djilas machte mich auf die Notwendigkeit einer ernsten Arbeit innerhalb der Partei selbst aufmerksam. Er unterstrich, daß wir zur Schaffung eines Kreises unserer Anhänger schreiten und diesen Kreis dann erweitern müßten. „Diese Leute“, so sagte Djilas, „müssen auf leitende Posten im Staats- und im Parteiapparat gestellt werden, damit sie künftig ihren Einfluß in der uns erforderlichen Richtung geltend machen.“

Djilas war der Ansicht, daß man vorläufig die Aufgabe eines sofortigen Anschlusses des Gebiets Pirin an die Mazedonische Republik stellen müsse, angeblich zur völligen Lösung der mazedonischen Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit.

Djilas teilte mir mit, daß für Sonderarbeit auf diesem Gebiet außer den offiziellen Vertretern der Mazedonischen Volksrepublik — Koliševski und Vlahov — Beamte der jugoslawischen Botschaft in Sofia, Mangovski und Zafirovski, bestimmt seien. Djilas bat mich, diesen Personen den nötigen Beistand zu leisten...“

Kostoff verbüßte in den Jahren 1943 und 1944 im Gefängnis von Plewna gemeinsam mit dem in Sachen des illegalen ZK der Kommunistischen Partei verurteilten Nikola Pawloff eine Haftstrafe und war von Gescheß davon in Kenntnis gesetzt worden, daß auch Pawloff während der Untersuchungshaft kapitulierte und eine Erklärung über seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Polizei unterschrieben hatte. Er knüpfte mit diesem schon damals eine Verbindung feindlichen Charakters an, die auch nach dem 9. September 1944 weiterbestand.

Kostoff, dessen erster Gehilfe Pawloff in der feindlichen Tätigkeit war, schanzte ihm im Apparat des Zentralkomitees der KPB den Posten eines Verwaltungssekretärs des Politbüros des

ZK zu und informierte ihn später auch über seine Geheimunterredung mit Kardelj. Der Angeklagte Pawloff sagte in Bestätigung dieses Umstands aus:

„... Kostoff setzte mich auch von seinen anderen politischen Verbindungen in Kenntnis. Schon Ende November 1944 hatte er eine Zusammenkunft mit Kardelj. Dieser kam auf der Reise von Belgrad nach Skoplje durch Sofia, da der direkte Weg nach Skoplje noch immer von den Deutschen gesperrt war. Er nahm Aufenthalt in Sofia und besuchte Kostoff.

Wie Kostoff erklärt, hat Kardelj ihm den Rat Titos überbracht, so vorzugehen, daß eine Schwächung des sowjetischen Einflusses in Bulgarien erreicht werde, und Kurs zu nehmen auf die Schaffung einer starken und schon lange erwarteten Balkanföderation, die der UdSSR die Stirn bieten und ihre eigene selbständige Politik zur Annäherung mit den Amerikanern und Engländern betreiben könnte, wobei man im Auge habe, daß diese den beiden Ländern, besonders beim Bestehen einer von Tito geführten Föderation, die wirksamste wirtschaftliche Hilfe erweisen könnten. . .“

Kostoff verständigte auch seinen zweiten Gehilfen bei seiner feindseligen Tätigkeit im Staatsapparat, den Agenten Englands Iwan Stefanoff, mit dem er bald nach dem 9. September 1944 verbrecherische Verbindungen anknüpfte, von seinen Unterredungen mit Kardelj und Djilas.

Der Angeklagte Stefanoff sagte in Bestätigung dieses Umstands folgendes aus:

„... Kostoff setzte mich von seinen Verhandlungen in Kenntnis, die er Ende 1944 mit dem auf der Durchreise in Sofia eingetroffenen Kardelj und Anfang 1945 mit Djilas hatte, der als jugoslawischer Delegierter zum Slawentreffen gekommen war.

Wie mir Kostoff erklärte, hatte er sich mit den jugoslawischen Führern darüber geeinigt, daß er ihren Vorschlag über die sofortige Bildung einer Föderation unter Anschluß Bulgariens unterstützen werde, da es im Rahmen einer Föderation unter Titos Führung bequemer sein würde, beide Länder von der UdSSR loszureißen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Westmächten zu festigen.

Das Projekt eines Vertrags über den Anschluß Bulgariens an die Föderative Volksrepublik Jugoslawien, das schon Anfang Januar 1945 vorbereitet worden war, wurde nicht unterzeichnet, obwohl man sich über die Föderierung schon vorher mit Kostoff geeinigt hatte, und zwar aus Gründen, die nicht von diesem abhängen.“

Es ist festgestellt worden, daß Stefanoff den Standpunkt der jugoslawischen Führer zur Frage

der Föderierung nicht nur aus Kostoffs Informationen, sondern auch aus persönlichen Unterredungen mit ihnen kannte.

Im Juni 1946 reiste Stefanoff nach Belgrad, um die seit dem Kriege unerledigt gebliebenen Fragen mit der jugoslawischen Regierung zu regeln und um sich über den Ersatz des Schadens zu einigen, der Jugoslawien während der Okkupation zugefügt wurde, unter der Bedingung, daß die Jugoslawen auf Reparationsleistungen Bulgariens verzichten würden.

Im Sommer 1946 fuhr Kostoff im offiziellen Auftrag der bulgarischen Parteileitung nach Belgrad. Die bulgarische Delegation wurde im Gebäude des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens untergebracht. Eines Abends nach dem Abendessen zog sich Kostoff mit Ranković in dessen Arbeitszimmer zurück.

Ranković, der sich zuerst nach der Arbeit erkundigte, über die vorher eine Vereinbarung zwischen Kostoff einerseits und Kardelj und Djilas andererseits getroffen worden war, hob sodann hervor, daß man den Organen des bulgarischen Innenministeriums als des wichtigsten Apparates im Lande ernste Aufmerksamkeit schenken müsse.

„... ‚Sie müssen sich bemühen‘, sagte Ranković, ‚um Ihre Vertrauensleute auf führende Posten in diesen Organen zu stellen. Diese Leute müssen in engstem Kontakt und Verkehr mit den Vertretern des jugoslawischen Kundschaftsdienstes stehen‘ (diese hatten auf eine Sondervereinbarung zwischen den beiden Regierungen in Bulgarien bereits Einlaß erhalten). ‚Wir bitten‘, so betonte Ranković, ‚unsere Vertreter ungehinderten Zutritt zu allen Ämtern, einschließlich der Organe des Innenministeriums, zu gewähren sowie ihnen den Erhalt der nötigen Angaben zu ermöglichen.‘ Um zu unterstreichen, daß es Zeit sei, unsere Arbeit in Bulgarien auf größerem Fuße zu betreiben, ließ Ranković seinen Worten freien Lauf und erzählte frisch von der Leber weg, es handle sich nicht um eine ausschließlich jugoslawische oder bulgarische Sache, sondern um eine Sache von weiterer, internationaler Bedeutung. Wie Ranković versicherte, fand der Plan Titos, der mit der Lösung einer selbständigen Politik der Länder Südost- und Osteuropas getarnt wurde, in Wirklichkeit aber den Zweck verfolgte, sie um Jugoslawien zu scharen und ihre Verbindungen mit den Westmächten zu festigen und auszubauen, auch in anderen Staaten Südosteuropas Anklang.

Ins Reden gekommen, entwickelte Ranković die Aussichten weiter und sagte, im Falle eines Erfolges würde Titos Politik nicht allein eine jugoslawische und bulgarische, sondern auch eine ungarische, eine rumänische und eine albanische

werden. „Dann“, so rief Ranković aus, „wird sich eine große Gemeinschaft der Länder Osteuropas bilden mit der Föderation an der Spitze, die unter Titos Leitung eine imposante Macht darstellen wird, mit der andere Staaten unbedingt zu rechnen haben werden.“

Am folgenden Tag, während eines Empfangs der bulgarischen Delegation im Palast Titos, hatte Kostoff mit Tito ein ausführliches Gespräch unter vier Augen.

Tito billigte die gemeinsam mit seinen nächsten Mitarbeitern Kardelj und Djilas festgelegten Maßnahmen zwecks Schaffung eines „starken Staates, der auf dem Balkan seinen Willen diktieren und ein ernst zu nehmender Faktor in der Weltpolitik sein wird“.

Über die weiteren Unterredungen mit Tito sagte Kostoff aus:

„... Tito empfahl, in Bulgarien unsere Anhänger unter den führenden Persönlichkeiten in Partei und Staatsapparat verstärkt heranzuziehen, damit sie die erforderliche Politik betreiben.“

Als ich Tito nach der außenpolitischen Orientierung Jugoslawiens fragte, sprach er seine Geringschätzung für die Engländer aus, deren Liedchen, wie er sich ausdrückte, schon ausgesungen sei, die ihre Rolle bereits zu Ende gespielt hätten und jetzt dem prosperierenden amerikanischen Kapitalismus den Weg frei machen müssen. Tito gab mir zu verstehen, daß Jugoslawiens außenpolitische Orientierung immer mehr proamerikanische Richtung im Gegensatz zur früheren proenglischen annehme. Er riet auch uns Bulgaren, nutzbringende Verbindungen mit den Amerikanern anzuknüpfen. Ich bat Tito, mir, falls das möglich wäre, in dieser Richtung behilflich zu sein, was er zu tun versprach. ...“

Kostoff fragte Tito, warum er keinen betriebssameren Menschen an Stelle des kranken und untätigen Kovačević als seinen Gesandten nach Bulgarien schicke.

Tito antwortete:

„... Die jugoslawische Regierung hat beschlossen, einen ihrer aktivsten Leute im Außenministerium nach Bulgarien zu entsenden, was auch bei der ersten Gelegenheit geschehen wird, und zwar soll das Cicmil sein, der in Ungarn arbeitet und sich hervorgetan hat, für den es aber Zeit ist, sich dort aus dem Staube zu machen.“

Tito empfahl mir Cicmil als einen Mann, mit dem ich ohne Schwierigkeiten eine gemeinsame Sprache finden würde.

Im weiteren Gespräch versicherte ich Tito, daß, wenn er anläßlich der bevorstehenden Unterzeichnung eines Bündnisvertrages oder aus irgendeinem andern Grunde nach Bulgarien käme, wir ihm einen Empfang bereiten würden, wie er ihn

noch nirgends gesehen habe. „Dieser Empfang“, sagte ich zu Tito, um ihm zu schmeicheln, denn ich wußte, wie sehr er nach prunkvollen Zeremonien und lärmenden Gefühlsergüssen giert, „wird Sie davon überzeugen, wie populär Sie unter den Bulgaren sind.“ Ich betonte, daß hier auch die von uns geleistete Arbeit das ihre tun würde. ...“

Kostoff traf, wie er es in Belgrad versprochen hatte, persönlich Maßnahmen, um Tito möglichst festlich und pomphaft zu empfangen, als dieser in der zweiten Novemberhälfte 1947 zum Abschluß des Vertrages zwischen Jugoslawien und Bulgarien dort eintraf.

Kostoff sagte über Titos Ankunft aus:

„... Auf dem ganzen Wege von Sofia bis Warna, der durch Nordbulgarien führte, und von Warna bis Sofia, auf dem Tito durch Südbulgarien kam, wuch das selbstgefällige Lächeln nicht von seinem Gesicht.“

Er meinte, die herzlichen Gefühle der bulgarischen Bevölkerung, die zu seinem Empfang erschienen war, gälten ihm persönlich und nicht dem jugoslawischen Volk, und er fühlte sich auch in Bulgarien bereits als Herr der Situation. ...“

Im Schloß von Euxinograd, in den Tito angewiesenen Räumen, fand das zweite Gespräch zwischen ihm und Kostoff statt.

„... Mein Gespräch mit Tito war diesmal noch offener.“

Tito sagte, er habe beschlossen, bereits in nächster Zukunft den Kurs seiner Politik im Hinblick auf die UdSSR herumzuwerfen, sowie Klarheit in Jugoslawiens Beziehungen zu den Ländern der Volksdemokratie zu schaffen.

Wie Tito versicherte, verfügte er innerhalb Jugoslawiens bereits über ausreichende Kräfte und eine gute Organisation, um seinen Plan mit Erfolg ausführen zu können. Bulgarien aber hinke nach, was ein ernstes Hindernis für die spätere gleichzeitige Losreißung des Balkans von der UdSSR bilde.

Tito sprach sich in scharfen Worten gegen die Politik der UdSSR in bezug auf den Marshallplan aus. Er unterstrich, daß in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung derart zurückgebliebene Staaten wie Jugoslawien und Bulgarien ohne amerikanische Hilfe nicht auskommen könnten. „Aber ehe die Amerikaner eine solche Hilfe leisten“, sagte Tito, „stellen sie unsere Losreißung von der UdSSR als Bedingung.“

Tito legte den amerikanischen Plan, nach dem er auch vorgeht, wie folgt weiter dar:

„... Tito hob hervor, daß der amerikanische Plan eine Verstärkung der antisowjetischen Kräfte nicht nur in Jugoslawien und Bulgarien, sondern auch in allen andern volksdemokratischen

Ländern, sowie die Ausübung eines allseitigen — wirtschaftlichen, politischen und militärischen — Druckes auf diese Länder vorsehe, um sie von der UdSSR loszureißen und ihren Anschluß an den Westblock durchzusetzen. Nach Titos Worten wurde diese Arbeit nicht nur in Bulgarien und Jugoslawien, sondern auch in den andern Ländern Ost- und Südosteuropas durchgeführt.

Tito erklärte mit Aplomb, daß er persönlich in den Ländern der Volksdemokratie ausreichende Autorität genieße, und daß die Politik der Losreißung von der UdSSR und der Annäherung an die USA und England in den Ländern Osteuropas nur gestützt auf seine Autorität und die des neuen Jugoslawien betrieben werden könne. Die Amerikaner selbst, so versicherte mir Tito, erkennen an, daß sie nur durch ihn die Staaten der Volksdemokratie auf ihre Seite bringen können. . . .

Im Laufe der weiteren Unterredung verlangte Tito von Kostoff entschlosseneren Handlungen, damit bessere Resultate erzielt würden.

„...Für Sie und Ihre Leute ist es Zeit, sich auf selbständige Aktionen vorzubereiten“, führte Tito aus, „die inneren Kräfte in der Partei und im Lande für eine solche Politik zu organisieren und sich zu bemühen, die Kommando-posten im Staats- und im Parteiapparat zu besetzen, um den ersten Schlag führen zu können, eine neue Regierung zu bilden und den sofortigen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien zu verkünden, wonach auch auf unsere aktive Hilfe gerechnet werden kann.“

Wir sind bereit“, so erklärte Tito, „Ihnen in einem solchen Fall auch mit Streitkräften zu helfen, aber das wird bereits“, so sagte er, „eine Hilfe im Rahmen der Föderation, eine interne Angelegenheit der Föderation selbst sein, und niemand wird sie als einen Aggressionsakt bewerten können. . . .“

Somit wurde in den Euxinograder Unterredungen mit Tito im November 1947 eine geheime Vereinbarung darüber erzielt, daß die von Kostoff aufgezoogene und angeführte verbrecherische staatsfeindliche Verschwörung in Bulgarien die Unterstützung von Streitkräften aus dem Ausland, aus Jugoslawien, erhalten sollte.

Kostoff warnte Tito, es sei unausbleiblich, daß das Regierungshaupt, Dimitroff, der Durchführung einer Politik zur Losreißung von der UdSSR entgegenwirken werde. Der Name Dimitroff rief bei Tito einen Ausbruch von Haß hervor.

Kostoff sagte hierüber aus:

„...Tito konnte seinen Haß gegen Dimitroff nicht bezähmen. Wie lange wird mir dieser Alte noch im Wege stehen?“ schrie er wütend. Es war klar, daß Dimitroff Tito störte wie ein Knochen im Hals, wie ein Dorn im Auge.

Ich sagte Tito, unser Plan bestehe darin, den natürlichen Verlauf der Ereignisse abzuwarten, womit ich den schlechten Gesundheitszustand Dimitroffs und seinen wahrscheinlichen baldigen Tod meinte, durch den ich sein Nachfolger als Generalsekretär der Partei und Vorsitzender des Ministerrats werden würde.

Dann würden ich und meine Gesinnungsgenossen, so fuhr ich fort, große Möglichkeiten zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung und des Parteivorstands haben, was einen schmerzlosen Anschluß Bulgariens an Jugoslawien sicherstellen würde. . . .

Als Antwort entwickelte Tito seinen niederträchtigen Plan zur Verhaftung und physischen Vernichtung des Genossen Dimitroff.

„...Tito sagte, dieser Plan wäre dann gut, wenn Dimitroff bald stürbe, da hierfür aber keine Garantie gegeben sei, erklärte er, müßten wir zu entschlossenen Handlungen, zur Verhaftung und, falls notwendig, zur Liquidierung Dimitroffs bereit sein, wobei wir auch auf seine Hilfe rechnen könnten.“

Ich wandte ein, daß ein solcher Gang der Ereignisse sich auf die Partei und auf das Volk schlecht auswirken würde, daß er die Leute von uns abstoßen würde, da Dimitroff Autorität als Volksführer genieße, wir stünden deshalb für unsere bulgarische Variante ein.

Trotzdem bestand Tito darauf, daß wir die Politik entschiedener Maßnahmen übernehmen, unsere Leute auf allen Kommandohöhen haben und ausreichend organisierte Kräfte besitzen müßten, durch die im Augenblick des ersten Schlags die Gegner unserer Politik sofort gelähmt werden könnten.

„Wenn der Augenblick kommt“, sagte Tito, „und Sie werden der Nachfolger Dimitroffs, dann müssen Sie imstande sein, rasch die Partei und die Regierung in Ihre Gewalt zu bringen und den Anschluß Bulgariens an Jugoslawien auszurufen. Danach wird es leicht sein“, so versicherte mir Tito, „und die jugoslawische Hilfe wird das übrige tun.“

Tito hob besonders hervor, daß er den Plan einer derartigen entschlossenen Handlungsweise nicht allein entworfen habe, sondern daß dieser Plan mit den Amerikanern vereinbart und von diesen gebilligt worden sei, die ihrerseits Unterstützung zugesagt hätten.

Zum Schluß des Gesprächs empfahl Tito nochmals, zu entschlossenen Aktionen überzugehen, denn die Sache sei schon zu weit gediehen, als daß eine Umkehr möglich wäre. . . .

Tito schlug Kostoff im nächsten Gespräch vor, seine Erfahrungen in der Einschläferung der Wachsamkeit der Massen und seiner Gegner mit der Methode der Doppelzüngigkeit auch in

Bulgarien anzuwenden und nachzumachen, eine Methode, die er, Tito, bereits erprobt habe, und mit der bisher gute Resultate erzielt worden seien.

„... Bei uns wird die Sache so betrieben“, erklärte Tito, „daß das Fortsteuern von der UdSSR und ihren Verbündeten als eine Frage der nationalen Ehre und Würde hingestellt werden wird; wir werden uns darauf berufen, daß man nicht mit der nationalen Würde der Jugoslawen rechne, ihre Beteiligung am Befreiungskrieg gegen die Hitlerfaschisten leugne, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einmische, Jugoslawien als einen nicht gleichberechtigten Verbündeten handle, usw.“

Tito erläuterte, er würde die nationalen Gefühle ausschlichten, vorläufig die Losung des Sozialismus nicht zurücknehmen, in der ersten Zeit noch fortfahren, die UdSSR zu preisen, sich zugleich aber in der Tat von der UdSSR abwenden und die kapitalistischen Elemente im Lande fördern, und er, Tito, werde die unausbleibliche Reaktion, die sein Verhalten in der UdSSR und in den Ländern der Volksdemokratie auslösen werde, ausnutzen und dadurch imstande sein, Jugoslawien allmählich ins Geleise des englisch-amerikanischen Blocks zu rangieren.

„Die Schuld an alledem“, sagte er mit einem höhnischen Lächeln, „werden wir vor den Massen der Länder der Volksdemokratie mit der UdSSR an der Spitze zuschieben, die uns angeblich Hilfe und Zusammenarbeit verweigern und uns zwingen, diese Hilfe und Zusammenarbeit dort zu suchen, wo man sie uns nicht versagt. Was aber diejenigen Leute innerhalb Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei Jugoslawiens betrifft, die versuchen werden, sich gegen unsere Orientierung aufzulehnen“, fügte Tito hinzu, „so sind wir genügend vorbereitet, um mit ihnen auf das entschlossenste aufzuräumen, aber das wird bereits Ranković' Sache sein.“

Beim Abschied empfahl mir Tito, mich auch mit Ranković zu unterhalten. „...“

Das Treffen Kostoffs mit Ranković fand am gleichen Abend statt, sie unternahmen einen gemeinsamen Spaziergang durch den Park des Euxinograder Schlosses.

„... Ranković erklärte mir, offengestanden halte er es für eine unserer Schwächen, daß wir nach den ihm vorliegenden Angaben keine einheitliche Leitung hätten und daß die Arbeit etwas partisanenhaft und unorganisiert vor sich gehe. Man müsse vielmehr, so unterstrich er, eine kleine Gruppe der zuverlässigsten Leute zusammenstellen und mit ihrer Hilfe die ganze Arbeit lenken und leiten.“

Ranković führte auch aus, daß wir unseren Einfluß in der Armee und in den Organen des Innen-

ministeriums verstärken müßten, um der Verschwörung eine reale Kraft zu verleihen, auf die man sich erforderlichenfalls stützen könnte.

Dann betonte Ranković, daß man sich auf eine entschlosseneren Handlungsweise orientieren müsse und nicht davor haltmachen dürfe, erforderlichenfalls die Gegner unschädlich zu machen und gewaltsam zu vernichten. „...“

Damit schlossen die Euxinograder Zusammenkünfte und Unterredungen Kostoffs mit Tito und Ranković.

Tito kam der Bitte, die Kostoff während ihrer Unterredung in Belgrad geäußert hatte, nach. Ende 1947 fand eine Zusammenkunft zwischen Kostoff und dem neuernannten amerikanischen Botschafter in Bulgarien, Donald Read Heath, statt.

Kostoff sagte über diese Zusammenkunft aus: „... Read Heath stellte sich offiziell zuerst mit als dem amtierenden Ministerpräsidenten vor.“

Bei seiner ersten Visite sprach Read Heath den Wunsch aus, in Bälde wieder mit mir zusammenzukommen, da es nötig sei, gewisse uns beide interessierende Fragen zu besprechen. Ich gab meine Einwilligung.

Nach ein paar Tagen bat Read Heath mich, ihn zu empfangen. Ich empfing ihn in meinem Arbeitszimmer im Ministerrat.

Nach einem kurzen Gespräch über seine Eindrücke von Sofia (es wurde französisch geführt) sagte Read Heath mir, er wüßte von meinen persönlichen Freundschaftsbeziehungen zu den Jugoslawen, die sich in den letzten zwei, drei Jahren angespannen hätten, und er sei darüber sehr erfreut. Er hoffe, ich würde auch den Amerikanern Wohlwollen entgegenbringen.

Aus dem Gesagten entnahm ich, daß Read Heath auf meine Vereinbarung mit Tito hin bei mir erschienen war, der versprochen hatte, mir bei der Herstellung von Verbindungen mit den Amerikanern behilflich zu sein.

Dem Amerikaner antwortete ich, ich sei bereit, seinem Wunsch nachzukommen. Da sagte mir Read Heath, er wolle mich nicht überflüssigerweise belasten und verlange keine separate Verbindung mit mir. „Was Ihnen amerikanischerseits mitgeteilt werden soll“, sagte Read Heath, „wird vorher mit den Jugoslawen vereinbart und Ihnen dann durch diese mitgeteilt werden.“ Read Heath unterstrich, daß ich die Ratschläge, die ich von Tito und seinen nächsten Mitarbeitern erhalten werde, auch als Ratschläge der Amerikaner anzusehen hätte, und daß in dieser Hinsicht zwischen ihm und Tito volles Einvernehmen herrsche. „...“

Im Januar 1948 setzte Kostoff die Angeklagten Pawloff und Stefanoff von seinen Vereinbarungen mit Tito und Ranković in Euxinograd sowie von

der Absicht Titos und der übrigen jugoslawischen Leiter in Kenntnis, in nächster Zeit mit der UdSSR zu brechen.

Außerdem teilte Kostoff sowohl Pawloff wie Stefanoff mit, daß die Jugoslawen darauf bestünden, daß seine Gruppe die nötigen Vorbereitungen auch bei sich im Lande treffe, damit Bulgarien möglichst bald den gleichen Weg gehe, den Jugoslawien von Tito geführt werde.

„...Ich erläuterte ihnen Sinn und Bedeutung dessen, was Tito in Jugoslawien unternimmt, sowie die Notwendigkeit organisierter Arbeit unsererseits, wenn wir auf bessere Resultate rechnen wollten.

Pawloff und Stefanoff hörten meine Erläuterungen an und gaben dann einzeln ihre Zustimmung zu gemeinsamer Arbeit mit mir an der Ausführung des Plans, der mit Tito vereinbart worden war. So bildeten ich und meine nächsten Mitarbeiter, Pawloff und Stefanoff, eine Art Zentrale, die die feindliche Arbeit leitete...“

Der Angeklagte Pawloff bestätigte diesen Umstand und sagte hierüber aus:

„...Wie mir Kostoff nach seinem Zusammenreffen mit Tito im Euxinograder Palast mitteilte, unterrichtete ihn Tito von dem bevorstehenden endgültigen Bruch mit der UdSSR und empfahl, auch in Bulgarien diesen Weg zu gehen, und zwar je eher, desto besser.

Kostoff erklärte mir in einem Gespräch, das in seinem Arbeitszimmer im ZK stattfand, Tito habe ihn direkt vor die Frage gestellt, daß es notwendig sei, mit allen Mitteln in der Partei und in der Staatsverwaltung die Führung an sich zu bringen, indem man eigene zuverlässige Leute auf verantwortliche Posten setze. Man müsse entschlossen handeln, riet Tito Kostoff, nur dann sei der Erfolg sicher, und falls nötig, sei Jugoslawien zu jeglicher Hilfe, auch zu militärischer, bereit.

Daneben schnitt Tito, wie Kostoff erklärte, auch die Frage an, Georgi Dimitroff mit seiner Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR aus dem Wege zu räumen, nötigenfalls sei dieser Alte zu liquidieren...“

Pawloff bestätigt ebenfalls, daß Kostoff 1948 laut Vereinbarung mit Tito und Ranković in Bulgarien die leitende Zentrale der Verschwörung mit seiner — Pawloffs — Beteiligung gebildet hat.

Er sagte aus:

„...Nach Kostoffs Ansicht muß jeder seinen selbständigen, voneinander unabhängigen Aktionsbereich haben, der von einer Zentrale aus geleitet wird, um als Endziel die Vorbereitung zur Besetzung des Staatsapparats und zur Aneignung der Parteileitung aufzustellen, wobei man das darauffolgende Fortsteuern Bulgariens von der UdSSR und seine Überführung ins Geleise des

englisch-amerikanischen Blocks im Auge haben muß, dieses Blocks, der allein fähig ist, den wirtschaftlichen Aufschwung Bulgariens und die Aufrichtung eines den westlichen Demokratien ähnlichen Regimes im Lande sicherzustellen.

Kostoff, Stefanoff und ich sollten diese Zentrale bilden, bei der alle Fäden der Verschwörerarbeit zusammenlaufen sollten. Kostoff unterstrich ferner die entscheidende Bedeutung unseres Kontakts mit den Jugoslawen, die nach seinen Worten bereits ‚freie Hände‘ hätten, um uns wirksamen Beistand zu leisten, und die uns solchen Beistand auch versprochen hätten.

Ich erklärte mich einverstanden sowohl damit, daß es notwendig sei, die illegale Arbeit aktiver zu betreiben, als auch mit dem Vorschlag Kostoffs, der Dreierzentrale der Verschwörung anzugehören...“

Der Angeklagte Stefanoff bestätigte ebenso wie Pawloff in der Voruntersuchung unumstößlich, daß Kostoff ihn über die Resultate der Euxinograder Unterredungen mit Tito in Kenntnis gesetzt habe.

Stefanoff sagte hierüber aus:

„...In derselben Unterredung mit Kostoff teilte mir dieser mit, daß er ein persönliches Gespräch mit Tito gehabt habe, in dem sie den ganzen Fragenkreis unserer gemeinsamen Arbeit in Bulgarien erörtert hätten.

Kostoff informierte mich darüber, daß Tito die Zustimmung seiner Leute zu unserer allgemeinen Arbeitslinie erneut bestätigt und Hilfe in allen Dingen versprochen habe, deren wir nur bedürfen würden.

Tito habe, wie Kostoff mir erklärte, ausdrücklich die Frage angeschnitten, daß eine Beseitigung Georgi Dimitroffs von großer Bedeutung sei. Jegliches Zaudern, jegliche Unentschlossenheit, jedes Unterlassen von Maßnahmen gegen unnachgiebige Führer, so habe Tito zu Kostoff gesagt, könnten sich für die ganze Sache als verhängnisvoll erweisen. Zugleich versprach Tito Kostoff Hilfe von jugoslawischer Seite, für den Fall des Machtantritts auch militärische Hilfe, damit die Föderation sofort ausgerufen werde, und er empfahl, möglichst bald zu Aktionen überzugehen. Kostoff hatte, wie er sagte, die Ratschläge und Mahnsprüche Titos zur Kenntnis genommen und wollte sich danach richten...“

Stefanoff gestand ebenfalls, mit Pawloff an der Tätigkeit der Dreierzentrale der staatsfeindlichen Verschwörung teilgenommen zu haben, an deren Spitze Kostoff stand.

„...Im Oktober 1948 trafen wir drei, Kostoff, Pawloff und ich, im Amtszimmer Kostoffs zusammen. Das war im Grunde die Dreierzentrale der Verschwörung...“

II

Durch persönliche Geständnisse der Angeklagten, durch Zeugenaussagen und anderes Aktenmaterial ist festgestellt, daß die verbrecherischen Gruppen Titos und Kostoffs, die gemeinsam, nach vorher festgelegtem Plan und in ständigem Kontakt miteinander operierten, die freundschaftlichen Gefühle, die das bulgarische Volk für seine slawischen Brüder, die jugoslawischen Werktätigen, hegt, ausgenutzt und die populäre Idee einer Föderation der Südslawen in ein Mittel zur Erreichung ihrer niederträchtigen Ziele verwandelt haben, um dem demokratischen bulgarischen Staat seine nationale Souveränität zu rauben, ihn zu einem Anhängsel Titojugoslawiens und zu einer neuen Kolonie des amerikanischen und des englischen Imperialismus zu machen.

Der Angeklagte Kostoff hat laut Vereinbarung mit seinen Belgrader Gesinnungsgenossen seine Dienststellung mißbraucht und die von ihm abhängenden Maßnahmen getroffen, um jugoslawischen Agenten freien Zutritt zu bulgarischen Staatsämtern zu gewähren.

Dem jugoslawischen Militärattaché Oberstleutnant Vojislav Ristić, und später seinem Nachfolger, Oberst Dragutin Filipović, wurde Zutritt zu den Materialien des Kriegsministeriums gewährt sowie die Herstellung und Aufrechterhaltung tagtäglicher Verbindungen mit führenden Militärpersonen ermöglicht.

Jugoslawische Spione erhielten Einblick in gesetzlich geschützte Unterlagen, die Staatsgeheimnis sind, unter dem Vorwand, daß es notwendig sei, den Stand der bulgarischen Armee festzustellen zwecks Schaffung einer einheitlichen Struktur und eines einheitlichen Ausbildungssystems nach dem Muster der jugoslawischen Armee in Anbetracht der bevorstehenden Bildung einer Föderation.

Weitgehender Zutritt wurde Beamten der jugoslawischen Botschaft in Sofia auch zu anderen bulgarischen Ämtern einschließlich der Staatlichen Plankommission und der Hauptdirektion für Statistik gewährt, wo sie ebenfalls die Möglichkeit erhielten, Spionageverbindungen herzustellen und sich geheimes Material zu verschaffen.

Im Laufe von mehr als zwei Jahren, bis Mai 1948, trieb Jovan Božović, ein Sondervertreter des polizeilichen Spionagedienstes von Ranković, im Innenministerium sein Unwesen. Der offizielle Spion erhielt Einblick in die geheimsten Angaben und schuf dort seine Agentur.

In Bestätigung dieses Umstands sagte Kostoff während der Voruntersuchung weiter aus:

„... Es wurde nun beinahe Götzendienerei mit Jugoslawien und Tito getrieben. Von allen

bulgarischen Ämtern und Organisationen wurde Delegation auf Delegation zum Studium der staatlichen und öffentlichen Einrichtungen Jugoslawiens entsandt, um sie dann bei uns nachzumachen, und es wurden auch Verbindungen mit den entsprechenden jugoslawischen Organisationen angeknüpft.

Diese kraß ausgeprägte Schwenkung in Richtung Jugoslawiens wurde durchgesetzt und gefördert, um vor unserer Öffentlichkeit die historische Rolle der UdSSR und der Sowjetarmee bei der Befreiung Bulgariens von den hitlerfaschistischen Okkupanten und beim Aufbau des neuen Bulgariens zu vertuschen.

Titojugoslawien wurde als neues Muster zur Nachahmung empfohlen, ein Muster, das den bulgarischen Verhältnissen näherkäme und Bulgarien zugänglicher sei...“

Pawloff sagte hierüber aus:

„... Es ging soweit, daß wir fast offiziell die Meinung durchsetzen konnten, daß die Bulgaren hinter den Jugoslawen zurückgeblieben seien, daß die Letztgenannten die Fragen der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung des Landes kühner und radikaler lösten, daß wir bei ihnen lernen und die Formen und Methoden ihrer Arbeit übernehmen mußten. Hierbei wurde in allen Tonarten Tito als der hervorragendste Politiker auf dem Balkan gepriesen...“

Nach dem Scheitern des Plans zur Bildung einer Föderation, wie sie Tito und Kostoff zum Schaden der nationalen Grundinteressen des bulgarischen Volkes beabsichtigt hatten, wurde die Aufgabe in den Vordergrund gerückt, das Gebiet Pirin abzutrennen und es mit Jugoslawisch-Mazedonien zu vereinen.

In Ausführung der mit Djilas im März 1945 getroffenen Vereinbarung leistete Kostoff den jugoslawischen Agenten Lazo Koliševski und Dimitr Vlahov in deren nationalistischen Tätigkeit unter den Mazedoniern Bulgariens Beistand.

Von den offiziellen Vertretern der mazedonischen Regierung — Koliševski, den Kostoff aus der gemeinsamen Haft im Gefängnis von Plewna während der Jahre 1943 und 1944 kannte, und Vlahov, der ihm schon seit 1933 aus der Emigration bekannt war, bis zu den jugoslawischen Botschaftsräten Pero Mangovski und Blagoje Hadžipanzov, — allen diesen geheimen und offenen Agenten und Emissären Titos wurde mit Unterstützung Kostoffs die Möglichkeit gegeben, unverhüllt auf eine Loslösung des Gebiets Pirin und seinen Anschluß an Jugoslawien hinzuarbeiten.

Der Angeklagte Blagoje Hadžipanzov, der im Dezember 1947 als jugoslawischer Botschaftsrat mit speziellen Spionageaufgaben aus Belgrad nach Sofia kam, sagte aus:

„... Bald nach der Befreiung Mazedoniens und Jugoslawiens entfalteten die Leiter von Skoplje und Belgrad eine umfangreiche Spionage- und Propagandaarbeit in Bulgarien. Ihre Zentrale war die Botschaft der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Sofia.

Anfang 1945 kam Oberstleutnant Kiril Miljovski von der OZNA (Odeljenja Zaštite Naroda) nach Sofia. Ihn begleitete Cveta Caljovska, die Schwägerin des Ministerpräsidenten der Mazedonischen Republik, Koliševski, eine bekannte Mitarbeiterin der OZNA.

Zu allererst befaßten sich Miljovski und Caljovska mit der Auswahl von Leuten. Die ersten, die sie zur Zusammenarbeit mit dem jugoslawischen Spionagedienst heranzogen, waren: Angel Dineff und Athanas Mitreff.

Im Jahre 1946 trafen in der jugoslawischen Botschaft in Sofia ein: Pero Mangovski als Botschaftsrat, Mitko Zafirovski als erster Botschaftssekretär und Anton Kolendić als Botschaftsrat für Kulturfragen. Mit ihrer Ankunft nahm die Arbeit auf mazedonischer Linie weiteres Ausmaß an. Sie zogen neue Leute zur Mitarbeit heran: Dimitr Christoff, die Brüder Ilja und Georgi Bojalzalieff in Sofia sowie Kiril Nikoloff in Newrokop. ...

Der Angeklagte Ilja Bojalzalieff, der die verbrecherischen Beziehungen zu Hadži-Panzov bestätigte, sagte aus:

„... Die Ratschläge Hadži-Panzovs bestanden darin, ich sollte die KPB kompromittieren und nach wie vor für einen Anschluß Pirinisch-Mazedoniens eintreten.

Es sei auch notwendig, sagte mir Hadži-Panzov, unter den mazedonischen Mitgliedern der KPB zu arbeiten und sie von der Richtigkeit der Politik Titos zu überzeugen. ...“

Die in dieser Sache ferner verhörten Personen Georgi Bojalzalieff, ehemaliger Kaufmann, Dimitr Christoff, ehemaliger Direktionsbeamter von „Exportprodukt“, und Kiril Nikoloff, ehemaliger Staatsanwalt der Stadt Newrokop, sagten in der Voruntersuchung aus, daß sie im Auftrag der Sofiaer jugoslawischen Botschaft Wühl- und Spionagearbeit im Gebiet Pirin geleistet, und daß die beiden letztgenannten für den jugoslawischen Spionagedienst gegen Bezahlung gearbeitet haben.

Der jugoslawische Spion Christoff sagte hierüber aus:

„... Für die Erledigung von Spionageaufträgen der jugoslawischen Botschaft in Sofia erhielt ich von Botschaftsrat Pero Mangovski verschiedene Barvergütungen in Höhe von 30 000 Lewa, und von Botschaftsrat Hadži-Panzov in Höhe von 10 000 Lewa und 2000 Dinar, was in bulgarischer Währung 11 000 Lewa ausmacht. Außer-

dem zahlte mir der erste Sekretär der jugoslawischen Botschaft in Bulgarien, der OZNA-Offizier Marko Vujačić, 20 000 Lewa. ...“

Nikoloff, der ebenfalls vom jugoslawischen Spionagedienst ausgehalten wurde, sagte aus:

„... Insgesamt habe ich für die von mir zugunsten des jugoslawischen Spionagedienstes geleistete Arbeit Barvergütungen in Höhe von 160 000 Lewa erhalten. ...“

Der Angeklagte Hadži-Panzov und zwei andere hohe jugoslawische Botschaftsbeamte in Sofia, Zafirovski und Mangovski, entfalteten unter Ausnutzung ihrer diplomatischen Immunität frech eine Wühlarbeit gegen die bulgarische Regierung im Gebiet Pirin.

Die Zersetzungsarbeit, die auf Instruktion der Regierung Tito durch seine diplomatischen Vertreter in Bulgarien betrieben wurde, verstärkte sich besonders, nachdem der mazedonischen Bevölkerung des Gebiets Pirin kulturelle Autonomie gewährt worden war, in welchem Zusammenhang aus Jugoslawisch-Mazedonien Lehrer eingeladen wurden, um in den Schulen des Gebiets mazedonische Literatursprache zu unterrichten.

Das freundschaftliche Verhalten seitens Bulgariens und die Maßnahmen seiner Regierung, die den Aufschwung und die Blüte der nationalen Kultur der mazedonischen Bevölkerung zum Ziel hatten, wurden vom Apparat Ranković' hinterhältig und gemein ausgenutzt, um antibulgarische Titoagenten in Pirinisch-Mazedonien einzusetzen.

Die als „Lehrer“ in das Gebiet Pirin entsandten Ranković-Spione gingen so weit, in den Lehranstalten sogar Dimitroffs Bildnisse von den Wänden zu nehmen und Titobilder an ihre Stelle zu hängen und obendrein zu fordern, daß die Septemberkinder Tito den Treueid leisten.

Die „Lehrer“, die aus Skoplje kamen, ließen die Gesetze der Volksrepublik Bulgarien unberücksichtigt und eigneten sich in den Dörfern des Gebiets Pirin eigenmächtig die Funktionen der örtlichen Machtorgane an.

Im Jahre 1947 stand in der Stadt Gorna-Dschumaja dem mazedonischen Theater ein Agent Titos und Koliševskis vor, Ilja Milčinov, der sich mit der Rolle des Direktors und Hauptspielleiters tarnte; in den neueröffneten mazedonischen Bücherläden tauchten zahlreiche Verkäufer aus Skoplje auf, meist Agenten der UDB, die unter Leitung der speziell eingeschmuggelten Emissäre des jugoslawischen Spionagedienstes, Pero Korobar und Pero Oliolovski, vorgingen.

Dieser ganze Apparat des Spionagedienstes von Ranković, bestehend aus 100 „Lehrern“, einigen Dutzend „Buchhändlern“ sowie „Schauspielern“ und „Spielleitern“ aus Belgrad und Skoplje,

befafte sich mit Spionagearbeit und anderer verbrecherischer Tätigkeit zugunsten Titos.

Sobald aber der Verrat Titos durch das Informationsbüro in dem bekannten Beschluß über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aufgedeckt wurde, traten die entlarvten jugoslawischen Spione Korobar, Oliolovski und Milčinov aus Furcht vor der Vergeltung für die begangenen Verbrechen eiligst den Rückzug an, sie flohen in Begleitung der ganzen Bande sogenannter Lehrer, Schauspieler und anderer „Kulturträger“ nach Jugoslawien.

Zu verbrecherischen Zwecken, und zwar zur Bekämpfung der bulgarischen Regierung, drang der in vorliegender Sache angeklagte jugoslawische Agent Wassil Iwanowski in das Sofiaer Mazedonische Nationalkomitee ein.

Iwanowski, der in der Voruntersuchung bestätigte, er sei von der Regierung Koliševski mit Wissen und Sanktion der jugoslawischen Leiter im November 1945 nach Bulgarien geschickt worden, um Sonderaufträge für eine dort zu leistende Wühl- und Spionagearbeit auszuführen, sagte aus:

„...Mir wurde die Aufgabe gestellt, gestützt auf eine Gruppe von Mazedoniern, die Anhänger von Skoplje waren, eine Fraktionsarbeit im Mazedonischen Nationalkomitee aufzuziehen und den Kampf gegen das ZK der KPB und seine Linie durch Ausdehnung meines Einflusses auf die Bevölkerung des Gebiets Pirin zu verstärken.

Um die wirklichen Zwecke meiner Abreise nach Bulgarien zu tarnen, wurde beschlossen, gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und Koliševski sowie den Leitern der KPM vorzutäuschen, was ich später auch tat...“

Nach seiner Ankunft in Sofia trat Iwanowski in verbrecherischen Kontakt mit dem jugoslawischen Botschaftssekretär Zafirovski und später auch mit zwei von diesem geschaffenen Spionageagenturen, an deren Spitze Nikoloff und Dineff standen.

Hierüber verhört, sagte Iwanowski aus:

„...Ich trat mit Zafirovski in Verbindung und erhielt von ihm folgende Instruktionen: das Mazedonische Nationalkomitee und seine Spitzenzentrale zu diskreditieren, damit diese mit Anhängern aus Skoplje neu besetzt werde und man sich der Leitung der mazedonischen Emigrantenorganisationen bemächtige, sie dem Einfluß der KPB entziehe und in den Dienst der bürgerlich-nationalistischen Politik der Leiter in Skoplje und Belgrad stelle.

Das Endziel der Gruppe, an deren Spitze ich treten sollte, bestand nach Zafirovskis Worten darin, das Gebiet Pirin von Bulgarien loszutrennen, damit Jugoslawien es annektiere.

Als Grundlage für die ideologische Bearbeitung der Bevölkerung des Gebiets Pirin diene ein

Referat mit dem Thema: „Aktuelle Fragen Mazedoniens“, das ich 1946 in Sofia auf einer Versammlung mazedonischer Emigranten hielt und das vervielfältigt wurde. Mein Referat war im Grunde Propaganda für die Richtlinien Titos auf Lostrennung Pirinisch-Mazedoniens und seine Vereinigung mit Jugoslawien...“

Iwanowski beschränkte sich nicht auf Wühlarbeit in den mazedonischen Gesellschaften, an deren Spitze zu treten es ihm gelang, sondern er lieferte auch regelmäßig Zafirovski und später dessen Nachfolger, dem ersten jugoslawischen Botschaftssekretär Pavle Momčilović, Geheimmaterialien über die wichtigsten Beschlüsse des Politbüros und des ZK der KPB sowie über die Lage in der Industrie und Landwirtschaft Bulgariens.

Die jugoslawische Botschaft in Sofia betrieb nach dem Geständnis des ehemaligen Botschaftsrats Hadži-Panzov eine Spionagearbeit in einigen Richtungen, aber die Arbeit in der wichtigsten, der sogenannten mazedonischen Richtung wurde von ihm, Hadži-Panzov, geleitet.

Gleichzeitig befaßte sich Hadži-Panzov auf Veranlassung aus Belgrad auch mit Militärspionage, indem er durch Dineff, Christoff und andere Agenten geheime Angaben über den Zustand des Grenzschutzes an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze, über Truppenverschiebungen sowie über die Lage der bulgarischen Industrie, des Exports und Imports sammelte.

Der direkt mit Kostoff in Verbindung stehende Angeklagte Boris Christoff lieferte seinerseits, unter Ausnutzung seiner Dienststellung als Handelsvertreter Bulgariens in der UdSSR, regelmäßig geheime Materialien über die bulgarisch-sowjetischen Beziehungen an den gleichzeitig mit ihm in Moskau befindlichen Botschaftsrat für Handelsfragen bei der jugoslawischen Botschaft, Viktor Ziberna.

Christoff gestand in der Voruntersuchung die verbrecherische Verbindung mit Ziberna ein und sagte aus:

„...Ziberna forderte von mir ausführliche Angaben über die Waren, die aus der UdSSR ausgeführt wurden, sowie über die für die UdSSR bestimmten Waren: ihr Assortiment, ihre Menge, Qualität, Preise usw. Besonderes Interesse zeigte Ziberna für die Preise auf folgende Waren: Flugzeug- und Kraftwagenbenzin, Traktorenbenzinstoff, Maschinenöl, Roheisen, hochwertige Eisensorten, Kupfer, Baumwolle, kalziniertes Soda, Kautschuk, Tabak, Spiritus, Erz und Blei-Zink-Konzentrate.“

Der Angeklagte Kostoff unterhielt laut Vereinbarung mit Tito geheime Beziehungen zu Belgrad durch die jugoslawischen Gesandten Nikola

Kovačević (den er seit 1934 aus der Emigration kannte) und Obrad Cicmil.

Kostoff wurde von Tito auf Cicmil hingewiesen, Stefanoff von Kardelj.

Stefanoff hatte, als er im Juni 1947 mit einer bulgarischen Regierungsdelegation auf einer Konferenz in Bled (Jugoslawien) weilte, mit Kardelj eine Zusammenkunft unter vier Augen.

„...Kardelj empfahl die Taktik entschlossener und kühner Handlungen und hob besonders hervor, daß es notwendig sei, Dimitroff, den zweifellosen und konsequentesten Gegner der Politik zur Losreißung von der UdSSR, zu kompromittieren und — falls die Macht gänzlich in Händen Kostoffs und seiner Leute konzentriert sein werde — ihn sogar aus dem Wege zu räumen. In dieser Frage dürften keine Schwankungen vorkommen, wie überhaupt Schwankungen und Unentslossenheit in unserer Sache verderblich seien, so sagte Kardelj.

Als der bulgarischen Delegation auf dem Bahnhof von Ljubljana das Geleit gegeben wurde, trat Kardelj zusammen mit Cicmil an mich heran und sagte, zu diesem gewandt, er werde in allen Fragen, die einen Ratschlag aus Belgrad oder eine Lösung in Belgrad erforderlich machten, zu unserer Verfügung stehen.

Kardelj sagte zu Cicmil, er solle nach der Ankunft in Sofia bei Kostoff versprechen und ihm seine Dienste antragen. „

Kostoff, der wiederholt mit Cicmil zusammentraf, von dem er Ratschläge und Hinweise aus Belgrad erhielt, setzte hiervon Pawloff in Kenntnis, der aussagte:

„Kostoff erklärte, er erhalte nach wie vor seine Verbindungen mit den jugoslawischen Vertretern aufrecht und ... treffe sich regelmäßig mit dem Gesandten Cicmil. „

Persönliche Verbindung mit Cicmil unterhielt auch der Angeklagte Stefanoff. Er sagte aus:

„...Es vergingen einige Monate, und ich erfuhr persönlich, daß bereits eine aktive Arbeit zur Verwirklichung der von den jugoslawischen Leitern versprochenen Hilfe im Gange sei. Hier von setzte mich Cicmil in Kenntnis, als ich ihn im März 1948 in seiner Villa auf der Panorama-Chaussee aufsuchte.

Cicmil sagte mir, daß die Arbeit ihres Spionagedienstes in Belgrad umgestellt werde und daß man eiligst zuverlässige Leute auswähle, um sie zur Ausführung von Sonderaufträgen nach Bulgarien zu entsenden.

Cicmil sagte mir ferner, Tito habe Ranković Anweisung gegeben, sich mit dieser Sache zu befassen, und überwache persönlich den Verlauf der Arbeiten auf dem Gebiet der Spionage.

Auf meine Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der UdSSR entwickelten, antwortete Cicmil, die ‚Seifenblase‘ der brüderlichen Beziehungen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Sowjetunion würde bald platzen. „

Wie Kostoff aussagte, besuchte Cicmil ihn nach seiner Ankunft in Bulgarien im Mai 1947, und zwar machte er ihm eine offizielle Visite, da Kostoff damals den in Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten vertrat.

Cicmil bestellte Kostoff, er sei von Tito bevollmächtigt, mit ihm in Verbindung zu treten, und um den ersten Empfang nicht länger, als im Protokoll vorgesehen war, auszudehnen, vereinbarte er eine nächste Zusammenkunft.

Bei der zweiten Zusammenkunft bestellte Cicmil Kostoff im Auftrage Titos, in Jugoslawien werde bereits eine ernst zu nehmende Vorbereitung zum endgültigen Bruch mit der UdSSR und zur Erleichterung seines Übergangs zum englisch-amerikanischen Block geleistet.

„...In der Sammlung sowjetfeindlicher Elemente innerhalb Jugoslawiens selbst um Tito sind bereits bedeutende Resultate erzielt worden“, fuhr Cicmil fort. „In diesem Zusammenhang hat Tito mich beauftragt“, sagte Cicmil, „Ihnen auszurichten, daß es notwendig sei, die Vorbereitungsarbeit auch in Bulgarien zu verstärken.“ Cicmil rühmte sich mir gegenüber, daß eine derartige Arbeit, d. h. die Anfächung und Schürung nationalistischer Stimmungen und die Zusammenholung antisowjetischer Kräfte, von Tito und seinen Leuten auch in den anderen Ländern der Volksdemokratie durchgeführt werde.“

Kostoff seinerseits informierte Cicmil, daß „auch wir in Bulgarien nicht schlafen und gewisse Resultate erzielt haben“.

Kostoff, Pawloff und Stefanoff, die die leitende Zentrale der staatsfeindlichen Verschwörung bildeten, waren der Ansicht, daß es zu Tarnungszwecken unerlässlich sei, sich dem offiziellen Standpunkt der KPB in der jugoslawischen Frage anzuschließen. Zu gleicher Zeit trafen sie Maßnahmen, um ihren Anhängern zu erläutern, daß die Förderung mit Jugoslawien auch in der veränderten Situation stattzufinden habe, d. h. sogar wenn Tito die Beziehungen zur UdSSR abbräche.

Es begann eine Phase doppelzünglerischer Manöver. Die Anweisungen wurden aus Belgrad gegeben durch Tito, der, wie Kostoff aussagt, bereits solide Erfahrungen in dieser Hinsicht hatte.

Die doppelzünglerischen Manöver wurden sowohl von Kostoff als auch von den Personen unternommen, die sich wie er an der Wühlarbeit gegen die Regierung Dimitroff beteiligten.

Kostoff sagt über sein Verhalten im Zusammenhang mit der Resolution des Informationsbüros folgendes aus:

„...Die Umstände gestalteten sich so, daß ich auf der zweiten Beratung des Informationsbüros ein Referat über den Standpunkt der Kommunistischen Partei Bulgariens zur jugoslawischen Frage zu halten hatte. In meinem Referat mußte ich die Ansichten der KPB ausdrücken, die das Verhalten Titos und der jugoslawischen Leiter scharf verurteilte. Aber alles hat sein Gutes. Das Positive hierbei war, daß ich auf diese Weise mein wirkliches Verhalten zu Tito zeitweilig tarnen konnte. Dem gleichen Zweck dienten auch meine abfälligen Bemerkungen über Tito und seine Politik auf den Sitzungen des Politbüros des ZK und auf den Versammlungen des Parteiaktivs in Sofia, Gorna Dschumaja und Radomir.“

Ein ebenso doppelzünglerisches Manöver führte auch der Angeklagte Hadži-Panzov aus. Auf Beschluß der jugoslawischen Regierung, der Hadži-Panzov während seines Ferienaufenthalts in Belgrad in der zweiten Oktoberhälfte 1948 mitgeteilt wurde, sollte er, um seine weitere Wühl- und Spionagearbeit zu erleichtern und zu tarnen, nach Bulgarien zurückkehren und in der Presse lügnerrisch erklären, er sage sich von Tito los, da er für die Resolution des Informationsbüros sei.

III

Die Verschwörung wurde innerhalb des Landes von Kostoff geschmiedet und geleitet. Er schritt bald nach dem 9. September 1944 zur Bearbeitung vorher bestimmter Personen, um sie zur illegalen feindlichen Organisation heranzuziehen. Als erste, außer Pawloff und Stefanoff, traten ihr bei: Iwan Maslaroff, ehemaliger Leiter der Organisationsabteilung im ZK der KPB, und Stefan Bogdanoff, ehemaliger Abteilungsleiter in der Direktion für Staatliche Sicherheit. Von Maslaroff und Bogdanoff wußte Kostoff durch Gescheff, daß sie, als sie bei der Polizei in Untersuchungshaft saßen, ihre illegalen Parteiverbindungen verraten und sich unterschriftlich zur Mitarbeit bei der Polizei zwecks Konsolidierung des damals im Lande bestehenden monarchofaschistischen Regimes verpflichtet hatten, und zwar Maslaroff im Jahre 1942, Bogdanoff im Jahre 1943. Auf Grund dieser Angaben zog Kostoff Maslaroff und Bogdanoff, die fürchteten, sie könnten nach dem 9. September 1944 in ihrer Rolle als Lockspitzel in der KPB entlarvt werden, zur Verschwörung heran.

Im weiteren gewann Kostoff seinen Aussagen gemäß Petko Kunin, Manol Sakelaroß und Wassil Markoff für die feindliche Arbeit.

Nach Kostoffs Geständnis traf er Vorkehrungen, seinen Leuten verantwortliche Posten im Staatsapparat zu verschaffen, und infolgedessen wurde Kunin später zum Industrieminister ernannt, Sakelaroß zum Minister für das Bauwesen und Markoff zum stellvertretenden Verkehrsminister.

Den Angeklagten Nikola Natscheff, der seit 1941 mit dem englischen Spionagedienst zusammenarbeitete, verband nach seinem eigenen Geständnis der Spion Englands Kiril Slawoff mit Kostoff, was auch Kostoff in seinen Aussagen bestätigt hat.

Stefanoff seinerseits zog die Angeklagten Iwan Gewrenoff, Zonü Zontscheff sowie Georgi Petroff, den ehemaligen stellvertretenden Finanzminister, ferner Angel Timeff, den ehemaligen Generaldirektor der Staatlichen Tabakregie, heran und nutzte sie für verbrecherische Zwecke aus; der Angeklagte Natscheff tat ein gleiches mit Dimitr Kotschemidoff und Nikola Gowedarski, den ehemaligen stellvertretenden Innenhandelsministern, die gleichzeitig in der Zusammenarbeit mit dem englischen Spionagedienst Verbindung mit Slawoff unterhielten.

Die Werbung anderer Helfershelfer Kostoffs für die Ausführung von Sabotage- und Schädlingssakten in der Industrie wurde von dem Angeklagten Gewrenoff besorgt, der sich die Zustimmung von Athanas Nebolieff, dem ehemaligen Generalsekretär des Industriellenverbandes, sowie von Georgi Kasandshieff und Michail Gerassimoff, ehemaligen leitenden Beamten des Industrieministeriums, sicherte, die Gewrenoff als Feinde der Volksmacht bekannt waren.

Außerdem wurden folgende Angeklagte von Kostoff für die feindliche Arbeit verwandt: Boris Christoff, Polizeilockspitzel seit 1943, und Iwan Tuteff, Agent des englischen Spionagedienstes seit 1937.

Somit hatten Kostoff, Stefanoff und Pawloff ihre Leute zur Anstrengung der verbrecherischen Ziele einer Verschwörung gegen das bulgarische Volk, was Kostoff im August 1947 die Veranlassung gab, Tito durch den jugoslawischen Gesandten in Sofia, Obrad Cicmil, mitzuteilen, er, Kostoff, verfüge zuverlässig über eine bestimmte Anzahl von Anhängern, die hervorragende Posten im Staats- und im Parteiapparat innehätten und bereit seien, auf die Ausführung seiner geheimen Absichten hinzuwirken.

Neben den Endzielen der Verschwörung, die auf den Sturz der im Lande bestehenden demokratischen Ordnung hinausliefen, wurden von Kostoff laut Anweisungen, die er 1945 durch Oberst Bailey vom englischen Spionagedienst erhielt, auch die nächstliegenden Aufgaben der

Spionagearbeit festgesetzt. Sie bestanden erstens in der Unterstützung der Opposition gegen die Regierung und aller reaktionären feindlichen Kräfte im Lande, zweitens in Schädlings- und Sabotageakten in der Volkswirtschaft, um die Regierung und ihre Politik zu kompromittieren und die Machtergreifung zu erleichtern, und drittens in der Verfolgung eines nationalistischen Kurses in den Beziehungen zu den von der UdSSR geführten Ländern der Volksdemokratie, um Bulgarien seiner getreuen Verbündeten und Freunde im Lager der Demokratie und des Sozialismus zu berauben und es, entgegen dem Volkswillen, zum Übergang auf die Seite des imperialistischen Blocks zu drängen.

Kostoff sagte hinsichtlich der 1945 von Bailey erhaltenen Aufgaben folgendes aus:

„... Bailey beauftragte mich, auch auf eine Zersetzung der Vaterländischen Front und auf eine Abspaltung der Landwirtschaftler und der Sozialdemokraten von dieser Front hinzuwirken, unter denen die Engländer bereits mit Erfolg in dieser Richtung wirkten.

Wie Bailey sagte, würde, falls die Vaterländische Front einheitlich bliebe, der Einfluß der Kommunisten in ihr sowie der Einfluß der im Lande bestehenden Regierung zunehmen.

Bailey billigte die von mir zusammengestellte und überallhin versandte Direktive hinsichtlich der Komitees der Vaterländischen Front, laut welcher das Prinzip der Gleichheit aller Parteien bei der Bildung dieser Komitees im Lande anerkannt wurde. Dadurch wurden die Interessen der Kommunistischen Partei beeinträchtigt, ihre führende Rolle in den Komitees wurde geschwächt, und zugleich wurde andern, rechtsstehenden Parteien die Möglichkeit gegeben, ihre organisatorischen und politischen Positionen zu festigen. ...“

Pawloff bestätigte in der Voruntersuchung, daß er über die von Bailey übermittelten Instruktionen des englischen Geheimdienstes auf dem laufenden war, und sagte aus:

„... Kostoff war von Bailey darüber informiert worden, daß die Engländer bestrebt seien, eine fühlbare Opposition in der Regierung zu schaffen, um sich auf sie zu stützen und eine Spaltung der Macht der Vaterländischen Front herbeizuführen.

Die Opposition mit Petkoff an der Spitze entwickelte eine aktive volksfeindliche Tätigkeit und erreichte mit Unterstützung der Engländer und der Amerikaner einen Aufschub der Wahlen, die für August 1945 anberaumt gewesen waren.

Im Lande wurde eine gespannte politische Situation geschaffen, aber Kostoff, der an der Spitze der KPB stand, unternahm nichts, um sie zu entspannen, da er selbst im Interesse der Engländer tätig war.

Im Hinblick auf die Opposition verfolgte Kostoff auch nach den Wahlen zum Großen Sobranje die gleiche Linie auf Beilegung der Differenzen, wobei er seinen Standpunkt offiziell damit motivierte, man dürfe die Engländer und Amerikaner nicht noch ein übriges Mal reizen; in Wirklichkeit aber wollte er der Opposition die Möglichkeit zur Entwicklung und Stärkung geben. ...“

Aber die Hoffnungen, die man auf die Opposition setzte, wurden zunichte gemacht durch den vom ZK der KPB und von der Regierung unbeirrt verfolgten Dimitroffschen Kurs auf Zerschmetterung der Feinde der Volksmacht, und der Agent des englischen Imperialismus, Nikola Petkoff, der durch die Untersuchungsmaterialien in Sachen der illegalen Organisationen „Militärbund“ und „Der neutrale Offizier“ entlarvt wurde, kam schließlich 1947 vor Gericht und erhielt die verdiente Vergeltung für die von ihm begangenen Verbrechen.

Es blieb noch ein Mittel im Kampf gegen die immer mehr Autorität und Stärke gewinnende Volksmacht: Untergrabung der wirtschaftlichen Grundlagen des Staates durch Schädlingsarbeit und Sabotage in der Industrie und Landwirtschaft, im Handel und im Finanzwesen. Wie festgestellt worden ist, wurde auch dieses Mittel von Kostoff und seinen Helfershelfern angewandt.

Der Angeklagte Gewrenoff, vor noch nicht langer Zeit ein Großunternehmer, der schon vor der Verstaatlichung Routine in Sabotageakten bekommen hatte, nahm eine planmäßige Schädlingsarbeit in der Industrie auf, nachdem diese an den Staat übergegangen war. Er unterzog sich gern den Aufträgen Stefanoffs in der geheimen Hoffnung, daß bei einem Erfolg der Verschwörung auch seine Verdienste nicht in Vergessenheit geraten würden.

Gewrenoff, der Direktor der Staatlichen Vereinigung Gummiindustrie war, stellte deren Rekonstruktionsplan so auf, daß eine ernstliche Depression in der Arbeit der Betriebe verursacht wurde.

„... In dem Gesamtplan zur Vergrößerung der Objekte sah ich absichtlich die Schließung rentabler und guteingerichteter Fabriken vor wie der ‚Guma-Balkan‘ in Sofia und der Fabrik ‚Botusch‘ in Plewna, und ließ zugleich als Grundunternehmungen weniger große sowie unrentable Fabriken weiter in Betrieb: Gebrüder Pantoff im Dorfe Moschino Pernischke, die Fabrik ‚Gligen‘ in der Stadt Braz und die Fabrik ‚Eternit‘ in der Stadt Russe.

In meinem Plan war die Schließung aller neun Fabriken der Stadt Pasardzhik vorgesehen, um sie in dem erweiterten Grundunternehmen ‚Sila‘ zusammenzufassen. Fünf dieser neun Betriebe waren in der ersten Hälfte 1948 bereits stillgelegt. Das führte dazu, daß die Produktion zurückging.“

Sachverständige, die die Produktionstätigkeit Gewrenoffs nachprüften, schätzten den von ihm angerichteten Sachschaden des Staates auf mehr als 13 Milliarden Lewa.

Stefanoff sagte über die von ihm verübten Schädlingsakte im Finanzministerium folgendes aus:

„... Der Finanzplan wurde nach meinen Anweisungen bis einschließlich 1949 nur auf Grund ungefährender Schätzungen, nach Angaben über die Erfüllung seiner Posten im vorhergehenden Zeitabschnitt aufgestellt, ohne Berücksichtigung aller Möglichkeiten zu einer maximalen Ausnutzung der Haushaltsmittel. Das geht aus der Tatsache hervor, daß in der ganzen Zeit, in der ich das Ministerium leitete, der Einnahmenteil des Staatshaushalts mit Leichtigkeit übererfüllt wurde.

Die Staatshaushalte für 1947 und 1948 wurden nach meiner Anweisung ohne Wahrung des Prinzips der Einheit des Staatshaushalts aufgestellt, obwohl dies ein wesentliches Erfordernis der Planwirtschaftsführung darstellt.

Die Schädlingsakte mit der Einkommensteuer wurden von mir in folgender Richtung verübt:

a) Ich brachte im Ministerrat einen Beschluß über die Besteuerung im Jahre 1948 durch und gültig sie der des Jahres 1947 an, womit ich das Grundprinzip der Einkommenbesteuerung verletzte, wonach sie den realen Einkünften der Bevölkerung zu entsprechen hat.

Die Folge war, daß die Landwirte in Bezirken, wo die Ernte 1947 schlechter als 1946 ausfiel, Unzufriedenheit äußerten, da sie Steuern auf Grund der Einkünfte von 1946 zahlen mußten.

b) Bei der Berechnung der Einkommensteuer für großbäuerliche Elemente sorgte ich für keine genügende Kontrolle über die Höhe ihrer Besteuerung, wodurch sie einen Teil ihrer Einkünfte hinterziehen konnten. „

Die feindliche Tätigkeit in der Bulgarischen Volksbank leistete Stefanoff nach seinen Aussagen durch den Angeklagten Zonü Zontscheff.

„... Als im März 1947 die Banknoten und Kassenscheine umgetauscht wurden, führten wir vorsätzlich ein umständliches Verfahren ein: wir verlangten, daß in jedem Einzelfall eine Aufstellung der umzutauschenden Banknoten und Kassenscheine gemacht werde.

Ich unternahm nichts gegen überflüssige Formalitäten bei den Bankoperationen, obwohl ich wußte, daß Unzufriedenheit über die Verzögerungen bei jeder Abhebung oder Einzahlung von Geld herrschte. „

Zontscheff gestand diese Schuld ein und sagte seinerseits aus:

„... Um die Einführung einer Planarbeit in den Bargeld- und Kreditoperationen des Banksystems hinauszuzögern, hemmten Stefanoff und ich die

Vorbereitungen zur Ausarbeitung von Emissions- und Kassenplänen. „

Die Aussagen der Angeklagten Stefanoff und Zontscheff werden durch das Gutachten der Sachverständigen bestätigt, die feststellten, daß infolge einer unrichtigen Verordnung für den Umtausch der Banknoten und Kassenscheine sowie durch Einführung der Bankschecks als obligatorischem Zahlungsmittel ein übermäßig kompliziertes technisches Verfahren festgesetzt wurde, was Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, besonders unter der Landbevölkerung, hervorrief. Die Erlaubnis, laufende Steuern wie Steuerschulden mit alten Banknoten und Kassenscheinen zu begleichen, hatte, wie die Sachverständigen in ihrem Gutachten ausführten, zur Folge, daß der Staat 600 Millionen Lewa verlor.

Wie die Angeklagten Pawloff und Natscheff aussagten, erhielt die Schädlingsarbeit weiteres Ausmaß, nachdem Kostoff an die Spitze des 1947 neu gebildeten Staatlichen Komitees für Wirtschafts- und Finanzfragen getreten war.

Pawloff sagte hierüber aus:

„... Die feindliche Arbeit wurde betrieben durch Unterdrückung der Produktionsinitiative der landwirtschaftlichen Produzenten und durch Einführung eines harten Steuersystems, das den Bauern Beschränkungen auferlegte und ihnen die Möglichkeit zum freien Verkauf eines Teils ihrer landwirtschaftlichen Produkte nahm, wodurch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erschwert und künstlich Unzufriedenheit mit der Regierung sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande geschaffen wurde.

Das Steuersystem betraf nicht nur Getreide, sondern auch alle andern landwirtschaftlichen Produkte: Wolle, Milch, Fleisch, Eier, Kartoffeln und sogar Äpfel, Pistazien und Kastanien, und dies hatte zur Folge, daß die Bauern an einer Erweiterung und Verbesserung ihrer Wirtschaft nicht interessiert waren.

Negativ wirkte sich auch das ‚Spiel‘ mit der Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus, die den täglichen Bedarf der Bevölkerung decken, wie: Zwiebeln, Tomaten, Paprikaschoten, Weintrauben, Äpfel u. a., was die Verteilung sowie die Zustellung dieser Lebensmittel vom Erzeuger zum Verbraucher desorganisierte.

Die Vorbereitung und Ausführung solcher Art schädlicher Beschlüsse wurde erheblich erleichtert, nachdem das Komitee für Wirtschafts- und Finanzfragen beim Ministerrat entstanden war, das von Kostoff geleitet wurde. „

Natscheff sagte über einen feindlichen Akt, den er im Komitee für Wirtschafts- und Finanzfragen verübt hat, folgendes aus:

„... Im Herbst 1948 schlug ich auf einer Sitzung des Komitees vor, die Maismenge, die das Handelsministerium den Bauern als Prämie bewilligt, wenn sie Kartoffeln anpflanzen und sie zu festen Preisen verkaufen, von 50 auf 20 Kilogramm pro 100 Kilogramm verkaufter Kartoffeln herabzusetzen.

Diesen Vorschlag machte ich, um die Ablieferung von Kartoffeln an den Staatsfonds zu erschweren und die Versorgung der Stadtbevölkerung zu verschlechtern...“

Die Sachverständigenkommission hat festgestellt, daß infolge der von Natscheff vorgenommenen Abänderung des Projekts der Verordnung über den Ankauf der 1948 geernteten Kartoffeln die Erfüllung dieses Teils des staatlichen Aufbringungsplans für 1948 vereitelt und statt der vorgesehenen 29,5 Millionen Kilogramm nur etwas mehr als 13 Millionen Kilogramm Kartoffeln aufgebracht werden konnten.

Die verbrecherische Verschwörung gegen das bulgarische Volk wurde aufgedeckt, und ihre Teilnehmer, die mit Unterstützung aus dem Ausland, aus dem Lager des Imperialismus, einen Anschlag auf die Errungenschaften der Volksrepublik Bulgarien, auf ihre Unabhängigkeit und Souveränität unternommen hatten, werden vor Gericht gestellt.

Ausgehend von den §§ 282, 291 und 649 der Strafprozeßordnung und auf Grund der Beweise, die im Verlauf der Voruntersuchung erbracht wurden, betrachtet es die Oberste Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Bulgarien als einwandfrei festgestellt, daß die in der vorliegenden Sache angeklagten Personen die ihnen zur Last gelegten Verbrechen begangen haben, und

klagt an:

1. Traitscho Kostoff Dshuneff, ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats;
2. Professor Iwan Stefanoff Hadschi-Matejeff, ehemaligen Finanzminister, sowie
3. Nikola Pawloff Koleff, ehemaligen stellvertretenden Minister für das Bauwesen, und zwar alle drei

a) des Verrats laut §§ 98, 99g, Absatz 4, § 99d, Absatz 2 des Strafgesetzbuches, weil sie die Zentraleitung einer illegalen Organisation sowie Gruppen gebildet haben, um die gesetzmäßig errichtete Volksmacht der Republik gewaltsam, durch Terrorakte und gemeingefährliche Verbrechen zu stürzen; weil sie Akte begangen haben, die darauf abzielten, die freundschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit der UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie zu verschlechtern, und weil sie selbst sowie durch

andere Personen verleumderische und unwahre Behauptungen verbreitet haben, um Mißtrauen zur Volksmacht und einzelnen Organen der Volksmacht zu wecken und Unruhe im Volk zu stiften;

b) Traitscho Kostoff Dshuneff und Iwan Stefanoff Hadschi-Matejeff der Spionage laut § 112, Punkt I des Strafgesetzbuches, weil sie Angaben, die Staatsgeheimnis darstellen, gesammelt und einem ausländischen, dem englischen Spionagedienst übergeben haben und weil sie sich selbst einem ausländischen Spionagedienst für Spionagearbeit zur Verfügung stellten;

c) Traitscho Kostoff Dshuneff und Professor Iwan Stefanoff Hadschi-Matejeff des Verrats laut § 111b des Strafgesetzbuches, weil sie vorzüglich den verantwortlichen Staatsdienst und Regierungsaufträge benutzt haben, um die Interessen ihres Staates zu schädigen;

d) Traitscho Kostoff Dshuneff, Iwan Stefanoff Hadschi-Matejeff und Nikola Pawloff Koleff der Sabotage und Schädlingssarbeit laut § 102, Absatz 1 des Strafgesetzbuches, weil sie verbrecherische Akte begangen haben zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Lebensmittelversorgung des Landes zu zerrütten, Unruhe und Unzufriedenheit in den Volksmassen zu stiften und der gesetzmäßigen Macht durch eigene sowie von andern Personen ausgeführte Sabotage- und Schädlingssarbeit Hindernisse in den Weg zu legen;

4. Nikola Natscheff Petkoff, ehemaligen Gehilfen des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Wirtschafts- und Finanzfragen;

5. Boris Andonoff Christoff, ehemaligen Handelsvertreter der Volksrepublik Bulgarien in der Sowjetunion;

6. Zonü Stefanoff Zontscheff, ehemaligen Direktor der Bulgarischen Volksbank;

7. Iwan Slawoff Gewrenoff, ehemaligen Direktor der Staatlichen Vereinigung Gummiindustrie, und

8. Iwan Georgieff Tuteff, ehemaligen Außenhandelsdirektor, und zwar alle fünf

a) des Verrats laut §§ 98, 99d, Absatz 2, und 99g, Absatz 4, weil sie einer illegalen Organisation beitraten, die von Traitscho Kostoff Dshuneff, Iwan Stefanoff Hadschi-Matejeff und Nikola Pawloff Koleff gebildet und geleitet wurde zu dem Zweck, die gesetzmäßig in der Republik aufgerichtete Volksmacht zu stürzen; weil sie Akte begangen haben, um die freundschaftlichen Beziehungen unseres Landes zur Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie zu verschlechtern; weil sie selbst sowie durch andere Personen verleumderische und unwahre Behauptungen verbreitet haben, um Mißtrauen zur Volksmacht und einzelnen Organen der Volksmacht zu wecken und Unruhe im Volk zu stiften;

b) der Spionage laut § 112, Punkt 1 des Strafgesetzbuches, weil sie persönlich wie auch durch andere Personen Angaben, die Staatsgeheimnis darstellen, gesammelt und sie ausländischen Spionagediensten — dem jugoslawischen, dem amerikanischen und dem englischen — übergeben haben, und weil sie sich selbst einem ausländischen Spionagedienst für Spionagearbeit zur Verfügung stellten;

c) die Angeklagten Boris **Andonoff Christoff** und Iwan **Georgieff Tuteff** des Verrats laut § 111b des Strafgesetzbuches, weil sie vorsätzlich den verantwortlichen Staatsdienst und Regierungsaufträge benutzt haben, um die Interessen ihres Staates zu schädigen;

d) Nikola **Natscheff Petkoff**, Zonü **Stefanoff Zontscheff**, Iwan **Slawoff Gewrenoff** und Iwan **Georgieff Tuteff** der Sabotage und Schädlingsarbeit laut § 102, Absatz 1 des Strafgesetzbuches, weil sie verbrecherische Akte begangen haben, zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Lebensmittelversorgung des Landes zu zerrütten, Unruhe und Unzufriedenheit in den Volksmassen zu stiften und der gesetzmäßigen Macht durch eigene sowie von anderen Personen ausgeführte Sabotage- und Schädlingsarbeit Hindernisse in den Weg zu legen;

9. Blagoje **Ivanov Hadzi-Panzov**, ehemaligen jugoslawischen Botschaftsrat in Sofia;

10. Wassil **Athanassoff Iwanowski**, ehemaligen Direktor der Vereinigung der Erzbergwerke,

a) des Verrats laut §§ 98, 99g, Absatz 4 des Strafgesetzbuches, weil sie illegale Gruppen gebildet und geleitet haben zum Zweck der gewaltsamen Lostrennung des Gebiets Pirin von der Volksrepublik Bulgarien und damit zur Schwächung der Staatsmacht im Lande, sowie deshalb, weil sie selbst sowie durch andere Personen verleumderische und unwahre Behauptungen verbreitet haben, um Mißtrauen zur Volksmacht und

einzelnen Organen der Volksmacht zu wecken und Unruhe im Volk zu stiften;

b) der Spionage laut §§ 112, Punkt 1, und 111, Absatz 1 des Strafgesetzbuches, weil sie persönlich wie auch durch andere Personen Angaben, die Staatsgeheimnis darstellen, für einen ausländischen, den jugoslawischen Spionagedienst gesammelt und diesem übergeben haben, sowie weil sie sich selbst einem ausländischen Spionagedienst für Spionagearbeit zur Verfügung stellten;

11. Ilja **Iwanoff Bojalzali**

a) des Verrats laut §§ 98, Absatz 2, und 99g, Absatz 4 des Strafgesetzbuches, weil er einer illegalen Gruppe beitrug zum Zweck der gewaltsamen Lostrennung des Gebiets Pirin von der Volksrepublik Bulgarien und damit zur Schwächung der Staatsmacht im Lande, sowie deshalb, weil er selbst und durch andere Personen verleumderische und unwahre Behauptungen verbreitet hat, um Mißtrauen zur Volksmacht und einzelnen Organen der Volksmacht zu wecken und Unruhe im Volk zu stiften;

b) der Spionage laut § 112, Punkt 1 des Strafgesetzbuches, weil er Angaben, die Staatsgeheimnis darstellen, gesammelt und einem ausländischen, dem jugoslawischen Spionagedienst übergeben hat.

Die oben angeführten Angeklagten werden dem Obersten Gerichtshof der Volksrepublik Bulgarien übergeben, damit er sie richte, für schuldig befinde und im Einklang mit den Landesgesetzen bestrafe.

Der Oberste Staatsanwalt
der Volksrepublik Bulgarien
Dimitr GEORGIEFF

28. November 1949

gehend, den Weg einer ehrlichen, sachlichen, internationalen Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu betreten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Washingtoner Weisen auch weiter die schmachlichsten Fehlschläge harren, wenn sie die Politik des „kalten Krieges“ fortsetzen, ihre „toten Gäule“ weiter antreiben und die Taktik des „Mantels und Dol-

ches“ beibehalten. Die neueste Bestätigung hierfür ist die Liquidierung der bulgarischen Spionageszentrale des englisch-amerikanischen Kundschaftsdiens. Die vor einigen Tagen veröffentlichte Anklageschrift der Obersten Staatsanwaltschaft Bulgariens in Sachen Traitscho Kostoff und seiner Helfershelfer ist ein weiterer Hieb gegen die Achillesferse der Washingtoner Politik.

Internationale Umschau

(Notizen)

VIERZIG MILLIONEN ARBEITSLOSE

In der UNO-Satzung ist als eine der wichtigsten Aufgaben dieser Organisation vorgesehen, daß sie einen „höheren Lebensstandard, volle Beschäftigung und Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Entwicklung“ fördern soll. Hierauf gestützt, hat die Weltföderation der Gewerkschaften schon vor drei Jahren in der UNO die Frage der Arbeitslosigkeit angeschnitten, die für die Werktätigen der kapitalistischen Länder eine Geißel ist. Die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks schoben die Erörterung dieses so außerordentlich wichtigen Problems nach Möglichkeit hinaus. Erst im Sommer d. J. faßte der Wirtschafts- und Sozialrat, entgegen den Bemühungen der Vertreter der USA und Englands, den Beschluß, die Frage der Arbeitslosigkeit auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung zur Diskussion zu stellen.

Die Debatten, die sich in diesem Zusammenhang in der Vollversammlung entspannen, haben vor allem gezeigt, daß in den kapitalistischen Ländern Millionen und aber Millionen Werktätiger von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Nach Angaben der Wirtschaftsabteilung der UNO nimmt die Zahl der Arbeitslosen unaufhörlich zu. In einer Reihe von Ländern ist ihre Zahl von Anfang 1948 bis Anfang 1949 auf ein Mehrfaches gestiegen. Im April 1948 gab es in der englischen und in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 468 200 Arbeitslose, im April d. J. 1 038 000 Personen. In Belgien, Frankreich, in der Schweiz und anderen Ländern ist die Arbeitslosigkeit im Zunehmen begriffen.

Ein besonders bedrohliches Ausmaß hat die Erwerbslosigkeit in den USA angenommen. Im Jahre 1945 gab es dort ungefähr 1 Million Vollarbeitslose, 1949 selbst nach den beschönigenden amtlichen Angaben 4 Millionen. Nach Angaben der Gewerkschaften erreicht deren Zahl jedoch 6 Millionen. Außerdem gibt es rund 18 Millionen Kurzarbeiter.

Alles in allem beträgt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in den kapitalistischen Ländern gegenwärtig mindestens 40 Millionen.

Die Anträge, die die Weltföderation der Gewerkschaften durch die tschechoslowakische Delegation in der UNO eingebracht hat, sehen die Einführung eines umfassenden Versicherungssystems, eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und andere Maßnahmen vor. Diese Maßnahmen sind ein Minimum dessen, was unverzüglich unternommen werden müßte, um das Los der werktätigen Massen in der kapitalistischen Welt, über denen das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit und des Hungers schwebt, zu mildern.

Aber selbst diese elementaren notwendigen Maßnahmen fanden bei den Vertretern des englisch-amerikanischen Blocks geharnischte Aufnahme. Sie mobilisierten ihre Satelliten und erreichten so, daß die Empfehlungen der Weltföderation der Gewerkschaften abgelehnt wurden und daß eine australische Resolution durchgebracht wurde, die keinerlei konkrete Vorschläge, sondern nur leere Gemeinplätze enthält.

Die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks vertraten nicht die Interessen der Völker, sondern die der Monopole, die dazu neigen, die Arbeitslosigkeit sogar als eine nützliche Erscheinung anzusehen. So schreibt „Wall Street Journal“, das Organ der amerikanischen Börsianer:

„Ein Maurer, der zwei Mann am Tor stehen und auf seine Stelle warten sieht, wird mehr Ziegel vermauern und nicht so sehr auf Extralohn oder Prämien bestehen.“ Die Kapitalisten brauchen ein Arbeitslosenheer, um die Daumenschrauben der Ausbeutung fester anzuziehen.

Ihre Vertreter in der UNO verhindern die Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung dieses ungeheuren Übels.

EINE ABMACHTUNG VON STREIKBRECHERN

„Es läßt sich schwer voraussagen, ob die neue Organisation unter amerikanischer oder unter englisch-amerikanischer Kontrolle stehen und ob sie bloß eine antikommunistische Organisation sein wird.“ Solch herzerreißende Zweifel vertraute der englische Rundfunk am Vorabend der in London von Deakin und Green einberufenen Spalterkonferenz seinen Hörern an, einer Konferenz, die der Gründung einer gewerkschaftlichen Streikbrecher-„internationale“ diente. Obzwar sich die BBC, wie die Erfahrung lehrt, wirklich nicht durch politische Sehergabe auszeichnet, haben ihre Kommentatoren sich dieses Mal ganz umsonst dumm gestellt.

Im Augenblick, als die oben zitierten Zeilen geschrieben wurden, war es in London bereits ganz klar, daß die neue „Internationale“ völlig in den Händen der amerikanischen Reaktion liegen und nichts anderes sein wird, als ein Hauptquartier des von der Wall Street organisierten antikommunistischen und antidemokratischen Feldzugs.

Gleich die ersten Sitzungen der am 28. November in London eröffneten Konferenz haben dies vollumfänglich bestätigt. Die Konferenz begann mit dem Trommelwirbel antikommunistischer Erklärungen des reaktionärsten Führers der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL), William Green, und seiner Nachschwätzer aus dem Kongreß der Industrieverbände (CIO) und des Britischen Trade-Union-Kongresses (TUC). Greens Erklärung, daß die Hauptaufgabe der Organisation darin bestehen solle, „eine Schranke gegen das

Eindringen von Kommunisten und kommunistischen Anschauungen aufzurichten", wurde von den Rednern in allen Tonarten variiert, die sich hingegen auf höchst karge Bemerkungen über das soziale Programm der zusammengestoppten „Internationale“ beschränkten.

Das ist auch verständlich, haben doch Green, Deakin und ihre Freunde, die mit den Unternehmern und bürgerlichen Regierungen eine gemeinsame Sprache gefunden haben, zum Schutz der Interessen der Arbeiterklasse, die sie im Laufe ihrer langjährigen Tätigkeit auf Schritt und Tritt zu verraten gewohnt sind, nichts zu sagen. Das Mandat zur Organisation ihrer bastardhaften „Internationale“, die der Weltföderation der Gewerkschaften Konkurrenz bieten soll, ist ihnen nicht von der Arbeiterklasse, sondern von ihren wahren Herren, den USA-Imperialisten, ausgestellt worden, die an einer Spaltung und Desorganisation der Arbeiterbewegung interessiert sind.

Sooft das Wort „Freiheit“ auf der Londoner Konferenz auch erwähnt wird, so handelt es sich dort darum, die Arbeiterklasse den aggressiven Plänen der Wall Street zum Opfer zu bringen. Wer daran zweifelt, möge die Reden der reaktionären Gewerkschaftsbosse nachlesen, die sie im eigenen Kreise, auf dem letzten Kongreß der AFL, gehalten haben. Der Schriftführer und Schatzmeister der AFL, Meany, sagte auf dem Kongreß, daß die neue „Internationale“ die „führende Rolle bei der Verwirklichung des Marshallplans“ spielen und daß sie den reaktionären Emigranten in ihrer Spionagetätigkeit unter die Arme greifen werde; Irving Brown, ein Agent des Staatsdepartements, legte besonderen Nachdruck darauf, daß es zu den Aufgaben der „Internationale“ gehöre, „zum Sturz der heutigen Regierungen in Osteuropa beizutragen“.

So sieht die internationale „Gewerkschaftstätigkeit“ der Clique Deakin-Green-Murray aus, der sie das Etikett „freier Gewerkschaftsbund“ ankleben wollen. Die Sitzungen der Konferenz sind noch nicht zu Ende, aber das Gesamtbild der Verschwörung gegen die Interessen der Arbeiterklasse ist bereits klar. Kein aufgeklebtes Etikett kann das wirkliche Aussehen der Gewerkschaftsgentur der amerikanischen Kriegsbrandstifter verbergen.

SEHNSUCHT NACH DEM FASCHISMUS

Die Resolutionen der Beratung des Informationsbüros kommunistischer Parteien, die die Volksmassen aller Länder zum Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges mobilisieren, haben in der reaktionären Presse Betretenheit und Verwirrung hervorgerufen. Besonders wütend gebärdet sich „Le Monde“, ein Organ der französischen Monopolherren. Wie das so üblich ist, erklärt das Blatt den Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit der Völker als bloßes „Manöver der Kommunisten“. „Le Monde“ geifert und verleumdet, vermag es aber nicht, irgendwelche Argumente zur Widerlegung der Charakteristik anzuführen, die die Beratung des Informationsbüros der aggressiven Politik der Imperialisten gegeben hat.

Kann z. B. „Le Monde“ den Hinweis des Informationsbüros kommunistischer Parteien darauf widerlegen, daß die Politik der Kriegsvorbereitungen mit der „Anwendung faschistischer Terrormethoden gegen die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Völker“ verbunden wird? Eine Bestätigung für die Richtigkeit dieses Hinweises kann man sogar in den Spalten desselben Blattes finden.

Mitte November veröffentlichte der diplomatische Beobachter des „Monde“, Servan Schreiber, zwei Aufsätze über den Einfluß des Nordatlantikpakts auf die Innenpolitik der westeuropäischen Länder. Servan Schreiber muß zugeben, daß der Nordatlantikpakt zur Wiederaufstellung des Faschismus führt. Im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung, so erklärt er, werden in den USA faschisti-

sche, oder wie der „Monde“ es zu nennen beliebt, totalitäre Herrschaftsmethoden geschaffen, und die westeuropäischen Länder müßten diesem Vorbild folgen. Andernfalls müsse man Befürchtungen für die Stabilität des Nordatlantikpakts hegen.

Nach der höchst maßgeblichen Meinung des „Monde“ kopieren die westeuropäischen Länder z. B. immer noch nicht genug die amerikanische Politik zur Verfolgung fortschrittlicher Persönlichkeiten und demokratischer Organisationen. Das Blatt ist überzeugt, daß der französische Gelehrte Joliot-Curie und der englische Gelehrte Bernal, wenn sie Amerikaner wären, schon lange im Gefängnis säßen, da sie vom Standpunkt der „atlantischen Solidarität“ schwere Verbrechen begangen haben: sie haben die Sowjetunion besucht und erklärt, daß sie für den Frieden und die Demokratie kämpfen werden. „Le Monde“ verschweigt hierbei vorsätzlich die Hetze, die gegen Joliot-Curie in Frankreich und gegen Bernal in England entfesselt wurde. Entzückt über das Talent des amerikanischen Geheimdienstes, verlangt Servan Schreiber eine „Reinigung“ der Gewerkschaften Frankreichs, Italiens, Englands und anderer Länder zwecks Austreibung der fortschrittlich gesinnten Persönlichkeiten.

Seine Forderung nach faschistischen Methoden bemäntelt der Beobachter des halbamtlichen französischen Blattes mit demagogischen Betrachtungen darüber, daß man ja im Rahmen des Nordatlantischen Vertrages die Unabhängigkeit der westeuropäischen Länder sichern könnte. Wie aber? Man erfährt, dies solle durch Schaffung einer „in Deutschland stationierten internationalen Armee Westeuropas“ geschehen! Aber das ist ja gerade das Programm der USA-Militaristen. So hat sich die Propaganda des „Monde“ für „Unabhängigkeit und Eigennützigkeit“ in Wirklichkeit als eine Propaganda für den Gehorsam gegenüber den amerikanischen Weltherrschaftsanwärtlern erwiesen. Servan Schreibers Sehnsucht nach dem Faschismus ist ein beredtes Zeugnis dafür, wohin die Organisatoren des Nordatlantischen Vertrages steuern.

EINE KONFERENZ FÜR KANADISCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT

Wie schädlich für Kanada die antisowjetische Politik seiner regierenden Kreise ist, wird weiten Schichten der Öffentlichkeit immer mehr klar. Angesichts der Wirtschaftskrise, deren eisigen Hauch die kanadische Industrie schon jetzt verspürt, wird der gewaltige Nutzen, den Kanada von einer Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie hätte, besonders deutlich.

Die Praxis des letzten Jahres zeigt jedoch etwas anderes. Die kanadische Regierung hat nicht nur den aggressiven Nordatlantischen Vertrag unterzeichnet und sich damit verpflichtet, an den Kriegsabenteuern der amerikanischen Expansionisten teilzunehmen. An den schmutzigsten Kampagnen antisowjetischer Verleumdungen und Falschmeldungen nehmen auch führende Mitglieder der kanadischen Regierung unmittelbaren, regen Anteil, allen voran Ministerpräsident St. Laurent und Außenminister Pearson. Welche Siedehitze die von ihnen entfesselte antisowjetische und antikommunistische Psychose erreicht hat, lassen allein schon die Tatsachen erkennen, wie die Erklärung von Büchern der russischen Klassiker Turgenjew, Tschchow u. a. für „sehr gefährliche“ Lektüre, die Konfiskation solcher Bücher und in Montreal sogar ihre Vernichtung durch die Polizei.

Aber die Wahrheit über die Sowjetunion erweist sich in Kanada ebenso wie in anderen Ländern als stärker denn Lüge und Verleumdungen. Sie bahnt sich ihren Weg. Kennzeichnend in dieser Hinsicht ist die Tätigkeit des National-

rats für kanadisch-sowjetische Freundschaft, der Ende November in Toronto seine fällige Jahreskonferenz abhielt. In seinem Aufruf an das kanadische Volk zum 32. Jahrestag der Oktoberrevolution schrieb der Nationalrat, für alle Kanadier mit gesundem Menschenverstand sei die Zeit gekommen, der feindseligen Antisowjetpolitik Einhalt zu gebieten und zur Politik der kanadisch-sowjetischen Freundschaft zurückzukehren, die im Krieg zum Siege beitrug und die auch dazu beitragen wird, einen allgemeinen, lang währenden Frieden zu gewährleisten.

Die Konferenz hat gezeigt, daß dieser Aufruf im Volke starken Widerhall gefunden hat.

Die Konferenzteilnehmer verurteilten entschieden das vernunftwidrige Wettrüsten, das die USA und ihre Klienten aus der kanadischen Regierung veranstalten, sie verurteil-

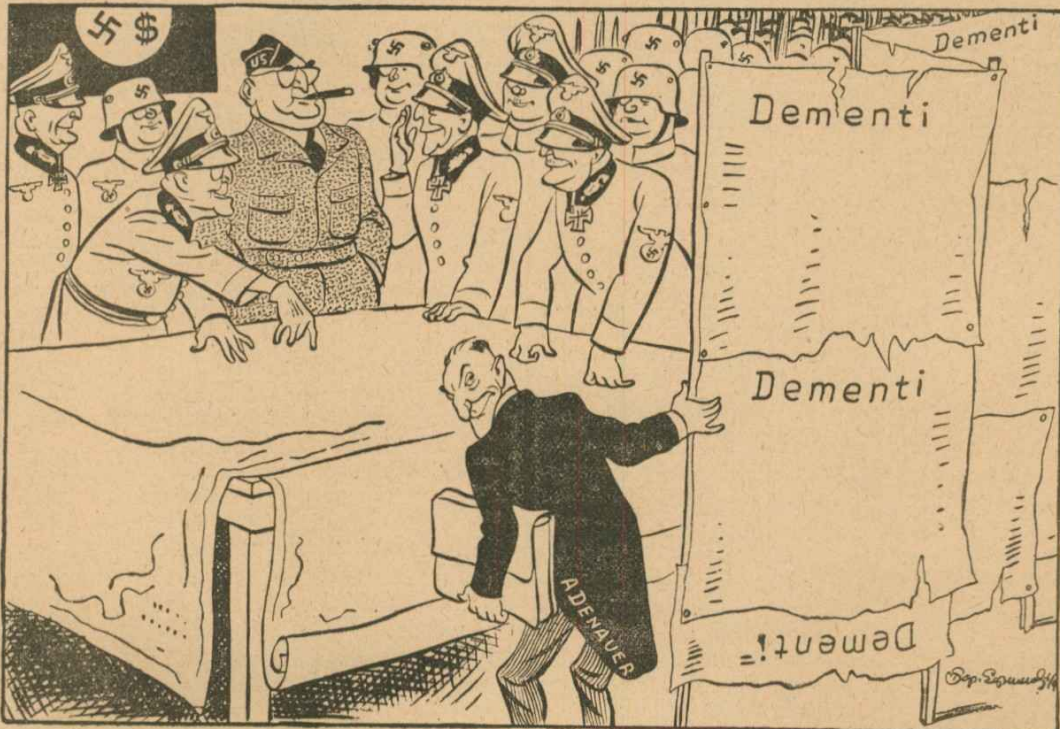
ten die von ihnen betriebenen Vorbereitungen für einen neuen Aggressionskrieg. Der bekannte kanadische Publizist Dyson Carter und andere Mitglieder des Nationalrats umrissen in ihren Konferenzreden die großen Errungenschaften der Sowjetunion auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur und betonten die Rolle der Sowjetunion als eines Bollwerks des Friedens und der Sicherheit aller Völker, auch des kanadischen.

Die Konferenz wählte den neuen Nationalrat für kanadisch-sowjetische Freundschaft mit Dyson Carter an der Spitze. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Nationalrat unter den breiten Volksmassen Kanadas lebhafteste Unterstützung finden wird, denn seine Ziele entsprechen restlos den ureigensten Interessen des ganzen kanadischen Volkes, das den Wunsch hegt, mit der Sowjetunion in Frieden und Freundschaft zu leben.

ALTE KADER IM DIENSTE NEUER FÜHRER

Die Streitkräfte Westdeutschlands werden nach dem organisatorischen Schema der Hitlerwehrmacht aufgebaut werden.

(Zeitungsmeldungen)



Hinter einem löchrigen Wandschirm

Zeichnung von Boris JEFIMOW.

Das Bild an der Werkbank

(Von unserem Korrespondenten)

W. JORDANSKI

AUS schmuckem Rahmen blickt uns, von purpurroten Fahnen umgeben, ein allbekanntes teures Bild entgegen. Unter ihm schimmern bläulich die Umrisse von Werkhallen. In der Ferne — Gerüste der Neubauten.

In der Mitte des Blattes stehen in klaren, großen Buchstaben die Zeilen: „Zu Ehren Ihres siebenzigsten Geburtstags, werter Genosse Stalin, verpflichte ich mich...“, dann folgt die Unterschrift.

Hellroter Widerschein von Flammen beleuchtet diese in der Halle ausgehängte Urkunde. Jede Minute sperrt der Ofen seinen Rachen auf. Dumpf grollen die Walzen, immer höher werden die Walzgutstapel. Die Halle ist vom exakten Rhythmus der Arbeit, von einigem Streben beherrscht. Das Herz des Hüttenwerks „Roter Csepel“ schlägt gleichmäßig und schnell...

Hier versteht man zu arbeiten, hier liebt man die Arbeit: der „Rote Csepel“ ist der Stolz des proletarischen Budapest. Die Rieseninsel in der Donau, dicht bewachsen vom Wald rauchender Schlote, war stets eine revolutionäre Kampfbastion der ungarischen Arbeiter. Und heute stehen die Hüttenarbeiter und Maschinenbauer des „Roten Csepel“ an der Spitze der Stoßbrigadlerabteilungen des neuen Ungarns, Volksungarns.

Der „Rote Csepel“ hat dem Lande die Meldung erstattet, das ganze Kombinat habe am 30. November vorfristig — binnen zwei Jahren und vier Monaten — seinen Produktionsdreijahrplan erfüllt.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Firma Manfred Weiss, die ehemalige Eigentümerin der Werke, handwerksmäßige Arbeitsmethoden, veraltete Einrichtungen und enge Betriebsräume hinterlassen hatte. Gegen Kriegsende setzten amerikanische Bombenangriffe zwei Fünftel aller Werkhallen außer Betrieb, die Hitlerfaschisten aber nahmen auf ihrer Flucht die wertvollsten Einrichtungen mit...

Welch mächtige Kraft war es, die den Giganten an der Donau wieder auf die Beine gebracht und ihn umgestaltet hat?

Es war die Volksmacht. Der tiefdurchdachte, kluge Wiederherstellungs- und Aufbauplan hat die ungarische Industrie schon um 40 Prozent über den Stand des letzten Vorkriegsjahres emporgehoben. Hinter den alten rußgeschwärzten kleinen Betriebsgebäuden erheben sich die geräumigen

lichten Hallen des neuen Csepel. In den neuen Hallen sind neue Maschinen aufgestellt, an die Manfred Weiss nicht einmal im Traume denken konnte.

Aber Ford hat doch an seinen kilometerlangen Fließbändern in Detroit auch hervorragende Betriebseinrichtungen aufgestellt... Wie kommt es also, daß der Weg des heutigen Ungarns nicht wie der von Detroit durch eine abgleitende, sondern durch eine stürmisch aufsteigende Kurve dargestellt wird?

Die Antwort geht aus den Arbeitstaten eines beliebigen Tages und eines beliebigen Betriebs hervor. Man vernimmt sie in der Unterhaltung mit einem beliebigen Menschen in Großbudapest oder außerhalb, in der Tatabánya-Grube oder im Dorfe Hortobágy... Das freie Volk baut auf eigenem Boden sein glückliches Leben auf. Jetzt kommen seine Kräfte richtig zur Entfaltung.

So ist es, weil an der Wiege des volksdemokratischen Staates die Sowjetunion stand, weil jeder Schritt der jungen Republik seinen Rückhalt findet in dem begeisternden Beispiel des Landes des Sozialismus, in der Verteidigung und dem Beistand, im Wissen und in den Erfahrungen dieses Landes.

„Uns führt Stalin!“ sagt das Volk, „Stalin verkörpert unsere Befreiung, unser Werk und unseren Weg! Stalin ist unser Glück!“

Im hitzedurchglühten Walzwerk und am Fördereschacht der Kohlengrube, im Büro der Maschinen- und Traktorenstation wie im Institutslaboratorium, in der Werkstatt der Gewerbeschule und in der Druckerei trifft man in diesen Tagen überall die blaue Urkunde mit den purpurroten Fahnen an. In der Handschrift des Arbeiters oder in der Perlschrift des Professors, mit dem Bleistift des Bauern oder der noch ungeübten Hand des Lehrlings aufgezeichnet, trägt sie die schlichten, aus tiefstem Herzen kommenden Worte:

„Zu Ehren Ihres siebenzigsten Geburtstags, werter Genosse Stalin, verpflichte ich mich...“

Die Werkstätigen des „Roten Csepel“ betonten in einem Telegramm an Mátyás Rákosi, den Generalsekretär der Ungarischen Partei der Werkstätigen: „Der sozialistische Wettbewerb um eine würdige Feier des Geburtstags Genossen Stalins hat die Arbeitsproduktivität dermaßen gesteigert, daß wir es vermochten, unseren Drei-

jahrplan einen Monat vor Beginn des neuen Fünfjahresplans zur Gänze zu erfüllen.“

Die letzten Wochen des Dreijahrplans werden in Ungarn von der Stalinschen Arbeitswacht gekrönt, die tatsächlich das ganze Volk erfaßt hat. Ihren Ausgangspunkt finden wir in der Transformationsabteilung des Elektrowerks Ganz. Eines Tages bestieg hier während des Schichtwechsels der alte Meister Béla Csernyák einen Kasten, der ihm hier die Rednertribüne ersetzte. „Genossen“, sagte er und ließ seine Augen durch die Halle schweifen, in der es ganz still geworden war. „Denkt daran, wie es hier aussah, als wir unsere Arbeit aufnahmen...“

An der Stelle des Elektrowerks lag bei Kriegsende ein rauchender Trümmerhaufen, den Explosion und Brand hinterlassen hatten. Hier war keine einzige Betriebshalle heil geblieben. Noch dauerten die Kämpfe an, als Vertreter der Sowjetarmee, die den Faschisten Budapest abgerungen hatten, an der Trümmerstätte die erste Gruppe von Arbeitern versammelten. „Es gilt, ans Werk zu gehen“, sagten sie. „Der Betrieb muß wieder aufgebaut werden. Wir werden helfen...“

Einige Jahre sind vergangen, und nun ist inmitten der dicht aneinandergedrängten Häuserblocks von Buda ein neues Elektrowerk emporgewachsen, dreimal so groß wie das frühere. Die Stadt umgibt das Betriebsgelände von allen Seiten, die Werkhallen werden von Wohnhäusern bedrängt. Deshalb strebte das Elektrowerk hinauf in die Höhe.

„Unsere Brigade ‚Volksfront‘“, erklärte Béla Csernyák, „hat mich beauftragt, mitzuteilen, daß wir den Motor, den wir plangemäß im Januar abliefern sollten, zum 21. Dezember, zum Geburtstag des geliebten Genossen Stalin, fertigstellen werden...“

Das ganze Elektrowerk schloß sich dem Appell der „Volksfrontbrigade“ an. Die Worte, die in den Ganz-Werken ertönt waren, dröhnten durch das ganze Land.

Seit diesem Tag sind mehrere Wochen vergangen. Béla Csernyák führt uns durch die Transformationsabteilung. Er geht den endlosen Stapeln von Kisten aus dem Weg, in denen Elektromotoren, Generatoren und Maschinenteile verpackt sind. Auf jedem prangt in klaren Zügen die Aufschrift: „Erzeugt im Rahmen der Verpflichtung an Genossen Stalin, zu seinem siebzigsten Geburtstag.“

Am anderen Stadtrand, am Donauufer in Ujpest, liegt der Namensvetter des Elektrowerks, die Schiffswerft Ganz. Der Krieg hat ihre unmittelbar am Fluß zusammengedrängten Anlagen verschont. Und hier sieht man besonders eindringlich, wie der neue, der heutige Tag, gegen den

alten, gestrigen vorrückt: hinter den altersgeschwärtzten Eckpfosten der hölzernen Werkstätten streben kraftvoll Betonmauern neuer Maschinenmontagehallen empor.

Der Betriebsdirektor Géza Kiszela geht über die Steinplatten des unlängst gepflasterten Werkhofs und deutet nach rechts und nach links:

„Die neue Werftabteilung. Die neue Maschinenmontagehalle. Umkleideräume, Brausebäder. Früher hat es das hier nicht gegeben. Das Betriebsambulatorium, früher gab es keins. Die Gewerbeschule, der Klub — alles neu...“

Dann sagt er gleichsam als Zusammenfassung des Gesagten, als Fazit des Ganzen:

„Anfangs stellten wir im Jahr ein bis zwei Motorschiffe fertig. Jetzt sind es schon sieben. Der Plan fürs nächste Jahr sieht elf vor!“

Die steile Böschung hinab geht bis ans Wasser die hölzerne Gleitbahn, die Helling. Oben sieht man im Gewirr der Baugerüste den massiven schwarzen Rumpf eines im Bau befindlichen Motorschiffs. Ein Signal, und eine geübte Hand schlägt den Keil zur Seite, der den Rumpf festgehalten hatte. Die schwarze Masse bebte auf, als wisse sie nicht, wie ihr geschieht, dann aber gleitet sie plötzlich abwärts, immer geschwinder strebt sie dem Flusse zu. Schwungvoll durchfurcht das künftige Motorschiff den ruhigen Donauspiegel. Es läßt eine hohe Woge aufschäumen, die zwei bereits mit dem gesamten Überbau versehene, in weißem und grell orangefarbenem Anstrich glänzende Schiffe emporhebt und lange schaukeln läßt.

„Zu Ehren des Geburtstags Genossen Stalins“, sagt Géza Kiszela, „werden wir in diesem Jahr noch ein Schiff vorfristig vom Stapel lassen.“

Direkt am Ausgang, linker Hand, sieht man in der mechanischen Abteilung des Werks einen großen Stand, in dessen Mitte ein roter Stern prangt. Seine Strahlen umgeben die uns schon bekannten purpurrot-hellblauen Urkunden: die Verpflichtungen mit dem Porträt des Genossen Stalin. Dezső Zental, der Leiter der Brigade „Roter Stern“, ein untersetzter Mann mit einer über die Stirn gezogenen grauen Schirmmütze, winkt, und behutsam läßt ein Kran das riesige Rohteilstück eines künftigen Schiffes auf die metallene Unterlage herab. György Recsnik, ein älterer Mann mit dichten weißen Bartstoppeln, der Gehilfe des Vorarbeiters, beugt sich über das feine Linienwerk der Zeichnung. Gleich werden die Anreißer die genauen Umrisse des künftigen Einzelteils auf die Wände des Rohteilstücks übertragen.

Géza Kiszela bleibt bei ihnen stehen.

„Richtig, richtig so...“ läßt er sich zustimmend vernehmen und fügt hinzu: „Hier habe ich die ganze Zeit gearbeitet, gerade an dieser Stelle...“

Ich bin erst den fünften Monat Direktor. Wissen Sie, die Brigade Dezső Zentals hat sich im Rundfunk an alle Anreißer des Landes gewandt und sie aufgefordert, zu Ehren des Geburtstags Genossen Stalins ihre Kräfte zu messen, um den besten Meister zu ermitteln. Ich glaube, daß sie dabei nicht den kürzeren ziehen wird!“

...Bester Anreißer. Bester Dreher, Gießer, Setzer, Traktorist...

Um diese Titel bewerben sich bereits Zehntausende. Ganz Ungarn ist jetzt vom Feuer des schöpferischen Wettbewerbs durchglüht. In der Maschinenbauhalle des „Roten Csepel“ lernten wir zwei Helden des Tages kennen: Nándor Knechtl und Imre Muszka. Sie haben das Arbeitsverfahren des bekannten Leningrader Schneldrehers G. Bortkewitsch studiert und es vermocht, ihre Arbeitsnormen bedeutend zu überbieten. Der eine von ihnen lieferte 300 Prozent, der andere erreichte 360. Darauf stellte der erste einen neuen Rekord von 400 Prozent auf, worauf der zweite das Schneideverfahren und die Tourenzahl der Maschine änderte und abermals einen Sieg erzielte... Wieder und wieder studierten sie die ins Ungarische übersetzte Broschüre des Leningrader Drehers, wieder und wieder probierten sie alle seine Verfahren aus, jeder an seiner Maschine! Und nicht sie allein schöpften aus dem Schatz der Stachanowschen Erfahrungen! Knechtl unterwies seine Brigade in der Technik der Schnellmethoden, Muszka brachte sie den Neulingen bei.

Die Initiative des sowjetischen Stachanowarbeiters, das Beispiel der fernen Freunde in der Sowjetunion begeisterte sie zu heldenhaften Arbeits-taten. Aber doch gelang es ihnen noch nicht, den Gipfel der Meisterschaft eines Drehers zu erklimmen. Fünf, sechs Normen — das war die Höchstgrenze. Gerade zu jener Zeit besuchte Pawel Bykow, Stalinpreisträger und Stachanowdreher des Moskauer Werkzeugmaschinenwerks, den Betrieb „Roter Csepel“. Er war zusammen mit der Textilarbeiterin L. I. Ananjewna, mit dem Maurer F. D. Schawljugin und dem Bergarbeiter I. A. Filimow zum Kongreß der Produktionsneuerer nach Ungarn gekommen. Bykow trat ohne Umstände an die Maschine Imre Muszkas heran, stellte sie auf seine Art ein und ließ sie anlaufen... Er brachte sie auf die höchstmögliche Tourenzahl, auf 1400 Umdrehungen in der Minute, und fertigte in 2½ Minuten ein Detail an, zu dessen Bearbeitung laut Norm 80 Minuten erforderlich sind.

Das war im wahrsten Sinne des Wortes eine Umwälzung, eine Revolution in der Abteilung. Wer bisher noch nicht an die Errungenschaften der Schnellarbeiter geglaubt hatte, der überzeugte sich jetzt mit eigenen Augen von ihnen.

Wer dem richtigen Weg schon auf die Spur gekommen war, der wurde in seinem Streben nach Stachanowsiegen noch mehr bestärkt.

So kam der Sendbote aus dem Lande des Sozialismus in die Betriebshalle und zeigte den ungarischen Arbeitern, zu welchen Leistungen die Sowjetmenschen fähig sind.

Darauf erklärte Imre Muszka: „Ich verpflichte mich, zu Ehren des Geburtstags des Genossen Stalin acht Arbeitsnormen zu erfüllen!“

Und er hielt Wort. Er leistete acht, neuneinhalb, zehn, elf Normen. Wahrlich — es gibt keine Schranken für die schöpferische Arbeit! In jenen Tagen tauchte auf den ersten Seiten der Zeitungen immer wieder der Name Muszka auf, und neben diesem Namen gaben bereits vierstellige Zahlen das Prozent der Planerfüllung an.

Plötzlich kam eine telegraphische Meldung aus Győr: hier hatte der Dreher András Bárányai im Waggonbauwerk fünfzehn Solls erfüllt, 1505 Prozent der Norm. Pawel Bykow war auch in Győr gewesen. Hier nahm man jeden Tropfen seiner Stachanowverfahren wie Lebenselixier auf. Muszka brachte es auf 1540 Prozent, Bárányai auf 1578, Muszka wieder auf 1642... Der Wettbewerb zwischen ihnen ist in vollem Gang. Es wäre noch zu früh, den Sieger zu feiern, doch kann jetzt schon ein wesentliches Fazit gezogen werden: das Eis ist gebrochen. Dem feindseligen, mißtrauischen Verhalten zum Denken und zur Kraft der Neuerer, das noch hier und da nistete, ist der Rest gegeben worden. Die neuen Arbeitsmethoden überwinden die Engstirnigkeit; hunderte Bächlein fließen in einem mächtigen Strom zusammen. Er treibt seine Fluten dahin, sein Bett ist der sozialistische Wettbewerb, der sich jetzt mit nie dagewesener Schnelligkeit über das ganze ungarische Land ausdehnt. Banner des Wettbewerbs ist das kleine rotblaue Plakat mit dem Bild des Genossen Stalin, das in diesen Tagen an Dutzenden Werkbänken aufgetaucht ist.

In diesen Tagen hatte ich Gelegenheit, verschiedene Gegenden Ungarns zu besuchen. Westlich von Budapest, am Fuße des Vertesgebirges, liegen Bauxitgruben. Ungarn ist außerordentlich reich an Bauxit. Die Gant-Gruben, um die es sich hier handelt, haben z. B. binnen 23 Jahren schon fünf Millionen Tonnen aluminiumhaltige Tonerde geliefert. Und fast der ganze Bauxit ging ins Ausland. Ungarn hatte früher niemals eine ernst zu nehmende Aluminiumindustrie besessen. Jetzt aber sehen wir ein paar Kilometer weiter bei dem Städtchen Ajka ein modernes Werk, seine Gebäude sind mit rotem Bauxitstaub bedeckt. Es liefert ungarisches Aluminium. In Tatabánya, einem Mittelpunkt der Kohlenförderung, besichtigen wir

gleichfalls die Abteilungen eines ungarischen Aluminiumwerks, und schließlich zeigt man uns im Norden des Landes, an der Donau, die hier Grenze ist, die vielstöckigen Gebäude eines im Bau befindlichen Betriebs. Hier ist ein großes Werk für Tonerde, das Halbfabrikat, aus welchem Aluminium gewonnen wird.

Bedeutsam ist jedoch nicht die Tatsache des Erstehens eines neuen Industriezweiges an und für sich. Das Werk in Ajka wurde in den Kriegsjahren in höchster Eile von den Hitlerfaschisten angelegt, die darauf gekommen waren, daß es vorteilhafter wäre, die Tonerde an Ort und Stelle zu verarbeiten, statt sie weit weg zu bringen. Das Werk in Tatabánya wurde gleichfalls vor einigen Jahren errichtet, der Bau am Donauufer in den Kriegsjahren begonnen...

Interessant ist etwas anderes. Erst mit der Ankunft der Sowjetarmee, die das Land befreite, erst mit dem Beginn des Dreijahrplans zur Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Wirtschaft auf neuem, volksdemokratischem Wege begann die Industrie des „ungarischen Silbers“ wirklich aufzublühen.

Als erstes wäre zu erwähnen, daß das Werk in Ajka ohne Berücksichtigung seines Wasserbedarfs entworfen und erbaut wurde. Zur Aluminiumerzeugung braucht man Wasser, hier aber wurden die Betriebshallen an einem kümmerlichen schmutzigen Bächlein aufgebaut. Auch die Meisterung des technologischen Prozesses ging nicht vonstatten. Man sagte offen: „An die Erreichung der im Projekt vorgesehenen Kapazität ist gar nicht zu denken. Das Werk hat einen organischen Mangel...“ Was das Wasser betrifft, so sollten noch mindestens zehn Millionen Forint ausgegeben werden, um einen künstlichen See anzulegen.

Der Sowjetingenieur Gurkin, den man ins Werk geschickt hatte, warf alle diese Theorien der Höchstgrenzen über den Haufen. Das von ihm angewandte neue technologische System bewährte sich glänzend. Auch das Problem der Wassergewinnung wurde geschickt gelöst. Durch Kondensierung der abgearbeiteten Dämpfe kann das Werk seinen Wasserbedarf jetzt voll decken. Es brauchte kein See angelegt zu werden — man dämmte einfach den alten Bach und baute ein kaskadenförmiges Klärwerk.

Am 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erfüllte das Werk den Dreijahrplan der Aluminiumgewinnung. Die im Projekt vorgesehene Kapazität war überboten worden. Die anderen Werke können diesen Betrieb um seine wirtschaftlichen und technischen Kennzahlen beneiden!

„Wir schlagen sowjetisches Tempo ein“, erklärt Pál Szakál, der Direktor des Werks in Tatabánya. „Anders kann man das nicht nennen: in den Jahren des Dreijahrplans haben wir die Produktion verfünffacht und werden sie im ersten Jahr des Planjahrhünfts noch verdoppeln...“

Das Wort „sowjetisch“ ist hier gleichbedeutend mit fortschrittlich. Und sagt man „die Sowjetunion“, so denkt man „Stalin“! Stalin bedeutet Sieg, Freiheit und Frieden. Stalin bedeutet Fortschritt und Glück.

Mit diesen kurzen Worten kann man den Inhalt der hunderttausende Briefe wiedergeben, die in diesen Tagen im Zentralkomitee der Ungarischen Partei der Werktätigen, in den Redaktionen der Zeitungen und in den verschiedenen öffentlichen Organisationen einlaufen.

„An dem Tag, an dem ich den ersten Sowjetsoldaten erblickte, begriff ich: Ungarn ist gerettet!“ schreibt der Arbeiter Sándor Dénes an die Zeitung „Szabad Nép“. „Und es war doch Genosse Stalin, der diesen Soldaten zu uns geschickt hatte!“

„Ich einfache Bäuerin bitte Dich: sei auch künftighin in allem unser Beistand!“ lesen wir im Brief der Bäuerin Ványi aus der landwirtschaftlichen Genossenschaft des Dorfes Pilis.

„Mit Stalin im Herzen vorwärts zum Sozialismus!“ ruft ihre Freundin aus. „Möge uns immer der Glücksstern leuchten!...“

Unterschrift: Frau Kis und Familie.

Am 1. Dezember wurde in Budapest eine Ausstellung von Geschenken des ungarischen Volks zum Geburtstag Genossen Stalins eröffnet. Die großen Säle des Museums der Künste sind mit zahlreichen Ausstellungsgegenständen gefüllt. Das kupfergegossene Modell eines Hochofens. Eine steingearbeitete Uhr. Herrliche Vasen und Schmuckkästen mit kunstvoll verschlungenen Ornamenten, Schreibzeug... Von Bäuerinnen liebevoll gestickte Tischtücher... Hier das Marmor- und Bronzmodell der neuen Kettenbrücke in Budapest und ein anschaulicher Plan der Elektrifizierung des flachen Landes. Alben, in denen jede Zahl einen Rapport bedeutet, ein Geschenk für die gemeinsame Sache des Friedens, ein Geschenk für Genossen Stalin.

Die Geschenkausstellung will gleichsam im kleinen all das widerspiegeln, was das Volk empfindet. Aber kann denn ein Tropfen den Ozean widerspiegeln?

Am Tag der Stalinschen Verfassung des Sowjetlandes traten in den mittelalterlichen Sälen des Parlaments die Abgeordneten der Staatsversammlung der Ungarischen Volksrepublik zusammen. Sie hatten über den Gesetzentwurf für den neuen

Fünfjahrplan zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaft zu beraten, dessen Ausführung das Land am 1. Januar 1950 in Angriff nehmen wird.

Die streng gegliederten Zahlenreihen bieten Ausblick auf erhebende Bilder. Wachstum der Industrie. Entwicklung der Landwirtschaft. Verkehrswesen. Aufbau in Stadt und Land. Kulturpaläste, Theater, Klubs, Bibliotheken... in seiner Gesamtheit ist das der herrliche Entwurf für die Verwirklichung des uralten Traumes der besten Söhne Ungarns auf ungarischem Boden: der

Generalplan für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus.

Die Realität dieses Morgen liegt im stürmischen Tempo von heute, liegt in der immer größeren Leistung des Drehstahls der Stachanowarbeiter im neuen Ungarn. Eine leuchtende Feuergarbe springt unter dem Drehstahl auf, die Metallstäubchen tanzen verglühend über den schwarzen Boden, und, als gebe er den Arbeitern das Geleit, blickt Genosse Stalin von der Wand auf die Vorkämpfer der Produktion.

Budapest, im Dezember 1949

Albanien

(Aus dem Reisetagebuch eines Schriftstellers)

Arkadi PERWENZEW

IN TIRANA sahen wir auf einer Ausstellung die über die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit der Sowjetunion Aufschluß gab, als greifbaren Beweis für den schöpferischen Optimismus der Nation eine Karte der Industrialisierung des Landes. Sie widerspiegelt die auf dem realen Volkswirtschaftsplan fußende nicht allzu ferne Zukunft.

Albanien ist reich an wertvollen Mineralien. Sein Schoß birgt unerschöpfliche Bodenschätze. Das Land hat Erdöl, Kupfer, Kohle, Chrom und Bitumen. Die billige Kraft der Gebirgsflüsse ermöglicht die Errichtung von Wasserkraftwerken, eines davon wird bereits in Selita, nahe der Hauptstadt, gebaut.

Die von Ackerbau und Viehzucht gelieferten Rohstoffe ermöglichen die festfundierte Planung des Baus von Textilfabriken, Wirkereien, Tabak- und Seifenfabriken, Gerbereien, Ölmühlen sowie Konservenfabriken. Das Vorhandensein natürlicher Baustoffe gestattet die Anlegung neuer Steinbrüche, die Ziegelstein- und Dachziegelherstellung sowie den Bau von Betrieben für die Holzverarbeitung.

Die Industrieproduktion Albaniens erreichte bereits 1947 183 Prozent des Standes vom letzten Vorkriegsjahr. Anfang 1949 belief sich die Industrieproduktion bereits auf 321 Prozent des Vorkriegsstandes. Diese Tatsachen sind ein ausgezeichnete Beweis für die potentiellen Möglichkeiten des Landes, das den sozialistischen Weg betreten hat. Mit diesen Errungenschaften begann

die Republik den Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplans. Die Entwicklung der Industrie machte auf immer der Arbeitslosigkeit ein Ende, die in Albanien geherrscht hatte. Es tauchte das Problem der Kader auf, ein Problem der gesunden Entwicklung, das mit der großzügigen Entfaltung des wirtschaftlichen Aufbaus verbunden ist. Woher können die Arbeitskräfte kommen? Wo sind die Quellen, die die lebensdurchpulsten Blutgefäße des kräftigen Industrieorganismus speisen können? In der ersten Zeit strömten ihm Arbeitskräfte aus den Städten zu, wo alle freigestellt wurden, die fähig waren zu arbeiten und an die Maschinen zu treten. Der weitere Zustrom von Arbeitern kommt aus den Dörfern.

Und wieder kommt hier die fortschrittliche, auf den Erfahrungen der Sowjetunion begründete Politik der Partei zu Hilfe. Der rückständige Ackerbau, der zwecklos eine gewaltige Menge von menschlicher Energie verschlingt, muß sich in einen vorgeschrittenen Ackerbau entwickeln. Maschinisierte Bodenbearbeitung erspart Arbeitskräfte. Je mehr Maschinen- und Traktorenstationen, moderne Landmaschinen und Geräte es geben wird, je höher der Stand der Agrotechnik, desto mehr Menschen kann das Dorf für die Industrie freigeben. Die sozialistische Form der Landwirtschaft gestattet nicht nur die Einführung von Maschinen im Ackerbau, sondern auch die höchstmögliche Ausnutzung ihrer Kapazität. Wir sahen, wie Traktoren die Muskelenergie von Bauern erübrigten. Aber wir sahen auch im Süden des Landes die Bauern des Dorfes Vroni, die sich vorerst nicht einmal eine gewöhnliche Dreschrolle oder eine Kornschwinde vorstellen

* Schluß, Anfang und Fortsetzung siehe „Neue Zeit“ Nr. 45 vom 2. November und Nr. 48 vom 23. November 1949.

können. Die Reisgarben wurden von den Hufen eines im Kreise herumgetriebenen Pferdes ausgedroschen, und die Schwungflächen der Kornschwinde mußte der Wind ersetzen. Die Technik ist noch nicht zu den Bauern des Dorfes Vriani vorgedrungen, und deswegen sahen wir auf der kleinen Dreschente mehr als ein Dutzend Männer. Werden Maschinen hierher geschafft, so können diese kräftigen Bauernhände dazu beitragen, daß die Zukunftskarte im Kulturpalast der Hauptstadt eher von den roten Lämpchen ausgeführter Bauvorhaben erhellt wird.

Man muß sich auch eine weitere fortschrittliche Erscheinung vor Augen halten: die Entkechtung der albanischen Frau. War der Frau, besonders in den mohammedanischen Familien, ehemals sogenannte Männerarbeit strikt verboten, so gibt es jetzt nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch unter den Stoßbrigadlern der Industrie viele Frauen.

In der Textilfabrik von Shkodër arbeiten fast ausschließlich Frauen. Die beste Stoßbrigadlerin Sadije Rexhepi hat erst vor zwei Jahren die „perçe“ (den Schleier der mohammedanischen Frauen) abgelegt, ebenso die Spinnerin Bahrije Mani, ein achtzehnjähriges Mädchen, dem sich endlich das Licht des wirklichen Lebens aufgetan hat. Neben ihr arbeitet ein junges Mädchen aus einer katholischen Familie, die berühmte Roza Hila.

Die sozialistischen Volksbauten, an denen weiteste Schichten der Stadt- und Landbevölkerung teilnehmen, sind eine gute Schule: Menschen, die man früher künstlich einander ferngehalten hatte, kommen sich hier gegenseitig näher. Bei der kollektiven Arbeit, wo die Leute, von einem edlen Drang beseelt, Schulter an Schulter zusammenstehen, machen sie sich die besten Wesenszüge des neuen, sozialistischen Menschen zu eigen; besonders bezieht sich das auf die Jugend. Nach Beendigung des Baus gehen die Menschen auseinander, aber der Zement, der ihre Herzen verbunden hat, zerbröckelt nicht.

Die Okkupanten hatten einmal versucht, die Eisenbahn Tirana—Durrës — nur eine einzige Eisenbahn — zu bauen. Stellenweise gruben sie den Boden auf und ließen dann alles im Stich. Dafür trugen sie mit prahlerischem Eifer die nichtvorhandene Eisenbahn auf die Karten ein. Nach Befreiung des Landes entsandte das Volk Tausende von Enthusiasten zum Bau der Eisenbahn. Sie wurde außerordentlich rasch fertig und ist ausgezeichnet ausgeführt: mit solider Bettung, Eichenschwellen, Eisenbetonbrücken, Bahnhofsgebäuden, Reservegleisen, Depots, Bahnwärterhäusern. Nach Abschluß der ersten Ausbaustufe wurde die Bahn in das Industriegebiet weiter-

geführt, jetzt geht der komplizierte Abschnitt der Elbasan-Gebirgsbahn seiner Vollendung entgegen. Die Erbauer sprengten Felsen, bohrten Tunnel, trugen Berge ab und legten unermüdlich die blaugrauen Schienen, an denen noch die frische Wälzhaut haftet.

Erinnern wir daran, daß die meisten dieser Enthusiasten zuvor niemals eine Lokomotive gesehen hatten und als einziges zugängliches Beförderungsmittel entweder ihre eigenen Füße oder den Esel und das kleine Gebirgspferd betrachtet hatten. Als die ersten Züge auf die Strecke kamen, war das ein Festtag. Beim Bau der Eisenbahnen wurde das Volk sich zum erstenmal seiner kollektiven Stärke bewußt und überzeugte sich aus eigener Anschauung davon, daß vereinter Wille im wahrsten Sinne des Wortes Berge versetzen kann.

Erst vor kurzem wurde der Bahnverkehr aufgenommen, doch schon ist der Zug zu einem festen Bestandteil des Alltagslebens geworden. Selbst die alten Leute halten die Ohren nicht mehr zu, wenn sie den „Teufelsschrei“, die Lokomotivsirene, hören. Man hört an den Kassenschaltern die Fahrkartenlocher knacken, sieht in den Abteilen der Personenwagen Bäuerinnen, die mit Lebensmitteln auf den Markt in die Stadt fahren, neben Leuten, die in dienstlichem Auftrag reisen.

Die Albanische Volksrepublik hat den Okkupanten seinerzeit eine große Rechnung vorgelegt. Das Land lag ja buchstäblich in Trümmern. Auf seinem kleinen Gebiet, dessen Flächeninhalt 27 500 Quadratkilometer ausmacht, kämpften Armeen mit einer Gesamtstärke von rund 300 000 Mann. Aber wir sahen Albanien, als schon eine gewaltige Arbeit zu seiner Heilung geleistet war. Wir fuhren die Küste entlang von Shkodër bis Saranta, d. h. vom äußersten nördlichen bis zum äußersten südlichen Punkt des Landes, wir besuchten seine Binnenbezirke. Bei einer solchen Fahrt muß man immer wieder staunen. Auf den ersten Blick scheint der Krieg das Land nicht in Mitleidenschaft gezogen zu haben. Aber das ist nur der erste, oberflächliche Eindruck. Der Wunden waren viel, aber sie waren nicht tödlich, da ihre Heilung von einem kunstvollen Arzt, vom Volke, übernommen wurde.

Das albanische Erdöl hatte die imperialistischen Räuber schon seit langem angelockt. Nicht nur italienische Kapitalisten hatten sich wie Blutegel an die albanischen Erdölfelder geheftet, es gab hier auch englische und französische Bohrstellen.

Die albanischen Patrioten waren sich der strategischen Bedeutung des Erdöls bewußt. Die Partisanen legten die Erdölfelder und die Erdölleitung Kuçova—Vlora wiederholt still. Während der aktiven Operationen der Volksbefreiungsarmee

war den Okkupanten jegliche Möglichkeit genommen, sich des albanischen Erdöls zu bedienen. Die Wiedergeburt der Erdölfelder begann sogleich nach dem Sieg über das faschistische Deutschland. Die Arbeiter, die in den Partisanenbrigaden gekämpft hatten, kehrten zu den Bohrstellen zurück, aber es kamen auch junge Erdölarbeiter. Im Bezirk Kuçova-Patos begannen sofort großangelegte Schürfungs- und Bohrarbeiten. Die Erdölförderung stieg von Monat zu Monat, wurde immer größer. Die alte Erdölleitung wird durch eine neue mächtige Parallelleitung ergänzt. Baupläne für eine neue Erdölraffinerie sind in Angriff genommen worden.

Nähert man sich Kuçova, so sieht man eine große, von felsigen Hügelketten umgebene Niederung, die im Osten allmählich in den Tomorgebirgszug übergeht, in dessen mittleren Teil sich malerisch der „heilige“ Berg Tomori erhebt. Patos, wo das Erdöl erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit erschürft worden ist, liegt näher am Fuß des Tomori, Kuçova dagegen erstreckt sich über die nächst gelegenen hügeligen Terrassen. Eine große Landstraße zwischen prächtigen ausladenden Pappeln führt uns zu den Erdölfeldern.

Wir sind in das Gebiet der alten Konzessionsfelder geraten. Die Bohrtürme stehen dicht aneinandergedrängt. Man kann, wie man zu sagen pflegt, auch mit unbewaffnetem Auge erkennen, was für ein System früher bei der Ausbeutung der Vorkommen angewendet wurde. Die erste Bohrung, bei der man auf Erdöl stieß, war ein Signal für die sofortige Erbohrung des erschürften Vorkommens. Es galt nur, dem Boden so schnell wie möglich sein schwarzes Blut zu entziehen, es nach Vlora weiterzupumpen und eiligst nach Italien zu schaffen.

Heute ist an die Stelle des Raubbaus eine vernünftige, planmäßige Erschließung des gesamten Beckens zur Erzielung des höchsten Nutzeffekts getreten. Neue Bohrtürme im ganzen Tal und droben im Vorgebirge zeugen von der Erschließung neuer Vorkommen. Jetzt wird die Tiefbohrung in Angriff genommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in Zukunft in den tiefer liegenden hältigen Schichten Vorräte an „leichtem“ Erdöl finden werden.

Auf den Erdölfeldern werden nach und nach moderne Fördermethoden eingeführt. Der Kompressoren- und Maschinenpark ist mit neuen Einrichtungen ausgestattet worden, es werden neue Ölbunker angelegt, neue Wohnhäuser für die Arbeiter gebaut. Im Bezirk Kuçova-Patos hat ein stürmisches Leben begonnen. Wer mit dem Erdöl in Berührung kommt, der gerät in den Bann seiner mächtigen Gewalt. Hier sprechen alle vom Erdöl.

Die Kinder der Arbeiter atmen schon von klein auf die Gerüche der Bohrfelder ein, streiten miteinander über Erdölfragen, träumen davon, berühmte Erdölförderer zu werden. Ihre Väter kommen in eröldurchtränkten Segeltuchanzügen nach Hause. Überall riecht es nach Erdöl, das den Hauptimpuls für das Leben und Gedeihen nicht nur dieses Bezirks bei dem „heiligen“ Tomoriberg, sondern auch für die gesamte Wirtschaft des Landes bildet. Von hier kommt das Blut in die Adern der Industrie, hier nimmt die Bewegung der Maschinen ihren Anfang, die berufen sind, den Ackerbau auf ein höheres Niveau zu bringen.

Albanien verfügt über einen weiteren sehr bedeutungsvollen Schatz — über enorme Bitumenvorkommen. Die Bitumenvorräte sind kolossal. Die Straßen der europäischen Hauptstädte sind mit albanischem Asphalt bedeckt.

Der im Staatsplan vorgesehene Abbau der Bitumenvorkommen wird zum besseren Ausbau der Städte beitragen, das Straßennetz verbessern und die Ausfuhr steigern.

Titos Pseudofachleute versuchten seinerzeit, die Wirtschaft des Landes zu durchdringen und sich ihrer zu bemächtigen. Die Aufgabe, die sich Tito gestellt hatte, war klar — er wollte den Albanern die Lust zum wirtschaftlichen Aufbau nehmen, ihnen den Glauben an ihre Kräfte, an die Möglichkeiten einer industriellen Entwicklung des Landes rauben. Das war ein heimtückisches und listiges Unterfangen. In Albanien kann man bis jetzt als Mahnmale der Perfidie die eingestürzten Dachkonstruktionen von Industriebauten sehen, für welche die Titoleute Schädlingsprojekte angefertigt hatten.

Die Titoleute versuchten auch auf den Erdölfeldern ihren Willen zu diktieren. Neben direkter Schädlingsarbeit legten sie auch ihr völliges technisches Analphabetentum an den Tag. Tito versuchte, Albanien seiner Kräfte zu berauben. Er verstieg sich sogar zu direkter Plünderung. Auf seine Weisung wurde der große albanische Dampfer „Borova“ geraubt, den Albanien als Reparationsleistung erhalten hatte.

Dieser Banditenstreich war das letzte Glied in der langen Kette von Heimtücke und Verrat, mit der Tito den Körper der jungen demokratischen Republik fesseln wollte, um sie seinen Herren, den englisch-amerikanischen Imperialisten, ans Messer zu liefern.

Wir besuchten mehrere Neubauten. Die Baustelle des Textilkombinats in Tirana gehört zu den Großbauten des Zweijahrplans. Während des Baus wurde die Kapazität des projektierten Kombinars bedeutend gesteigert. Wir sahen auf der Baustelle tausende Menschen, die von einem Drang beseelt waren: das Kombinat schneller

fertigzustellen, die Stoffherzeugung rascher aufzunehmen. Die Bauleute werden auch die ersten Arbeiter des Kombinars sein. Jetzt sind bereits Kurse zur Ausbildung der künftigen Facharbeiter eröffnet worden.

So bildet sich die junge Arbeiterklasse heran. Es ist zu hoffen, daß neben die ruhmreichen Traditionen des Volksbefreiungskampfes nicht minder ruhmreiche Traditionen des Kampfes um die Erfüllung der Staatspläne treten werden.

Die Arbeiter der Neubauten und der bereits funktionierenden Betriebe studieren begierig die Produktionserfahrungen der Sowjetunion. Sie dringen in die Einzelheiten des Neuerertums, in das praktische Wesen dieses oder jenes technischen Vorschlags ein.

Man kann in Albanien häufig Leute sehen, die auf der linken Brustseite ein rhombisches rotes Abzeichen tragen, auf dem, in Gold ausgeführt, der Buchstabe „S“ steht, den man auch mehrere Male auf dem gleichen Abzeichen antreffen kann. Das sind Arbeiter, denen der Titel „Sulmues“, d. h. Stoßbrigadier, ein-, zwei- oder dreimal zugesprochen wurde. Die „Sulmues“ sind der feste Kern und der Stolz der jungen Arbeiterklasse Albaniens. Sie marschieren in der Vorhut des Wettbewerbs, sie heben die Arbeitsproduktivität, bei ihnen wird gelernt, an ihnen nimmt man sich ein Beispiel. Den Stoßbrigadiern werden Ehre und Achtung erwiesen. Von ihnen schreiben die Zeitungen, die Regierung verleiht ihnen Orden und Medaillen.

Der Fluß Matje treibt seine mächtigen trüben Wellen dahin. Höher und höher werden die Berge. Die steilen Abhänge sind mit Eichenwald bedeckt. An den Felsen kleben die mittelalterlichen Schlösser der Feudalherren. Von einer Schlucht aus sahen wir über einem Berg, den ein solches Schloß zierte, eine Rauchwolke aufsteigen. Einige Lastwagen kamen uns entgegen, sie hatten prismaförmige Rohkupferbarren geladen. Der Chauffeur deutete mit den Augen auf den Rauch, auf die Lastwagen:

„Rubik!“

Noch einige scharfe Kurven der Asphaltstraße, und vor uns liegen die Kupfererzgruben von Rubik. Aus dem Schlot der Kupferraffinerie steigt Rauch auf, vor uns erheben sich Schachttürme. In der Nähe des Flusses stehen einstöckige kalkgeweißte Holzhäuser, die Gemeinschaftswohnungen der Arbeiter.

Die Konvertoren summen, gleichmäßig rauschen die Grubenkompressoren. Arbeiter in Nanjingoveralls und festen Lederschuh bereiten die fahrbaren Gießgefäße und Formen für das Metall vor, das bald ausgeschmolzen sein mußte.

Es war angenehm, diese so sehr an den Ural erinnernden Gerüche des Industriebetriebs einzusatmen, den rhythmischen Lauf des Produktionslebens zu beobachten, zu hören, wie die Räder der befrachteten Züge klirrten.

Natürlich waren wir auch hier wie überall in Albanien in einen ehemaligen Konzessionsbetrieb gekommen, der im Krieg zerstört und nach der Nationalisierung wiederaufgebaut worden war. Förderung und Verarbeitung des Erzes erfolgen nach modernen Verfahren und sind bedeutend gesteigert worden. Erstmals in der Geschichte des Landes haben die Arbeiter den Achtstundentag, das Recht auf bezahlten Urlaub und Versicherung sowie Gewerkschaften erhalten. Es wurde für die Sicherheitstechnik Sorge getragen, ein Betriebsambulatorium eingerichtet, ständige ärztliche Aufsicht eingeführt, eine Speisehalle sowie eine Bibliothek mit Lesesaal eröffnet.

Fast fünfzig Prozent der Arbeiter sind Parteimitglieder. Der Förderungsplan wird überboten. Die Mitglieder der Arbeitspartei stehen an der Spitze des Wettbewerbs. Dem Chefmeister Llesh Marku, einem Parteimitglied, sind Regierungsauszeichnungen verliehen worden. Der beste „Sulmues“, Llesh Prenk Nikolla, wurde zum Abgeordneten gewählt und arbeitet jetzt als Vorsitzender des Gemeinderats in Bulçizë.

Derartige Beispiele einer Beförderung bester Arbeiter auf Posten im Partei- und Staatsapparat werden immer häufiger. Die Arbeiterklasse schmiedet zuverlässige Kader von Leitern heran, die befähigt sind, ihre politische Aufgabe zu erfüllen, das Land zum Sozialismus zu führen.

Es muß gar nicht erst erwähnt werden, wie groß auch hier, in Rubik, der Drang der Arbeiter nach Meisterung der fortschrittlichen industriellen Erfahrungen unseres Heimatlandes ist. Die von der Uniongesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland organisierte und hierhergebrachte Ausstellung des Wiederaufbaus im Donezbecken hatte gewaltigen Erfolg. Mehr als die Hälfte aller Arbeiter sind Mitglieder der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen Albaniens mit der Sowjetunion.

Rubik bietet ein erfreuliches Bild geregelter Arbeit, innerer Ordnung und Disziplin. Dabei war es nicht leicht, eine solche Ordnung zu schaffen. Die Erzgruben und die Raffinerie mußten fast ohne eigene Ingenieure und Techniker wiederhergestellt und in Gang gebracht werden.

In Albanien ist alles jung. Ein Arbeiter mit zweijähriger Betriebserfahrung wird geachtet, und die Leute, die erst vor kurzem in den Betrieb gekommen sind, fragen ihn um Rat. Ein Eisenbahner arbeitet z. B. wenig mehr als ein Jahr. Wenig, müßte man meinen! Aber er arbeitet seit

dem ersten Tag der Betriebsaufnahme im Eisenbahnverkehr.

Albanien hat eine junge Literatur, obwohl das erste Buch in albanischer Sprache schon Mitte des 15. Jahrhunderts gedruckt wurde. Hier sind die Theater jung, und die Schauspieler wachsen aus dem fruchtbaren Boden der Volkskunst und der wirklichen Volkstraditionen empor. Die Kunst entwickelt sich, frei von den schädlichen Gesetzen der degradierenden Kunst des Westens, auf dem Boden der eigenen nationalen Kultur.

Am 29. November feierte die Albanische Volksrepublik ihr erstes Jahrfünft. Die Republik ist nur fünf Jahre alt. Wie kurz ist diese Frist, und wie vieles wurde schon geleistet! Warum? Weil Albanien den richtigen Weg zum Sozialismus geht. An der Spitze des albanischen Volkes steht fest geeint die Arbeitspartei, die im Laufe ihres achtjährigen Bestehens ernsthafteste Prüfungen bestanden hat. Die Partei vermochte es, die Volksmassen um sich zusammenzuschließen und sie aufzurufen, selbst um den Preis des Lebens für ihre nationale Befreiung zu kämpfen. Sie hat das Volk zum Sieg geführt. Die Partei ließ auch nach der Befreiung in ihren Forderungen nicht nach. Sie mobilisierte das ganze Volk zur Lösung der lebenswichtigen Aufgaben, die in der Industrialisierung des Landes, in der Hebung der Landwirtschaft und in der Entwicklung der nationalen Kultur bestehen.

Das albanische Volk hat jetzt einen großen, uneigennütigen Freund: die Sowjetunion, die so viel zur Schaffung des politisch und wirtschaftlich unabhängigen, souveränen demokratischen Staates getan hat. Überall hörten wir begeisterte Worte des Danks an unser Heimatland.

„Die Sowjetunion hat uns aus Staub und Asche erhoben, hat uns auf die Beine gebracht, hat uns die Freiheit gegeben, hat uns in der schwersten Zeit geholfen, als Albanien von schlimmer Hungersnot bedroht war. Die Sowjetunion hilft uns auf jede Weise, uneigennützig und edel. Wir sind der Sowjetunion, dem großen Stalin, bis zum letzten Blutstropfen ergeben!“

Diese Worte hörten wir von Enver Hoxha, dem Manne, der die große und aufrichtige Liebe und das Vertrauen seines Volkes genießt.

Tief beeindruckt wurden wir auch durch eine Rede, die Tuk Jakova, der Sekretär der Arbeitspartei, in Shkodër hielt:

„Wir wünschen dem großen Stalin, dem Vater und besten Freund des albanischen Volkes, Glück und Gesundheit. Mit dem Namen Stalins auf den Lippen kämpften wir gegen unsere Feinde und besiegten sie. Mit dem Namen Stalins auf den Lippen bauen wir im Frieden unsere Volkswirtschaft wieder auf und entwickeln sie weiter. Bei allem, was wir tun, denken wir an ihn, und mit seinem Namen auf den Lippen werden wir zum Sozialismus kommen. Kein Name, der für unser Volk höher und teurer wäre, als der Name Stalin!“

Diese heißen, aufrichtigen Worte hörten wir in der alten albanischen Stadt Shkodër, in der Nähe der jugoslawischen Grenze, und vor uns lag der weite Spiegel des Skutarisees.

Hier war der richtige Ort, über die Geschicke der Völker nachzudenken. Von hier aus sah man die Gebirgszüge Montenegros: über ihnen lag, sie erdrückend, eine unbewegliche bleierne Wolkenschicht. Es war, als hinge hier polypengleich der unheilverkündende Schatten des blutigen Tito, der ein großes slawisches Volk ans Kreuz geschlagen hat.

Südlich von uns aber lagen, von frischem Winde umweht, unter der goldenen Sonne die Gebirgsketten der jungen Albanischen Republik, die endlich ihre Freiheit und ihr Glück gefunden hat.

Wir dachten tief nach über die Worte Tuk Jakovas. Ja, hier ist die Zukunft klar und licht, und die Fackel der Vernunft wurde aus gütigen Händen übernommen. Gewähr für die Zukunft ist der erhabene Glaube an den mächtigen und uneigennütigen Freund, das schöpferische Eindringen in seine prächtigen Erfahrungen, die fortschrittliche Denkart und das Alltagsschaffen des albanischen Volkes, das seine um den Preis von Leiden und Blutopfern erkämpfte junge Volksrepublik liebt und festigt.

Auf dem Filmkongreß in Perugia

Boris TSCHIRKOW

Stalinpreisträger

WIR verließen Rom abends in Richtung Perugia. Es war bedauerlich, durch das Land zu fahren, ohne etwas zu sehen. Doch gab es keinen anderen Ausweg. Wir hatten Eile, zur Sitzung des

Internationalen Kongresses der fortschrittlichen Filmschaffenden zu gelangen.

Eifrig spähten wir durch die Fenster des Kraftwagens, aber die Nacht war finster, und gut

sichtbar waren nur große, helle Sterne am schwarzen Himmel. Zuweilen zeigten sich vorn die Lichter irgendeines Fleckens oder eines Städtchens. Rasch huschten die schmalen, schlechtbeleuchteten Gassen vorbei, zwei, drei Kramläden, ein Kaffeehaus, Polizisten mit weißen Helmen, ein paar Pinien am Ortsrand, und wieder die dunkle Landstraße.

In Perugia langten wir um Mitternacht an. Im Vestibül des Hotels empfingen uns die Vertreter des Initiativ Ausschusses und viele Kongreßteilnehmer, darunter nicht wenige Bekannte. Da war der untersetzte, lebhaft Joris Ivens mit ergrauendem Haar, aber jugendlichem Gesicht, der holländische Regisseur und weltbekannte Autor von Dokumentarfilmen. Erst unlängst hat er einen Film „Hier spricht Indonesien“ gedreht, worin die Kolonialpolitik der holländischen Imperialisten entlarvt wird. Hierfür hat die holländische Regierung Ivens das Recht auf den dauernden Aufenthalt in der Heimat entzogen.

Freundschaftlich lächelnd schüttelt uns der französische Journalist und Filmkritiker Georges Sadoul die Hände. Und hier ist auch der uns von den Filmfestspielen in der Tschechoslowakei her bekannte amerikanische Regisseur und Kameramann Paul Strand. Ich habe seinen im Jahre 1942 in Gemeinschaft mit Paul Robeson gedrehten Streifen „Heimatland“ („Native Land“) gesehen, der großes Aufsehen erregte. Es ist eine Filmurkunde, worin die Rassenverfolgung, die Lynchjustiz, die räuberischen Umtriebe des Ku-Klux-Klan entlarvt werden. Für diesen Film ist Strand aus Hollywood vertrieben worden. Seither hat er noch nicht wieder Arbeit gefunden.

Die Tschechoslowakei war in Perugia durch den bekannten Kritiker Prof. Antonin Brousil vertreten, der 1948 den Nationalpreis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kunsttheorie erhalten hat. Wir werden mit dem bedeutenden polnischen Regisseur Alexander Ford bekannt. Sein Ruf rührt noch vom Jahre 1929 her, als er den Film „Im Morgengrauen“ drehte. Großen Erfolg hatte Fords „Weg der Jugend“, über die Kinder der polnischen Werktätigen. Ford ist der Autor von Kurzfilmen über den ruhmvollen Weg der polnischen Truppen Seite an Seite mit der Sowjetarmee. Uns begrüßt auch der ungarische Regisseur Hont, der künstlerische Leiter der Filmindustrie seines Heimatlandes.

Der Kongreß von Perugia hat die Vertreter vieler Länder zusammengebracht: der Tschechoslowakei, Frankreichs, Polens, Hollands, der USA, Ungarns, Italiens. Hier fanden sich die vorge-schrittenen Filmschauspieler, Regisseure, Kameraleute und Filmkritiker ein. Den Initiativ Ausschuß zur Einberufung des Kongresses bildeten die füh-

renden italienischen Filmleute: De Sica, Rossellini, Lattuada u. a. Es sind dies Vertreter der fortschrittlichen Schaffentendenzen in der italienischen Filmkunst. Rossellini ist der Schöpfer des bekannten Filmwerks „Rom, eine offene Stadt“ („Roma città aperta“). De Sica ist der Autor eines Films über die verwahrlosten Kinder Italiens: „Sciuscià“, und eines neuen, aufsehenerregenden Filmwerks „Die Fahrraddiebe“ („Ladri di biciclette“). Der fortschrittliche Filmregisseur Lattuada hat ein Werk über das schwere Los der aus der Armee heimgekehrten italienischen Werk-tätigen geschaffen.

Wir waren mit Verspätung in Perugia eingetroffen. Die Kongreßdebatten gingen schon ihrem Ende zu. Die Hauptfrage, die hier erörtert wurde, war der gegenwärtige Zustand der Filmkunst. Die Kongreßteilnehmer sprachen vom verderblichen Einfluß, den der krämerhafte, antidemokratische Geist des bürgerlichen Unternehmertums auf die Filmkunst ausübt. Die Kritiker Casiraghi und Auriol, die Drehbuchautoren Ben Barzman und Lizzani u. a. wiesen auf die besondere schädliche Rolle hin, die von Hollywood gespielt wird.

„Wieviel könnte unsere Kunst dem heutigen Menschen geben, wenn sie die Welt beleuchtete, in der er lebt! Statt dessen bekommen wir Filmwerke zu sehen, die künstlich vollgestopft sind mit Kriegsdrohungen, mit Gewaltakten und Gegensätzen.“

So schreiben über Hollywood zehn fortschrittliche Filmschaffende Amerikas, die gegenwärtig, für ihre angeblich „unamerikanische Tätigkeit“, von Kerkerhaft bedroht sind. Darunter sind: Alvah Bessie, John Howard Lawson, Albert Maltz, Ring Lardner u. a. Sie sandten ein gemeinschaftliches Begrüßungsschreiben nach Perugia. Darin schilderten sie die Lage des Filmwesens in den USA, einem Land, wo die Monopole alles Fortschrittliche ersticken.

Der Brief dieser „Zehn“ von Hollywood brandmarkt die Sitten der berüchtigten amerikanischen Demokratie in ihrer ganzen Scheußlichkeit. Der Filmkongreß von Perugia drückte in einer der Resolutionen seinen Protest gegen die Versuche aus, die Tätigkeit der Vertreter der fortschrittlichen Kunst Amerikas unter Polizeiverbot zu stellen.

Die Redner sprachen davon, daß der Film den Interessen des Volkes zu dienen, daß er den Willen des Volkes wiederzugeben und die Lage der Volksmassen realistisch zu beleuchten habe. Der Film muß ferner der Sache des Kampfes um Fortschritt und Gerechtigkeit dienen. „Wir wollen“, sagte der tschechische Delegierte Brousil, „daß der Film sich mit der neuerstehenden Welt, nicht mit der sterbenden Welt befasse!“

Viel war auf dem Kongreß auch von der Bedeutung des Films im Kampf um den Frieden die Rede. Dokumente der Filmkunst können und müssen bei der Entlarvung der Anstifter eines neuen Krieges eine große Rolle spielen.

Die Sowjetdelegierten — Pudowkin, Papawa und ich — nahmen rege an der Debatte teil. Wir sprachen von den Grundsätzen der sowjetischen Filmkunst, einer Kunst, die zutiefst volkstümlich, realistisch und voll Liebe zum einfachen Menschen ist.

Der Kongreß faßte einhellig eine Resolution, worin er dazu aufruft, für den Frieden, für die Interessen des Volkes, für die nationale Kunst zu kämpfen. Der Kongreß verurteilte die Hollywooder Kunst als eine volksfeindliche, das Bewußtsein der Zuschauermassen trübende, den Krieg propagierende, den Interessen der amerikanischen Monopole dienende Produktion.

In dieser Resolution heißt es:

„Die Kongreßteilnehmer appellieren an die Filmschaffenden und an die übrigen Filmleute der Welt, alle Kräfte dem Kampf um den Frieden zu widmen. Nur der Friede und die Freundschaft der Völker werden, gepaart mit wirklicher Schaffensfreiheit, die volle Entfaltung der Kinematographie als einer Kunst, als eines einzigartigen Mittels zur Verbreitung der Kultur gewährleisten.“

* * *

Die kleine Glocke in der Hand des Vorsitzenden schellt, er schließt die Sitzung, und wir gehen hinaus, um ein wenig durch die Straßen von Perugia zu streifen.

... Es ist ein sehr warmer Abend. Die schmalen Gäßchen sind von Laternen schwach beleuchtet. Die Stadt liegt auf einem Hügelland, und wir schreiten bald bergab, bald gehen wir über sanft ansteigende Steintreppen bergauf. Die Stadt ist alt und die Häuser sind alt und vernachlässigt. Wir durchwandern die Stadt und suchen in der Dunkelheit ihre Sehenswürdigkeiten zu erspähen, wobei wir uns Geschichten aus der Vergangenheit Perugias erzählen lassen.

Man empfiehlt uns, einen uralten etruskischen Torbogen zu besichtigen, der 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung erbaut worden ist. Es ist ein wahrhaft bewundernswertes Bauwerk. Ein dreistückiges Tor, zusammengefügt aus riesigen Steinquadern, die weder durch Kalk noch durch sonst ein Bindemittel, vielmehr lediglich durch ihre eigene Schwerkraft zusammengehalten werden. Die Harmonie und das Ebenmaß dieses Bauwerks, das mittels der primitivsten Technik errichtet worden ist, flößen unwillkürlich Achtung ein vor der Kunst jener Baumeister der Antike.

Die Hauptstraße der Stadt ist vom Licht der Laternen und Schaufenster hell erleuchtet. Mitten auf dem Fahrdamm steht ein Signal, das den

Verkehr von Fahrzeugen am Abend untersagt. Die Tischchen der Kaffeehäuser werden direkt auf den Bürgersteig gestellt. Auf der Straße ist es eng von aufgeputzten Spaziergängern. Polizisten in den verschiedensten Monturen wachen über die Sicherheit ihrer Herren. In Gruppen spazieren Offiziere mit Ordensspangen am Waffenrock umher.

„Woher die vielen Kriegsauszeichnungen?“

Auf unsere naive Frage erhalten wir zur Antwort:

„Diese Herrschaften genießen sich nicht, die von Mussolini erhaltenen Medaillen und Orden für ihre Raubzüge durch Abessinien, für ihren Krieg gegen die Spanische Republik und sogar für ihren banditenmäßigen Überfall auf die Sowjetunion zur Schau zu tragen...“

* * *

Der nächste Tag brachte einen klaren Morgen, und wir fuhren nach Rom weiter. Sehr schön und eigenartig ist die Landschaft Umbriens. Die Erde rötlich getönt, unendliche Hügelketten, und je weiter sie zurücktreten, um so mehr und mehr verschwimmen sie ins Himmelblaue, ganz wie auf der Landschaft von Leonardo da Vincis „Madonna Litta“.

Wir kommen durch Assisi. Die Stadt liegt auf einer Anhöhe. Da steht der alte, schöne Dom mit dem Lichthof und den berühmten Fresken von Giotto. Sie werden gerade restauriert, recht derb und schonungslos. Die unendlich feinen, etwas dunstigen, wunderbaren Farbtöne beginnen unterm brutalen Pinsel der Restauratoren zu gleißen und zu schreien.

Im Dom ist gerade Gottesdienst. An die hundert Schüler sitzen, hoffnungslos gelangweilt und mit den Beinen baumelnd, da und warten auf die Beichte. Etliche Mönche sind schon dabei, den kleinen Sündern ihre simplen Vergehen abzufragen. Unser Erscheinen brachte Leben in die gequälte Langeweile der Jungen. Nur fürchte ich, daß es auch ihre Schuld vor der Kirche vergrößerte: die Mönche und etwelche alte Jungfern begannen sie für ihre Zerstreuung ärgertlich zu rechtzuweisen...

Draußen strahlte hell und fröhlich die Sonne, und es wurde immer heißer. Wir fuhren an Olivenhainen entlang. Graue, alte, gekrümmte Bäume wachsen hier auf trockener, steiniger Erde. Längs der Straße Kaktusse. Zuweilen ersetzen sie die Zäune um die Äcker.

Rom kommt immer näher. Reste der alten Stadtmauer. Ehrwürdige Ruinen, die bis heute ihre edle, einfache und strenge Form erhalten haben, — und plötzlich irgendwelche Geflügelställe oder Hundehütten. Nein, ich kann keine Vergleiche finden für die Behausungen, die an jenes Mauerwerk angeklebt erscheinen.

Altes Blech, Sperrholz, Steinklumpen, die sich an die Stadtmauer anschmiegen, grenzen einige Dutzend Quadratmeter Bodens ab. Ringsum Müllhaufen und zum Trocknen aufgehängte Lumpen. Das sind die Wohnstätten der Armen. Von hier ist die Kuppel der St.-Peterskirche gut sichtbar, des größten Gotteshauses der Welt. Auch sieht man das Denkmal Viktor-Emanuel, dieses wenn nicht größte, so ganz sicher geschmackloseste Monument der Welt. Vielleicht sind von hier auch die Wipfel der Palmen zu sehen, die in den Höfen herrlicher Villen wachsen; dort wohnen die Schieber, die reichen Leute und Aristokraten, die in Luxuswagen an diesem schmählichen Jammer vorüberfahren.

Glanz und Elend, strenge Form und Geschmacklosigkeit, Zeitgenössisches und Altertümliches, alles ist in dieser Stadt durcheinandergeraten. Das Denkmal Garibaldis und das Denkmal Mussolinis, beide stehen in Rom. Der graue Obelisk mit dem eingemeißelten Namen des Duce lag anfangs im Standortsbereich eines amerikanischen Truppenteils. Gegenwärtig steht er unter dem zuverlässigen Schutz der „demochristlichen“ Regierung.

* * *

...Am Rande von Rom dehnt sich als weites, ödes und ziemlich schmutziges Gelände die Filmstadt: Cinecittà. Wir gehen hin, um uns die Produktion anzuschauen. Alles ist hier hinlänglich gut ausgerüstet: die Apparaturlager, die Hilfswerkstätten, die Garderoben der Schauspieler, die Schminkstuben und schließlich die Aufnahmehallen selbst. Alles ist leer. Dieser Flügel ist gegenwärtig außer Betrieb. Wir möchten aber gern einer Aufnahme beiwohnen.

„Oh, bitte sehr, jetzt nimmt gerade der bekannte französische Regisseur Renoir auf!“

„Wieso? Hat er sich denn hier engagieren lassen?“

„Nein, er dreht hier einen Film für Hollywood!...“

Wir schauen uns eine Ballszene an. Elegante Damen tanzen und kokettieren mit Würdenträgern und Offizieren. Die Handlung spielt im 19. Jahrhundert auf irgendeinem Schloß. Solch ein Thema ist den amerikanischen Filmindustriellen durchaus genehm. Wir bitten, uns mit der Arbeit eines italienischen Regisseurs an einem Filmwerk für Italien bekannt zu machen.

„Oh, bitte, hier filmt gerade ein ungarischer Regisseur!“

„Für Ungarn?“

„Nein, er ist emigriert. Er dreht einen Film für die Amerikaner.“

Dann läßt man uns eine im Freien aufgebaute Dekoration besichtigen. Riesige Bauwerke, Nachbildungen ganzer Gebäude aus dem alten Rom. Es sind Zurüstungen zu den Aufnahmen eines Filmwerks „Quo vadis?“ Aufnehmen werden es die Amerikaner. Hier ein großes Wasserbecken, worin man Seeschlachtszenen drehen wird — für die Amerikaner. Das ganze Gelände der Filmstadt ist von den Amerikanern okkupiert. Kein einziger italienischer Film ist hier in Arbeit.

In Italien ist kein Platz für die italienische Filmkunst. 97 Prozent aller Filme, die in italienischen Kinos laufen, sind Machwerke aus Hollywood. Dies nicht etwa, weil die Italiener keine eigenen Filme drehen können. Nein, unter ihnen gibt es genug talentvolle Menschen. Aber die amerikanischen Geschäftsleute haben den Filmmarkt Italiens in Besitz genommen und vernichten jetzt die Filmindustrie des Landes.

In Rom gelang es uns schließlich doch, einen italienischen Film zu sehen. Es waren „Die Fahrraddiebe“. Die fortschrittlichen Kreise sind stolz auf diesen Film, und zwar mit Recht, denn er ist von echten Künstlern gedreht. Freilich hat der Regisseur nicht vermocht oder nicht gewagt, die Wahrheit bis zu Ende zu sagen. Er hat seinen Helden nicht den rechten Weg gewiesen, er hat nur ihr Leben, ihr schweres und freudloses Leben fotografiert.

Es ist die tragische Geschichte eines italienischen Arbeitslosen. Ein halbverhungertes, abgehetzter Mensch findet nach viel Mühe und Not endlich Arbeit: er darf in der Stadt Plakate kleben. Zu diesem Zweck braucht er unbedingt ein Fahrrad. Die Familie trägt ihre gesamte klägliche Habe aufs Versatzamt, um ein dort verpfändetes Fahrrad auszulösen. Aber der Mann hat noch keine Stunde gearbeitet, da wird ihm das Rad gestohlen. Der unglückliche, vor Kummer halbverrückte Mensch macht sich nun in Begleitung seines kleinen Söhnchens auf die aussichtslose Suche. Vor den Zuschauern rollt das Leben der Außenbezirke Roms ab. Zerlumpte Frauen, um ihr Lebensglück betrogene, kümmerlich hinvegetierende Menschen — all das ist dokumentarisch echt und erschütternd. Das Werk schließt damit, daß der Unglückliche selbst irgend jemandes Fahrrad entwendet. Er wird gefaßt. Als die Menge seine Geschichte erfährt, läßt sie ihn laufen. Er sieht sich aber schließlich in der gleichen, ja in einer noch schlimmeren Lage als zu Beginn des Films.

Das Schicksal des Helden ist ebenso tragisch wie das Geschick des Darstellers dieser Rolle. Er ist kein Schauspieler, dieser Mann. Nur ein gewöhnlicher Arbeitsloser. Die Aufnahmen hatten ihm für eine Weile Brot verschafft. Aber

seit sie zu Ende sind, durchstreift er wieder die Straßen der Stadt, auf der Suche nach irgendeiner Arbeit, irgendeinem Erwerb.

* * *

Wir verließen Italien in der festen Überzeugung, daß das italienische Volk seine Unabhängigkeit nicht preisgeben, daß es seine Hoffnungen auf ein besseres, glücklicheres, freies Leben nicht verkaufen wird. Uns ist der mächtige Sockel des Garibaldi-Denkmal von Neapel im Gedächtnis geblieben, der von oben bis unten mit aufgemalten Siebeln und Hämmern bedeckt ist. Wir haben mit eigenen Augen gesehen, wie verhaßt die Amerikaner in Italien sind: weil sie das wunderbare Land in ihre Kolonie verwandeln wollen.

Wir haben gehört und auch in den Zeitungen gelesen, daß die italienische Bourgeoisie bereit ist, das Land den amerikanischen Imperialisten zu verkaufen, die einen neuen Weltkrieg anzetteln möchten. Wir haben gesehen, wie die amerikanischen Monopole in Italien hausen. Aber wir haben zugleich auch gesehen, daß das italienische Volk keinen neuen Krieg will.

In Italien haben wir auf Schritt und Tritt Aufschriften dieser Art gesehen:

„Es lebe der Frieden!“ „Nieder mit dem Krieg!“ „Es lebe die Kommunistische Partei!“

Diese Worte kann man an allen Mauern und Gebäuden lesen, von den Hütten der Landleute bis zu den Wänden des Vatikans.

28. November

Der in Liverpool tagende 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands kommt zum Abschluß. Er hat einstimmig den politischen Bericht des Exekutivkomitees gebilligt, das Wahlprogramm der Partei angenommen und eine Reihe von Resolutionen zu anderen Fragen gefaßt.

29. November

A. J. Wyschinski, das Haupt der Sowjetdelegation zur Tagung der UNO-Vollversammlung, hält in der Plenarsitzung eine Rede über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens.

Tschouenlai, der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, richtet an die ehemaligen diplomatischen Vertreter verschiedener Länder in China eine Erklärung, in der er warnend darauf hinweist, daß jede Regierung, die reaktionären Kuomintangstreitkräften Unterschlupf gewährt, die Verantwortung für alle sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu tragen haben wird.

In Warschau kommt der Vereinigungsparteitag der Bauernparteien zum Abschluß, nachdem er die Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, die Vereinigte Bauernpartei, gegründet hat.

30. November

Bulgarische Zeitungen veröffentlichen die Anklageschrift der Obersten Staatsanwaltschaft der Volks-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

November—Dezember 1949

republik Bulgarien in Sachen Traitscho Kostoff und zehn seiner Helfershelfer, die der Organisation einer staatsfeindlichen Verschwörung angeklagt sind, deren Ziel es war, die laut Verfassung gesetzmäßig eingesetzte Regierung zu stürzen; ferner lautet die Anklage auf Verrat, Spionage und Hochverrat.

Truppen der Chinesischen Volksrepublik befreien die ehemalige Hauptstadt Kuomintangchinas, Tschungking, das letzte Bollwerk der Kuomintangleute in Südwestchina.

1. Dezember

Die englisch-amerikanische Mehrheit der UNO-Vollversammlung lehnt die Sowjetanträge auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepaktes zur Festigung des Friedens ab und nimmt einen englisch-amerikanischen Resolutionsentwurf an, der aus allgemein gehaltenen Deklarationen besteht.

In Peking kommt die Konferenz der Gewerkschaften der Länder Asiens und Ozeaniens zum Ab-

schluß, nachdem sie ein Verbindungsbüro der Weltföderation der Gewerkschaften für die Länder Asiens gegründet, ein Manifest und eine Reihe von Resolutionen angenommen sowie einen Aufruf an die Werktätigen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Hollands beschlossen hat, in dem diese aufgefordert werden, gegen die von den Imperialisten in den Ländern Asiens entfesselten Kolonialkriege aufzutreten.

2. Dezember

Der Rat der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik beschließt die Auflegung einer Anleihe des Volkssieges.

3. Dezember

Die Sowjetpresse meldet, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der SSR ein Komitee unter dem Vorsitz N. M. Schwerniks gebildet hat, das beauftragt ist, Maßnahmen aus Anlaß des 70. Geburtstages von J. W. Stalin auszuarbeiten sowie ihre Durchführung zu organisieren.

In New York wird eine vom Nationalrat für amerikanisch-sowjetische Freundschaft einberufene Konferenz zur Frage der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eröffnet.

5. Dezember

In der Sowjetunion wird der Tag der Stalinischen Verfassung festlich begangen.

VERLAGS ANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerscheinungen:

LITERATURKUNDE

- A. I. HERZEN IM SPIEGEL DER RUSSISCHEN KRITIK. *Aufsatzsammlung*. 256 S., Rbl. 5,—
Aufsätze von W. I. Lenin, W. G. Belinski, N. G. Tschernyschewski, N. A. Dobroljubow, D. I. Pissarew, A. M. Gorki, A. W. Lunatscharski und anderen.

SOWJETISCHE LITERATUR

- A. BESYMENSKI — *Ausgewählte Werke*. 388 S., Rbl. 12,50
Gedichte, Poeme, Epigramme.
- N. WIRTA — *Schauspiele*. („Massenserie.“) 176 S., Rbl. 2,75
Die Verschwörung der dem Untergang Geweihten. Unser täglich Brot.
- S. GOLUBOW — *Bagratiön*. Mit Illustrationen von B. Dechterjow. 344 S., Rbl. 7,50
Historischer Roman über den hervorragenden russischen Heerführer.
- A. GONTSCHAR — *Goldenes Prag*. Roman. Aus dem Ukrainischen. („Romanzeitung“ Nr. 8.) 52 S., Rbl. 2,60
Drittes Buch der Trilogie „Fahnenträger“.
- A. M. GORKI — *Meine Kindheit. Unter fremden Menschen. Meine Universitäten*. (Serie „Bibliothek des russischen Romans.“) 648 S., Rbl. 10,—
- W. DOBROWOLSKI — *Drei im grauen Soldatenmantel*. 208 S., Rbl. 5,50
Roman aus dem Leben sowjetischer Studenten.
- A. LAHUTI — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Tadschikischen. 168 S., Rbl. 6,75
- S. MAKASCHIN — *Saltykow-Schtschedrin*. Band I. 512 S., Rbl. 10,50
Biographie des großen russischen Satirikers.
- J. MALZEW — *Von ganzem Herzen*. Mit Illustrationen von N. Scheberstow. 416 S., Rbl. 9,—
Roman aus dem Leben der Bauernschaft der sowjetischen Kollektivwirtschaften.
- W. MAJAKOWSKI — *Sämtliche Werke in zwölf Bänden*.
Band 4. Agitationsbilder. Agitationsplakate. „Rosta“-Fenster 1917—1922. 592 S., Rbl. 15,—
Band 12. Ich selbst. Gedichte. Aufsätze. 240 S., Rbl. 15,—
- N. NOWIKOW — *Russische Heldenepen*. 176 S., Rbl. 6,50
Das „Lied vom Heereszug Igors“ und andere.

- N. OSTROWSKI — *Romane. Reden. Aufsätze. Briefe*. 640 S., Rbl. 15,—

- A. SAKSE — *Bergauf*. Aus dem Lettischen. 440 S., Rbl. 9,—

Roman einer zeitgenössischen lettischen Schriftstellerin über das Sowjetlettland der Nachkriegszeit.

- K. SIMONOW — *Freunde und Feinde*. 56 S., Rbl. 1,—

Gedichtband.

- W. SOSJURA — *Gedichte und Poeme*. Aus dem Ukrainischen. Mit einem Vorwort herausgegeben von B. A. Turganow. 240 S., Rbl. 6,—

- N. STEPANOW — *I. A. Krylow*. 376 S., Rbl. 7,—
Leben und Schaffen des großen Fabeldichters.

- N. TICHONOW — *Georgischer Frühling*. Gedichte. („Massenserie.“) 52 S., Rbl. 1,—

- A. TOLSTOI — *Sämtliche Werke*.

Band 3. Im Krieg. Erzählungen. 508 S., Rbl. 18,—

Band 11. Schauspiele. 800 S., Rbl. 18,—

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

- HOMER — *Ilias*. Übertragung von W. Weressajew. 552 S., Rbl. 17,—

- V. HUGO — *Die Elenden*. Roman.

Band 1. 780 S., Rbl. 16,—

Band 2. 572 S., Rbl. 12,—

- E. ZOLA — *Rougons Aufstieg*. Aus dem Französischen. 368 S., Rbl. 6,—

- STENDHAL — *Gesammelte Werke*.

Band V. *Italienische Chronik, Erzählungen und Novellen*. Fragmente. 608 S., Rbl. 14,—

Band XII. *Spaziergänge durch Rom*. 596 S., Rbl. 13,50

- STENDHAL — *Rot und Schwarz*. Chronik des Jahres 1830. Aus dem Französischen. 560 S., Rbl. 11,—

- L. STERNE — *Leben und Anschauungen des Tristram Shandy*. Übersetzung und Anmerkungen von A. A. Frankowski. 688 S., Rbl. 11,—

Roman eines englischen Schriftstellers des 18. Jahrhunderts, eines der Begründer des sentimentalen Romans.

- FRIEDRICH SCHILLER — *Gesammelte Werke in acht Bänden*.

Band V. *Die Jungfrau von Orleans. Die Braut von Messina. Wilhelm Tell. Demetrius*. 536 S., Rbl. 15,—

Alles in russischer Sprache.

Abonnieren Sie jetzt

die Wochenschrift

NEUE ZEIT

für das Jahr 1950!

*

Die NEUE ZEIT

ERSCHEINT IN RUSSISCHER, DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER
SPRACHE.

*

Die NEUE ZEIT

befaßt sich mit Fragen
der Außenpolitik der
UdSSR und anderer
Länder und den aktuel-
len Vorgängen des in-
ternationalen Lebens.

Die NEUE ZEIT

enthält Beiträge von
Gelehrten, Schriftstel-
lern, Publizisten, Ge-
werkschaftsführern und
anderen Persönlichkei-
ten des öffentlichen
Lebens.

Abonnementsbestellungen nehmen entgegen:

UdSSR — „Meshdunarodnaja Kniga“, Moskau,
Kusnezki Most 18

DEUTSCHLAND — „Meshdunarodnaja Kniga“,
Berlin N. 54, Brunnenstr. 188/90. Filialen:
Leipzig, Markt 9; Weimar, Goetheplatz 9a; Halle,
Schmiedstr. 4; Schwerin, August-Bebelstr. 24

ÖSTERREICH — Das Internationale Buch, Wien 1,
Trattnerhof 1

SCHWEIZ — Genossenschaft Literaturvertrieb,
Zürich, Feldstr. 46

UNGARN — Horizont, Vilma Kiralyno-ut. 45, Buda-
pest

TSCHECHOSLOWAKEI — A. O. „Orbis“, Stalinova
46, Praha XII; „Journal“ Novinarske podniky,
Panenska 1, Bratislava; Magazin Sovetskoj Knigi,
Vaclavske nam. 14, Praha II

NIEDERLANDE — Uitgeverij Republiek der Lette-
ren N. V. Rokin 40, Amsterdam C; Pegasus
Boekhandel, Leidschestraat 25, Amsterdam C

DÄNEMARK — Hovedbanegaardens Aviskiosk,
Reventlowgade, Kopenhagen; A. S. Land og Folks
Boghandel, Bredgade 37, Kopenhagen

SCHWEDEN — C. E. Fritze's Kgl. Hofbokhandel,
Fredsgatan 2, Stockholm; A.B.C.E. Wennergren-
Williams, Box 657, Stockholm

ISRAEL — Pales Press Co., Ltd., P. O. Box 844,
Tel-Aviv;

Filialen:

Pales Press Company, P.O. Box 476, Haifa;
Pales Press Company, P.O. Box 619, Jerusalem.